14. Jahrgang 1966 / 1. Heft / Januar

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

PETER GILG / ERICH GRUNER
Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz

HERMANN GRAML
Der Fall Oster

ALAN S. MILWARD
Fritz Todt als Rüstungsminister

ANTHONY S. KAWCZYNSKI
Deutschsprachige Propaganda der polnischen Untergrundpresse

DOKUMENTATION
Schleicher und die Regierungskrise 1926/27
Ungarns Weg aus dem Zweiten Weltkrieg

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluke

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Peter Gilg/Erich Gruner Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1925–1940 1

Hermann Graml . . . Der Fall Oster 26

Alan S. Milward . . . Fritz Todt als Minister für Bewaffnung und Munition 40

MISZELLE

Anthony S. Kawczynski Unternehmen „N" – deutschsprachige Propaganda der polnischen Untergrundpresse 1941–1944 59

DOKUMENTATION

Zur Politik der Wehrmachtabteilung in der Regierungskrise 1926/27 *(Josef Becker)* 69

Ungarns Weg aus dem Zweiten Weltkrieg *(C. A. Macartney)* 79

NOTIZEN 105

BIBLIOGRAPHIE 65

Inhaltsverzeichnis 13. Jahrgang 1965 . . . . . Beilage

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 453651. Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.
Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Diesem Heft liegen ein Prospekt des Verlages Rombach, Freiburg, und zwei Prospekte der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

14. Jahrgang 1966 1. Heft/Januar

PETER GILG UND ERICH GRUNER

NATIONALE ERNEUERUNGSBEWEGUNGEN IN DER SCHWEIZ 1925–1940

Der Schweizer neigt von Natur nicht zum politischen Extremismus. Links- und rechtsextreme Bewegungen sind in der Schweiz stets nur vorübergehend und nicht in breiten Schichten wirksam geworden. So hat auch in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus der Rechtsextremismus in der schweizerischen Politik keine bestimmende Bedeutung gewinnen können.

Die große europäische Reaktion der Zwanziger- und Dreißigerjahre ging aber an der Schweiz nicht spurlos vorüber. Sie hat im Gegenteil das geistige und politische Leben stark beeinflußt, freilich auf Grund der spezifischen Gegebenheiten des Landes in besonderer Weise. Eine Darstellung dieses Einflusses kann sich deshalb nicht auf die dem italienischen Faschismus oder dem deutschen Nationalsozialismus nahestehenden und mehr oder weniger mit ihm liierten Bewegungen beschränken. Sie muß den Gesamtkomplex einer Bewegung der nationalen Erneuerung einbeziehen, welche untereinander sehr verschiedene Versuche, die auch in der Schweiz empfundene Krisenlage der herkömmlichen Demokratie zu überwinden, umfaßt.

Wie tief das Gefühl einer unmittelbar bevorstehenden Zeitwende auch bei Schweizern gewesen ist, die durchaus nicht krisenhaft angekränkelt waren, zeigt etwa eine Studie des Basler Historikers Emil Dürr[1], die in einer abschließenden „Charakteristik der heutigen politischen Gesamtlage"[2] das politische Leben „hauptsächlich von wirtschaftlich-materialistischen Mächten und Bewegungen beherrscht" und „die ursprünglichen und traditionellen geistigen Werte und Mächte" empfindlich geschwächt sieht. Beherrschend sei die allgemeine, grundsätzliche Kritik an der europäisch-traditionellen Gesellschafts- und Wirtschaftsform, die Erschütterung des traditionellen Rechtsbewußtseins, der Schwund des Dienst- und Pflichtgefühls, die Entwertung von Individuum und Persönlichkeit u. a. m. Dürr erlebt die im geistigen Relativismus der Vorkriegszeit bereits vorbereitete und durch den Weltkrieg verstärkte Haltlosigkeit in der Schweiz nur als einen Einzelfall eines gesamteuropäischen, ja eines globalen Zustandes; die in Europa aufsteigenden Bewegungen des extremen Sozialismus und des Faschismus erscheinen ihm geradezu als identisch mit dem Ungeist der allgemeinen materialistischen Zeitströmung.

Auf dem Hintergrund dieses von Dürr besonders sensibel registrierten geistigen Krisenerlebnisses ist zweifellos die Welle von nationalen Erneuerungsbewegungen

[1] Emil Dürr, Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik, Eine historisch-politische Betrachtung über die Verwirtschaftlichung der politischen Motive und Parteien, Basel 1928.

[2] Dürr, a. a. O., S. 115ff.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu sehen, die in der ersten Hälfte der Dreißiger Jahre das schweizerische politische Leben erfaßte. Doch bevor wir uns diesen Bewegungen zuwenden, müssen wir uns näher mit der Frage befassen, warum es gerade auch in der Schweiz, die doch vom Ersten Weltkrieg verschont geblieben war und nach außen hin, damals wie heute, den Eindruck eines ausgeglichenen, ruhig in sich geschlossenen Daseins erweckte, zu einer solchen Krise kommen konnte.

Auch in der Schweiz hatte sich im 19. Jahrhundert, ähnlich wie in ihren Nachbarstaaten, ein starker Nationalismus herausgebildet. Er war geeignet, den 1848 nur gegen große Widerstände erreichten bundesstaatlichen Zusammenschluß zu rechtfertigen. Er hatte somit weitgehend den Charakter einer Integrationsideologie, die das noch zuwenig entwickelte Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit immer mehr vertiefen sollte. Praktisch diente er bis zum Ersten Weltkrieg zugleich in erheblichem Maße der Rechtfertigung des Herrschaftsanspruchs der Freisinnig- oder Radikal-demokratischen Partei[3] und ihres zentralistischen Programms und nahm damit auch Züge einer Ausschließlichkeitsideologie an, die alle abweichenden politischen Haltungen als unvereinbar mit dem modernen Bundesstaat erklärte[4]. Den Sozialismus verurteilte diese nationalistische Ausschließlichkeitsideologie, weil sein Klassenkampf die Volksgemeinschaft zerstöre und sein Internationalismus die nationale Einheit gefährde. Dem Katholizismus warf man außer seiner ultramontanen Bindung an Rom seine Verankerung in einem miniaturstaatlichen Kantonalismus vor, der die Staatseinheit untergrabe und die Lebensfähigkeit der modernen Wirtschaft hemme. Der schweizerische Nationalismus der Vorkriegszeit erwies sich also in mancher Beziehung als eine Variante des deutschen Nationalliberalismus, auf dessen Wogen Bismarck gesiegt und seinen Kulturkampf wie auch seinen Kampf gegen den Sozialismus ausgetragen hatte. Eine enge Verbindung jenes namentlich deutschschweizerischen Nationalismus mit preußisch-deutschen Idealen zeigte sich z. B. auch auf dem Gebiet der Militärpolitik oder in der Anlehnung des deutschschweizerischen Geisteslebens an die Kultur des nördlichen Nachbarlandes. Sie

[3] Von 1848 bis 1919 bestand die große Mehrheit beider Räte der Bundesversammlung (Parlament) – durch das Mehrheitswahlverfahren und die Wahlkreiseinteilung für den direkt vom Volk gewählten Nationalrat noch verstärkt – aus Liberalen; seit 1894 war der überwiegende Teil des schweizerischen Liberalismus in der Freisinnig-demokratischen Partei organisiert. Im siebenköpfigen Bundesrat (Exekutive) saßen lange Zeit nur Liberale, seit 1891 auch ein Katholisch-Konservativer.

[4] Der eigentliche Ideologe dieses freisinnigen Nationalbewußtseins war der in Bern wirkende Staatsrechtslehrer und Nationalrat Carl Hilty, der in einem 1883 erstatteten Gutachten über das Proportionalwahlverfahren ein Recht auf Vertretung nur denjenigen Parteien einräumte, „die mit dem Staatszweck und mit der herrschenden Staatsverfassung im allgemeinen in Harmonie stehen". Dieses Recht dürfe „keineswegs auf alle faktisch im Staate vorhandenen Ansichten und Interessen ausgedehnt werden ... Es würde sich selbst bei der größten Weitherzigkeit *in politischen Dingen zeitweise wenigstens fragen können, ob es wünschenswert sei*, entschiedenen, eigentlichen Ultramontanen, Sozialisten und Nihilisten zu Sitz und Stimme zu verhelfen, die sie auf dem gewöhnlichen Majoritätswege nicht erlangen können." (Über die Anwendbarkeit der sogenannten Minoritätenvertretung bei den eidgenössischen Wahlen, Bern 1883, S. 26).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

äußerte sich dann in der betonten Sympathie vieler Deutschschweizer für die deutsche Armee während des Ersten Weltkrieges, besonders drastisch etwa in der Parteinahme von Bundesrat Hoffmann und von General Wille[5]. In weiten deutschschweizerischen Kreisen wurde der Ausgang des Ersten Weltkrieges bedauert, ja der Zusammenbruch Deutschlands wie eine eigene Niederlage empfunden, was nicht zum wenigsten die starke Opposition gegen den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund im Jahre 1920 erklärt[6].

Die erwähnte Ausrichtung auf den nördlichen Nachbar entfremdete dem deutschschweizerischen Nationalismus die romanischsprachigen Bevölkerungsteile im Westen und Süden des Landes und erzeugte einen Bruch im schweizerischen Nationalbewußtsein, der sich während des Ersten Weltkrieges im sogenannten „Graben zwischen Deutsch und Welsch" äußerte. Besonders die französisch sprechende Minderheit empfand eine latente Angst vor einer Vergewaltigung durch die deutschsprachige Mehrheit. Sie entwickelte deshalb eine auf den Föderalismus zurückgreifende Antiideologie, die eine der Wurzeln der welschschweizerischen Erneuerungsbewegungen geworden ist.

Die Öffnung des „Grabens zwischen Deutsch und Welsch" bildete die erste große krisenhafte Erschütterung des deutschschweizerischen national-liberalen Hegemonialprinzips in der Zeit des Ersten Weltkriegs. Eine zweite Erschütterung erfolgte von seiten der durch die soziale Not der Kriegsjahre radikalisierten Linken: durch den Landesgeneralstreik der Gewerkschaften und der weithin auf die Methode des Massenstreiks eingeschworenen Sozialdemokraten. Wenn auch dessen Hintergründe noch keineswegs abgeklärt sind, so kann man heute schon sagen, daß dem Führer der Streikbewegung, Robert Grimm, mindestens als eines der Ziele die Möglichkeit vorschwebte, in der Schweiz eine Diktatur des Proletariats nach dem Vorbild der deutschen Spartakisten zu errichten. Auf alle Fälle wurde die Auseinandersetzung von den bürgerlichen Gegnern auf diese Weise erlebt: als entschlossener Versuch einer sozialen Revolution. Da nach dem mit militärischen Mitteln erzwungenen Zusammenbruch der Bewegung eine echte Aussöhnung ausblieb, verharrte man auf beiden Seiten Gewehr bei Fuß. So lebte die Schweiz mindestens emotionell bis in die Dreißigerjahre hinein in einem Zustand latenter Bürgerkriegsstimmung. Diese erwies sich, ähnlich wie in Deutschland und Italien, als ausgezeichneter Nährboden für rechtsextreme nationalistische Bewegungen, und zwar in Kreisen, die nun sowohl zum national-liberalen Hegemonialprinzip des Freisinns wie zum Sozialismus in Opposition standen.

[5] Bundesrat Arthur Hoffmann begünstigte 1917 eine Vermittlungsaktion für einen Sonderfrieden zwischen Deutschland und Rußland (H. Nabholz, L. von Muralt, R. Feller u. E. Bonjour, Geschichte der Schweiz, Bd. 2, Zürich 1938, S. 632f.). Über General Ulrich Willes deutschfreundliche Haltung vgl. einen von H. Böschenstein veröffentlichten Brief Willes in Schweizerische Zeitschrift für Geschichte (abgekürzt: SZG) 10 (1960), S. 519ff.

[6] Der Beitritt wurde in der Volksabstimmung vom 16. 5. 1920 mit 416870 Ja gegen 323719 Nein beschlossen. In der deutschen Schweiz überwogen gegen 300000 Nein über rund 200000 Ja, während die romanische Schweiz rund 200000 Ja und keine 50000 Nein erbrachte (vgl. R. Ruffieux in SZG 11 [1961], S. 157ff., insbes. S. 158, 168 u. 183f.).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine weitere Beeinträchtigung seines Hegemonieanspruchs erfuhr der Freisinn durch die sogenannten „Interessen", durch die „Verwirtschaftlichung der Politik"[7], d.h. durch die als materialistisch empfundenen Ansprüche wirtschaftlicher Interessengruppen und an wirtschaftliche Interessen gebundener Parteien. Wir sehen heute in der Bildung solcher Gruppen einen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden notwendigen Zug, ohne den das Zusammenspiel von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat nicht mehr möglich wäre: den Zug zur Organisation. Der politische Zusammenstoß zwischen einem betont weltanschaulichen Liberalismus und den berufsständisch orientierten Interessengruppen namentlich der Bauern und der Gewerbetreibenden ist gleichfalls eine internationale Erscheinung. Die am Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen schweizerischen Wirtschaftsverbände waren zudem in hohem Maße Nachahmungen ausländischer, vor allem deutscher Vorbilder[8]. Auch die so gut gegen das liberale Prinzip der freien Konkurrenz wie gegen den Sozialismus gerichtete Ideologie der Bauern und der Gewerbler lief in der Schweiz weitgehend parallel mit entsprechenden Tendenzen in anderen europäischen Staaten. Im Bauernstand wie im Gewerbe reagierte eine typisch mittelständische Geisteshaltung auf eine Welt zunehmend großstädtischer Zivilisation und großindustrieller Produktion mit einer Minderheitendoktrin, welche die soziale und wirtschaftliche Unentbehrlichkeit dieser Gruppen dadurch beweisen wollte, daß sie sie als die zuverlässigsten Hüter der nationalen Eigenart ausgab.

Aus dem Gefühl politischer Untervertretung gründeten diese Gruppen 1918/20 in verschiedenen Kantonen eigene Bauern- und Bürger- (bzw. Bauern-, Gewerbe- und Bürger-)parteien. Während sich die Mittelstandsideologie in Deutschland auf eine immer noch lebendige berufsständische Tradition stützen konnte, stellten sich ihre Träger in der Schweiz als die Verteidiger wahren demokratischen Lebens dar, wobei sie die schweizerische Demokratie mit mehr oder weniger Recht als die Staatsform der kleinen Gruppe und die Lebensform einer in ihrem eigentlichen Wesen bäuerlichen Kultur interpretierten. Dabei richtete sich ihr Kampf nicht zuletzt gegen die freisinnige Hegemonialpartei, der man je nach Standort einseitige Bevorzugung der Großindustrie oder der städtischen Angestelltenschaft vorwarf.

Wie andernorts lagen auch in der Schweiz diesem ideologischen Kampf tatsächliche soziale Veränderungen zugrunde. So wiesen die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg eine akut zunehmende Überfremdung auf, die 1910 einen durchschnittlichen Ausländerbestand von 12 Prozent der Bevölkerung (in einzelnen Städten bis gegen 50 Prozent) erreichte. Auch ist nicht zu verkennen, daß die freisinnige Hegemonialpartei zu Beginn des 20. Jahrhunderts weithin ihren früheren Charakter als eine

[7] Vgl. das Zitat von Hilty in Anm. 4 und den Untertitel der zitierten Schrift Dürrs in Anm. 1.

[8] Der 1897 gegründete Schweizerische Bauernverband folgte dem Beispiel des deutschen Bundes der Landwirte von 1893, der 1880 seinen bescheidenen Anfang nehmende Schweizerische Gewerkschaftsbund orientierte sich in den 90er Jahren nach dem Vorbild der Generalkommission der deutschen Freien Gewerkschaften, und für den 1905 gebildeten Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller war die Arbeitgeberorganisation der deutschen Schwerindustrie wegleitend.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle Sozialschichten umfassende Volkspartei verlor und sich als Partei der begüterten Kreise, ja beinahe als eine Art großbürgerliche Klassenpartei präsentierte[9]. Das zeigte sich vor allem in der sozialen Zusammensetzung ihres Führungskreises, der auch in der Schweiz zu Beginn des Jahrhunderts die für alle Industrieländer typische Affinität von politischer und wirtschaftlicher Macht widerspiegelte und schon damals die Bildung von jungfreisinnigen Oppositionsgruppen provozierte[10]. Da der gewerbliche und landwirtschaftliche Mittelstand in der Entwicklung seines Lebensstandards gegenüber dem Großbürgertum mehr und mehr ins Hintertreffen geriet, zeigte er sich in zunehmendem Maße geneigt, seine wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen nach einer etwas verklärten kleinbürgerlich-bäuerlichen Vergangenheit zu orientieren, in der – nach der Entthronung der städtischen Aristokratie – das Schwergewicht der schweizerischen Demokratie im Gottfried Kellerschen Seldwyla und im Gotthelfschen Dorf gelegen hatte.

Die Einführung des Proportionalverfahrens für die Wahl des Nationalrates, die 1918 auf Grund einer 1913 eingereichten Volksinitiative von den Stimmbürgern mit Zweidrittelsmehrheit beschlossen wurde, ließ den inneren Zerfall der freisinnigen Hegemoniestellung nun auch äußerlich sichtbar werden[11]. Anstelle der absoluten Mehrheit einer Partei bestand nun eine Mehrzahl von großen Parteien, wobei immerhin die Freisinnigen mit den Katholisch-Konservativen, die schon bisher im Bundesrat einen Vertreter gestellt hatten, zusammen noch die Mehrheit bildeten. Eine Folge dieser veränderten Mehrheitssituation war die Wahl eines zweiten Katholisch-Konservativen in die Landesregierung durch das erneuerte Bundesparlament im Jahre 1919; die Freisinnigen behielten jedoch noch bis in den Zweiten Weltkrieg hinein das Übergewicht im Bundesrat; 1929 wurde es mit der Aufnahme eines Vertreters der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien auf das Verhältnis 4:3 reduziert.

Diese Veränderungen in der Zusammensetzung der eidgenössischen Behörden vermochten aber die Oppositionshaltung der mittelständischen Kreise oder gar der Arbeiterschaft nicht zu entschärfen. Im Gegenteil, die Opposition gegen den im Bundesrat immer noch dominierenden Freisinn verdichtete sich in den Zwanziger- und namentlich in den frühen Dreißigerjahren mehr und mehr zu einer grundsätz-

---

[9] Vgl. Erich Gruner, 100 Jahre Wirtschaftspolitik, Etappen des Interventionismus in der Schweiz, in Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik (abgekürzt: SZVS) 100 (1964), S. 55–70, insbes. S. 51f. Ausdruck dieser Wandlung des Parteicharakters war ein zunehmendes Desinteressement an den Wahlen, deren Beteiligungsziffer 1914 bis auf 46 Prozent sank.

[10] Vgl. E. Ehrenzeller in Politische Rundschau 42 (1963), S. 224–254.

[11] In der ersten Proportionalwahl des Nationalrates von 1919 fiel die Zahl der freisinnigen Sitze (Radikal-Demokratische Fraktion) gegenüber 1917 von 105 auf 60, die Katholisch-Konservativen bewegten sich von 42 auf 41, die Sozialdemokraten stiegen von 22 auf 41 an und als neue Gruppe traten die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien mit 29 Mandaten auf den Plan (Total einschließlich kleinerer Gruppen 189 Sitze). Die Zahlen nach Erich Gruner, Die schweizerische Bundesversammlung 1848–1920, Bd. 2 (z. Zt. im Druck, ersch. 1966 in Bern).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Kritik an der herkömmlichen Demokratie und vor allem an der als individualistisch-kapitalistisch empfundenen Wirtschaftsstruktur des Landes. Die Entwicklung antidemokratischer Bewegungen in den Nachbarländern – italienischer Faschismus, deutscher Nationalsozialismus, autoritäre christlichsoziale Bewegung in Österreich, Action Française – wirkte sich zunächst stimulierend auf eine solche Kritik aus. Eine bedrängende Zuspitzung erfuhr jedoch die Lage vor allem durch die Weltwirtschaftskrise der frühen Dreißigerjahre, die von 1931 an auch die Schweiz aufs schwerste traf. Die Exportindustrie fiel bis 1934 auf ein Drittel ihres bisherigen Volumens zurück, ganze zuvor blühende Zweige wie Stickerei-, Seiden- und Uhrenindustrie schienen vernichtet, der Fremdenverkehr nahm um etwa die Hälfte ab. 1934 ging dann auch die Binnenkonjunktur zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg bis 1936 auf 124000. Die Löhne sanken, während die Preise stiegen. Auch die Landwirtschaft litt unter dem Verlust ihrer Exportmöglichkeiten[12].

Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen und Begleiterscheinungen erschütterten das Vertrauen in die freisinnige Staatsführung und die liberale Wirtschaftsordnung vollends. Hinzu kam, daß der mehrheitlich freisinnige Bundesrat, und zwar gerade auf Initiative des freisinnigen Volkswirtschaftsministers Edmund Schulthess, unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise mehr und mehr vom Geist der liberalen Bundesverfassung abging[13]. Einerseits wurde die in Art. 31 garantierte Handels- und Gewerbefreiheit unter fragwürdig extensiver Auslegung anderer Verfassungsartikel häufig verletzt, damit man zugunsten notleidender Wirtschaftszweige und Bevölkerungsgruppen gesetzgeberisch eingreifen konnte, andererseits wurden aber diese Maßnahmen, die oft nicht auf allgemeine Anerkennung rechnen durften, durch eine ebenso extensive Auslegung des Dringlichkeitsvorbehalts im Gesetzesreferendumsartikel 89 ebenso häufig der Volksabstimmung entzogen[14]. Damit setzte sich das Bundesparlament – meist auf Antrag des Bundesrates – über ein Grundelement der modernen schweizerischen Demokratie, über das Entschei-

[12] Vgl. E. Gruner in SZVS 100 (1964), S. 56f., und Karl-Hanns Maier, Die antiliberalen Erneuerungsbewegungen in der Schweiz und das Entstehen des liberal-sozialen „Landesring der Unabhängigen", Diss. phil., Tübingen 1955 (Masch.-schr.), S. 7–18.

[13] In einer Botschaft an die Bundesversammlung über außerordentliche Finanzmaßnahmen erklärte der Bundesrat am 2. 9. 1935 unter Hinweis auf seine vom Parlament gewährten und vom Bundesgericht „anerkannten" Vollmachten während des Ersten Weltkriegs, es bestehe „ein ungeschriebenes Recht . . ., welches den Leitern des Gemeinwesens nicht nur die Befugnis verleiht, sondern es geradezu zur Pflicht macht, den Staat nicht über der Erfüllung von starren Formen zugrundegehen zu lassen" (Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft – abgekürzt: Bbl. – 85 (1933), Bd. 2, S. 285).

[14] Zur Aushöhlung der Handels- und Gewerbefreiheit wurde namentlich der 1908 eingefügte Art. 34 ter benützt, der dem Bund die Kompetenz zur Aufstellung einheitlicher Bestimmungen für das Gewerbewesen gab, jedoch ursprünglich nicht als grundsätzliche Einschränkung der Gewerbefreiheit verstanden wurde (vgl. E. Gruner in SZVS 100 [1964], S. 55, Anm. 2). In Art. 89 hieß es bis 1939: „Bundesgesetze sowie allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen überdies dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, wenn es von 30000 stimmberechtigten Schweizerbürgern oder von 8 Kantonen verlangt wird." Später wurde der Dringlichkeitsvorbehalt präzisiert.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dungsrecht des Volkes in Gesetzgebungsfragen, hinweg. Gerade diese die Demokratie einschränkende Praxis trug jedoch nur dazu bei, das Mißtrauen gegenüber Bundesrat und Bundesversammlung, die man weithin als Werkzeuge verborgener wirtschaftlicher Mächte verdächtigte, zu steigern[15].

Allgemeine Charakterisierung der Erneuerungsbewegung

In diesem Klima erhob sich nun aus bereits vorhandenen Ansätzen eine vielgestaltige Bewegung von Erneuerungsbestrebungen, die alle mehr oder weniger stark in Opposition zur bisherigen liberal-demokratischen Staatsordnung standen. Was sie bei allen Unterschieden und Gegensätzen verband, war ihre Abwendung von einer individualistischen Gesellschaftstheorie zu einer stärkeren Betonung der Gemeinschaft, sei dies nun in einem an alteidgenössische Traditionen anknüpfenden genossenschaftlichen oder aber in einem zum totalitären Staat neigenden kollektivistischen Sinn; diese zweite Tendenz wurde freilich meist durch programmatische Bekenntnisse zur „Demokratie" verhüllt. Gemeinsam war demgemäß auch eine grundsätzlich vom liberalen Kapitalismus abweichende Auffassung über das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Endlich wirkte verbindend das besondere Lebensgefühl einer jungen Generation, die sich infolge einer gewissen Überalterung der politischen Kader von der Mitbestimmung der öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen fühlte[16]. Vier Hauptpostulate sind es vor allem, die von diesen Erneuerungsbewegungen in verschiedener Färbung und Akzentuierung gegen das Bestehende ins Feld geführt wurden: die Stärkung der Regierungsautorität, die korporative Ordnung der Wirtschaft, die Betonung des Nationalen und die Neubelebung des föderalistischen Prinzips.

Der Ruf nach einer starken Regierung richtete sich – ausländischen Beispielen entsprechend – in erster Linie gegen das Parlament. Man betrachtete dieses weitgehend als Tummelplatz unkontrollierbarer Interessen, die eine durchgreifende Lösung der drängenden Sozial- und Wirtschaftsprobleme zum Wohle des Ganzen verhinderten. Die Interessenvertretung war gerade durch die Einführung der Verhältniswahl begünstigt worden, da sie nicht in erster Linie weltanschaulich, sondern wirtschaftlich orientierte Minderheiten hatte zum Zuge kommen lassen. Der – vielfach hemmende – Einfluß eines so gearteten Parlaments sollte zugunsten einer überparteilichen Staatsführung beschränkt werden, wobei einerseits plebiszitäre Elemente zur Stärkung dieser Führung in Betracht gezogen wurden, anderseits aber auch eine Wiedereinschränkung der im 19. Jahrhundert entwickelten Institutionen der Referendums- und Initiativdemokratie, die als Belastung des politischen Lebens empfunden wurde. Die Tendenz zur Kräftigung der Regierungsgewalt gipfelte in vereinzelten Rufen nach Konzentration der Autorität in einer Führerpersönlichkeit, z. B. unter Wiederaufnahme der noch heute in einigen Kantonen

[15] Maier, a. a. O., S. 28ff.

[16] Von 231 eidgenössischen Parlamentariern waren Ende 1933 67 weniger als 50jährig, 97 im Alter zwischen 50 und 60 Jahren und 67 mehr als 60jährig (nach Jahrbuch der eidgenössischen Räte und Gerichte – abgekürzt: JERG – 1934, S. 41–123).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verwendeten, in der Napoleonischen Zeit auch auf das eidgenössische Führungsorgan übertragenen Amtsbezeichnung „Landammann"[17].

Auch das Postulat einer korporativen Wirtschaftsordnung konnte sich an zeitgenössischen ausländischen Modellen orientieren, sei es am faschistischen Korporationenstaat in Italien, an der berufsständischen Ordnungsidee der Enzyklika „Quadragesimo anno" Papst Pius' XI. von 1931 oder an der Verbindung beider Konzeptionen im österreichischen Ständestaat. Es ergab sich aber auch aus der oben skizzierten Ideologie des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes, der seit den Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts den staatlichen Schutz der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur forderte und damit mindestens eine indirekte Anerkennung seiner Verbände durch den Staat erreichte[18]. Wesentlich war der Gedanke einer eigentlichen Verankerung der Wirtschaftsverbände im Staatsrecht, die Tendenz zur Überwindung des Klassenkampfes durch die gesetzliche Förderung der Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie das Projekt eines Wirtschaftsrates als oberstes Ausgleichsorgan der wirtschaftlichen Interessen, das dem Parteienparlament die Verantwortung für Wirtschafts- und Sozialprobleme mehr oder weniger abnehmen sollte. Der korporative Aufbau konnte zum eigentlichen Ersatz für den parteipolitisch-parlamentarischen Aufbau des Staates werden, wobei der demokratisch-quantitative Grundsatz der Gleichberechtigung aller Bürger durch das ständisch-qualitative Prinzip der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einerseits und eines staatlich fixierten Gleichgewichts unter den verschiedenen Berufsgruppen anderseits verdrängt wurde[19].

Als Reaktion auf die kosmopolitisch-pazifistische Strömung der Nachkriegsperiode pflegten die Erneuerungsbewegungen der Dreißigerjahre – auch hier dem allgemeinen Zug der Zeit folgend – erneut das nationale Bewußtsein. Damit richteten sie sich nicht nur gegen den international orientierten Sozialismus, sondern gleichfalls gegen die internationalen Verflechtungen der kapitalistischen Wirtschaft[20]. Besonders in mittelständischen Kreisen ergab sich als Folge der Konkurrenz der in den Zwanzigerjahren aufgestiegenen Warenhäuser, die zu einem großen Teil in jüdischem Besitz waren[21], eine gewisse Parallele zu den antisemitischen Tendenzen des Auslandes. Freilich vom sprachlich oder rassisch begründeten Nationalismus der großen Nachbarvölker mußte sich das Nationalbewußtsein der mehrsprachigen Schweiz notwendigerweise wesentlich unterscheiden. Es fehlte ihm der expansive und egalitäre Charakter; gemeinsam mit dem Sprachnationalismus des Auslandes war ihm nur der rückwärts gewandte Blick in die Geschichte, der betonte Wille zur militärischen Landesverteidigung sowie ein vom Geschichtsbewußtsein genährtes

[17] So schon vor 1930 bei Carl Horber, Die schweizerische Politik, Zürich 1928, S. 142ff., ferner bei Paul Lang, Tote oder lebendige Schweiz?, Zürich 1932, S. 135f., und bei Gonzague de Reynold, Conscience de la Suisse, Neuchâtel 1938, S. 291.

[18] Vgl. E. Gruner in SZVS 100 (1964), S. 47f., 50f. u. 55ff.

[19] Vgl. Robert Tobler in Die Schweiz, Ein nationales Jahrbuch, 4 (1933), S. 73f.

[20] Hierin zeigten sie eine gewisse Verwandtschaft mit dem liberalen Nationalismus der Vorkriegszeit (vgl. E. Gruner in SZVS 100 [1964], S. 52).

[21] Maier, a. a. O., S. 73ff.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und im Wehrwillen zum Ausdruck gebrachtes Gemeinschaftsgefühl. Es gab allerdings in der deutschen Schweiz immer noch eine verbreitete Sympathie zum gleichsprachigen Nachbarvolk, die sich in gewissen Kreisen auf den Nationalsozialismus übertrug; dessen totalitäre Methoden wirkten jedoch auch im Bereich der Erneuerungsbewegungen auf viele mehr und mehr abstoßend, wenn nicht bereits bedrohlich. Eine ähnliche Wirkung hatte der Faschismus mit seinen irredentistischen Untertönen im italienischsprachigen Tessin. Dagegen blieb die Zuneigung des französischsprachigen Teils des Landes zu Frankreich ungebrochen.

Sowohl der Blick in die nationale Vergangenheit wie auch das Minderheitsbewußtsein in den romanischen Sprachgruppen, unter den Katholiken und in mittelständischen Kreisen führte zu einer Neubetonung des Föderalismus als Aufbauprinzip des schweizerischen Staatswesens. Hierin unterschieden sich die meisten Erneuerungsbewegungen am ausgesprochensten von den nationalistischen Tendenzen in anderen Ländern. Die Hervorhebung der kantonalen Eigenständigkeit konnte allerdings mit den Forderungen nach Verstärkung der Regierungsautorität und nach einer korporativen Ordnung in Widerspruch geraten. In extrem föderalistischen Kreisen der welschen Schweiz wurden deshalb diese Forderungen im Grunde nur für den Kantonalstaat erhoben, nicht für die Eidgenossenschaft als Ganzes, die man wieder in einen Bund fast völlig souveräner Staaten zurückverwandeln wollte. Dieser partikularistischen Haltung gegenüber standen namentlich in der deutschen Schweiz Erneuerungsprogramme, welche den nationalen Zusammenhalt im schweizerischen Gesamtstaat viel stärker betonten und die kantonale Autonomie, besonders auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, den gesamtschweizerischen Gesichtspunkten unterordneten.

Nach dieser allgemeinen Skizzierung der in den Erneuerungsbewegungen vorherrschenden Tendenzen seien nun die einzelnen Gruppen – mindestens die wichtigeren unter ihnen – charakterisiert. Dabei soll zugleich eine gewisse Gliederung nach Hauptrichtungen versucht werden.

Rechtsextreme Organisationen der deutschen Schweiz

Im Mittelpunkt der deutschschweizerischen rechtsextremen Gruppen, die hauptsächlich im sogenannten „Frontenfrühling" des Jahres 1933 „aufblühten", stand die „Nationale Front"[22]. Sie wurde im Herbst 1930 gegründet und fand in den

[22] Vgl. zur „Nationalen Front" Bruno Grimm, Das Ende der Nationalen Front, Zürich 1940; im weiteren Konrad Schloms, Die neuen und alten politischen Gruppen der Schweiz im Kampf um die Neugestaltung der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874, Leipzig 1937, S. 6–14; Günter Lachmann, Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931–1945, Diss. phil., FU Berlin 1962, S. 25f. u. 80f.; Markus Feldmann, Nationale Bewegungen in der Schweiz, Bern 1933, S. 19–48; Neue Schweizer Rundschau (abgekürzt: NSR), N. F., 1 (1933), S. 73–78; Schweizerische Rundschau (abgekürzt: SR) 33 (1933–34), S. 303–314; JERG 1934, S. 215–221; Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945, Teil 1, in Bbl., Jg. 98, Bd. 1, S. 1ff., insbes. S. 19f. u. 59; Hans Zopfi, Anekdoten und Erinnerungen, Affoltern a. A. 1952, S. 231–241, und Fred Luch-

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgenden Jahren in verschiedenen Kantonen Anhang. Zahlenmäßig schwächer, aber geistig bedeutender als sie war anfangs der Dreißigerjahre die „Neue Front", die im Sommer 1930 unter der Führung von Robert Tobler aus freisinnigen Akademikerkreisen entstanden war und mit den Veröffentlichungen ihrer Mitglieder weithin Beachtung fand. Sie war im Unterschied zur „Nationalen Front", die sich mit ihrem Kampfblatt „Der Eiserne Besen" an die Massen, auch an die Arbeiter, wandte, eine Kaderorganisation; sie tendierte aber auf eine Verbreiterung ihrer Basis und schloß sich deshalb im Mai 1933 mit der „Nationalen Front" zu einer eigentlichen Partei zusammen, die den Namen „Nationale Front" weiterführte.

Während die ursprüngliche „Nationale Front" schon durch den Stil ihres Kampfblatts ihre Verwandtschaft mit dem deutschen Nationalsozialismus bewies, war in den Publikationen der „Neuen Front" der ausländische Einfluß noch sublimer. So legte der Zürcher Gymnasiallehrer Paul Lang in seiner Schrift „Tote oder lebendige Schweiz?"[23] dar, daß die Einführung der Demokratie im 19. Jahrhundert eine bloße Reaktion auf die allzulange Herrschaft der Aristokratie gewesen sei; nun aber habe sich die Demokratie erschöpft und müsse durch eine neue Stärkung der Regierungsgewalt sowie durch eine Einschränkung der Volksrechte umgestaltet werden. Lang plädierte für einen vom Volk gewählten Landammann als Staatschef, dem er es anheimstellen wollte, ob eine Entscheidung dem Referendum zu unterbreiten sei oder nicht.

Die „Neue Front" sprach sich bereits in ihren Gründungsstatuten für eine Ersetzung des bestehenden Parteiensystems durch eine „Führer- und Ideengefolgschaft" aus. In ihrem Programm von 1933 verlangte sie „neue Formen und Organe staatlicher Willensbildung", wobei sie die „verantwortungslose Parteienherrschaft" durch eine „Volksgemeinschaft" ersetzen wollte, die auf „organisch gewachsene politische, kulturelle, völkische und berufsständische Lebensgemeinschaften" gegründet wäre; ein „oberstes nationales Wirtschaftsorgan" sollte die „Führung von Binnenwirtschaft und Außenhandel" innehaben und „eine für alle Volksgenossen und Berufsstände gerechte Verteilung des Wirtschaftsertrages" garantieren. Die „Neue Front" vertrat also eine korporative Ordnung, in der – wie Robert Tobler ausführte[24] – Politik, Wirtschaft und Kultur verschiedenen Organen zugewiesen wären; wenn er darin „eine zeitgemäße Umbildung jenes alten föderalistischen Geistes" sah, der einst in Form der Kantone die Eidgenossenschaft beherrscht habe und nun „in neuer Form" in Erscheinung treten solle, so ließ er erkennen, daß die politisch-föderative Struktur der Schweiz ihm nicht im Vordergrund stand.

In seiner erwähnten Schrift forderte Paul Lang, daß niemand ein öffentliches Amt bekleide, der nicht im Land geboren sei, da einer, der seine Jugend nicht hier verlebt habe, nie als Schweizer empfinden könne. Das war ein betont nationales

singer, Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges 1930–1955, Zürich 1955, S. 87ff. u. 98ff. – Wertvolle Ergänzungen zum Gesamtkomplex der Erneuerungsbewegungen verdanken die Verfasser ferner ungedruckten Referaten von Marie-Emma Fitting und Walter Wolf an einer zeitgeschichtlichen Tagung vom 16. 1. 1965 in Bern.

[23] Erschienen Zürich 1932. [24] Die Schweiz 4 (1933), S. 81f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Postulat, das als Zeugnis für den Unabhängigkeitssinn der „Neuen Front" verstanden werden konnte. In ihrem Programm verlangte diese wohl, daß „die Würde und die Rechte" der Schweiz gegen außen unnachgiebig zu verteidigen seien, fügte aber den Vorbehalt bei, die Landesverteidigung sei so lange uneingeschränkt aufrechtzuerhalten, als nicht „eine auf wahrhafter Lebensgemeinschaft der europäischen Völker beruhende höhere Organisationsform" jedem Gliede Europas Sicherheit gewähre. Das war gewiß noch keine Kapitulation vor dem deutschen Nationalsozialismus, doch konnte es nicht zweifelhaft sein, daß man die ins Auge gefaßte „höhere Organisationsform" nicht vom Völkerbund, sondern von den rechtsextremen Kräften Deutschlands und Italiens erwartete.

Die „Neue Front", deren Vertreter noch bis zum Mai 1932 an Veranstaltungen der „Liberalen Jugend" teilnahmen[25], verdient deshalb besonderes Interesse, weil sie gewissermaßen an der Wegscheide zwischen demokratisch-genossenschaftlicher und rechtsextremistischer Entwicklung der Erneuerungsbewegung steht. Als sie auf der Tagung der „Liberalen Jugend" vom 7./8. Mai 1932 in Flüelen mit den liberaldemokratischen Kreisen, aus denen sie hervorgegangen war, „das Tischtuch zerschnitt", stellte sie die Weiche nach einer Richtung, in der sie sich mehr und mehr vom schweizerischen Wesen entfernte, bis eine ganze Reihe ihrer Führer beim Landesverrat anlangte. Die erste Konsequenz auf diesem Weg war die erwähnte Verschmelzung mit der „Nationalen Front", die sich freilich äußerlich betont alteidgenössisch drapierte (Ersetzung des modernen breitschenkligen Schweizerkreuzes durch das alte langschenklige, durchgehende Kreuz, Verwendung des alten Kampfrufes „Harus", Einführung des Landsknechtegrußes mit erhobener Hand, Bezeichnung der Saalwachen mit dem im alteidgenössischen Kriegswesen gebräuchlichen Ausdruck „Harst"), deren Anlehnung an das ausländische nationalsozialistische Vorbild jedoch unverkennbar war. Dieser Anlehnung entsprach auch die Propagierung der „Werte des Blutes" und ein scharfer Antisemitismus; die Programmerklärung von 1933 verlangte „die Stellung der Juden unter Fremdenrecht", was offensichtlich auf eine staatsbürgerliche Diskriminierung hinauslief.

Die „Nationale Front" behielt zwar ein Lippenbekenntnis zur Demokratie bei, sie wollte diese aber auf „ursprünglichere Formen" zurückführen, indem sie die Beseitigung der „schematischen Stimmzetteldemokratie" sowie des „Parteienstaats mit seinen Kompromissen" forderte. Die Parteien sollten verschwinden; eine Volksbewegung war als Trägerin des neuen Staates vorgesehen. Demokratie sollte nur „als Landsgemeindeprinzip" im überschaubaren Kreis der Gemeinde, des Bezirks oder der Berufsgemeinschaft bestehen bleiben; Fragen des Staates waren von den „Zuständigen" zu entscheiden. Die Regierung sollte wieder mit Autorität ausgestattet, dafür aber auch mit der ganzen Verantwortung beladen werden. Für „einfache, grundlegende Fragen" könnte das Volk noch angerufen werden. Der autoritäre Zug der ganzen Staatsvorstellung kam deutlich zum Ausdruck, wenn die Wirtschaft, für die eine korporative Organisation vorgesehen war, nach dem Vorbild der

[25] *Liberale Jugend* 4 (1932), H. 4, S. 11. Über die Bewegung „Liberale Jugend" vgl. weiter unten.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Armee konzipiert wurde: mit den Arbeitgebern als Offizieren, den Arbeitern als Soldaten, geleitet von einem obersten Wirtschaftsrat als Generalstab.

Die wirtschaftlichen Postulate der „Nationalen Front" waren im übrigen stark mittelständisch ausgerichtet: Stützung der Landwirtschaft durch Senkung der Hypothekarzinse, Verbot der Bodenspekulation, Schutz des Absatzes und gerechter Preise – dafür freilich auch Regelung der Produktion –, ferner Schutz des Detailhandels durch Verbot der Einheitspreisgeschäfte und Einschränkung der Warenhäuser. Man suchte aber zugleich die Arbeiterschaft durch ein Recht auf Arbeit zu gewinnen, das man allerdings mit einer Arbeitsdienstpflicht verband.

Die scharfe Betonung des Autoritären ließ in der „Nationalen Front" den Föderalismus zurücktreten. Wohl wurden „die landschaftlichen Stände" im Rahmen des korporativen Aufbaus anerkannt; nachdrücklicher aber ertönte der Ruf nach einem „lebendigen Willen zur Ganzheit und Einheit", der auch in der Verfassung des Gesamtstaates zum Ausdruck kommen sollte.

Es gelang der „Nationalen Front" nicht, den schweizerischen Rechtsextremismus in ihrer Organisation zu sammeln. Eine noch ausgesprochener das deutsche Vorbild kopierende Gruppe, die „Nationalsozialistische Eidgenössische Arbeiterpartei", die sich auch „Bund nationalsozialistischer Eidgenossen" nannte und neben ihrer Einteilung in Gaue, Ortsgruppen, Stützpunkte und Zellen oder der Aufstellung schweizerischer SA-Männer selbst das Hakenkreuz als antisemitisches Symbol vom deutschen Nationalsozialismus übernahm, schloß sich zwar der „Nationalen Front" an, doch schon im Oktober 1933 erfolgte auch wieder eine Abspaltung auf dem rechten Flügel: die Gründung der „Nationalsozialistischen Schweizerischen Arbeiterpartei" um Major Ernst Leonhardt in Basel, die nach außen als „Volksbund" auftrat und die Linie des „Bundes nationalsozialistischer Eidgenossen" weiterverfolgte[26].

1933 begann die „Nationale Front" unter dem Namen „Front National" auch in die welsche Schweiz einzudringen; sie fand hier aber ein weit geringeres Echo als im deutschsprachigen Landesteil, weil sie der in welschen Rechtskreisen herrschenden föderalistischen Einstellung zuwenig Rechnung trug und weil ihre Nachahmung des deutschen Vorbilds auf den romanischen Schweizer abstoßend wirkte[27]. Außerdem begegnete ihr in den französisch- wie in den italienischsprachigen Gebieten des Landes die Konkurrenz einer Bewegung, die sich ausdrücklich als faschistisch bezeichnete und sich einseitig vom italienischen Vorbild leiten ließ[28]. Initiant dieser Bewegung war in der Westschweiz der waadtländische Oberst Arthur Fonjallaz, im Tessin Nino Rezzonico, die beide in persönlichem Kontakt mit Mussolini standen. 1934 wurde ein „Parti Fasciste Suisse" gegründet, der auch in der deutschen

[26] Dem „Volksbund" schloß sich vorübergehend auch Oberstdivisionär Emil Sonderegger, 1920–1923 Generalstabschef der schweizerischen Armee, an, der im April 1933 an einer Versammlung der „Nationalen Front" in Zürich die Abschaffung des Parlaments und die Wahl der Landesregierung durch das Volk gefordert hatte.

[27] Vgl. SR 33 (1933–34), S. 355.

[28] Vgl. Bericht über antidemokratische Tätigkeit in Bbl., 98, Bd. 1, S. 20, u. Bd. 2, S. 187 f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schweiz mehrere Ortsgruppen aufwies und dessen Organ, der „Schweizer Fascist", in den drei Hauptsprachen des Landes erschien. Seinen stark nach Italien ausgerichteten Charakter bewies dieser schweizerische Faschismus durch seine Verbindung mit den „Comitati d'azione per la universalità di Roma", die das von Mussolini propagierte Römertum als beseelende Idee Europas, als Norm des Friedens und der Gerechtigkeit für alle Völker anerkannten. Die Bewegung erlangte aber nirgends eine größere Bedeutung.

Die „Nationale Front" erzielte im Jahre 1933 gewisse Erfolge bei Wahlen, so bei einer Ständeratswahl im Kanton Schaffhausen, in der ihr Kandidat mit katholisch-konservativer Unterstützung 26 Prozent der Stimmen erreichte, und bei der Erneuerung des Zürcher Gemeinderates (Stadtparlament), bei welcher sie 10 von 120 Sitzen gewann[29]. In den Nationalratswahlen von 1935 war dagegen ihre Stimmkraft schon im Rückgang: mit weniger als 4 Prozent der Wähler des Kantons Zürich kam sie auf ein einziges Mandat, das Robert Tobler zufiel; im Kanton Schaffhausen erhielt sie noch etwas über 12 Prozent der Stimmen, was jedoch zu keinem Sitz ausreichte[30].

Die „Nationale Front", die hauptsächlich in den Industriekantonen Zürich und Schaffhausen Fuß fassen konnte, besaß – vorwiegend im Kanton Bern – ein bäuerliches Gegenstück, die „Schweizer Heimatwehr"[31]. Diese war bereits 1925 – übrigens in Zürich – gegründet worden und beanspruchte deshalb eine Art Pionierrolle in der ganzen Erneuerungsbewegung. Zu Anfang der Dreißigerjahre gelang ihr eine stärkere Verbreitung in bernischen Landgegenden; sie gewann 1934 3 von 228 Sitzen im Großen Rat des Kantons Bern. Ein Erfolg bei den Nationalratswahlen von 1935, in denen sie mit anderen Kreisen zusammen eine Liste „Nationale Erneuerung" aufstellte, blieb ihr jedoch versagt[32]. Ihre Statuten von 1933 betonten in erster Linie den Kampf gegen Juden, Geheimbünde und Linksextremisten; sie befürworteten außerdem eine Entwicklung der berufsständischen Gliederung, bekannten sich aber äußerlich zur geltenden Bundesverfassung. Die Heimatwehr pflegte engen Kontakt mit der „Nationalen Front" und namentlich mit dem „Parti Fasciste Suisse"[33]. Auch sie griff einerseits auf alteidgenössische Symbole zurück – die Hellebarde war ihr Bundeszeichen – und machte anderseits Anleihen bei den rechtsextremen Bewegungen des Auslandes: so in der Aufstellung von graue Hemden tragenden Freikorps, die freilich schon im Frühling 1933 durch ein vom Bundesrat erlassenes Parteiuniformenverbot getroffen wurden. In ihrem Organ „Das Schwei-

[29] Die stärksten Stimmenanteile erhielt die „Nationale Front" in den bürgerlichen Stadtkreisen; die Hauptverluste hatte die Freisinnige Partei zu tragen (vgl. Statistik der Stadt Zürich, H. 41: Zürcher Gemeindewahlen vom 24. 9. 1933, S. 14ff. u. 54ff.).

[30] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz (abgekürzt SJS) 1936, S. 398f., und JERG 1936, S. 67.

[31] Vgl. zur Heimatwehr Schloms, a. a. O., S. 27; Feldmann, a. a. O., S. 48–63; NSR N.F. 1 (1933), S. 90–94; SR 33 (1933–34), S. 294ff.; JERG 1934, S. 221ff., und Zopfi, Anekdoten, S. 245–249.

[32] Vgl. Der Bund, 8. 5. 1934, Nr. 211 u. 212; 13. 10. 1935, Nr. 477.

[33] Vgl. dazu Bericht über antidemokratische Tätigkeit in Bbl., Jg. 98, Bd. 1, S. 20.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zerbanner" erklangen geradezu revolutionäre Töne; dem Parteienstaat wurde in aller Form der Kampf angesagt. Eine „Landsgemeinde" der Heimatwehr in Spiez (Kanton Bern) richtete im Herbst 1932 unter Androhung eines Steuerstreiks ultimative Forderungen nach einschneidenden Schutzmaßnahmen für Landwirtschaft, Gewerbe und Kleinhandel an den Bundesrat, ohne allerdings die erfolglose Drohung wahrzumachen. In der Wendung an den Bundesrat, von dem innert Monatsfrist der Verfassung durchaus nicht entsprechende Erlasse verlangt wurden, kam sichtlich ein autoritärer und zugleich ein zentralistischer Zug zum Ausdruck.

Wenn die „Nationale Front" sich ausgesprochen plebejisch gebärdete und die Heimatwehr einen mittelständisch bäuerlichen Charakter aufwies, so trug demgegenüber die „Eidgenössische Front"[34] mehr aristokratische Züge, was sie in eine gewisse Nähe zur „Neuen Front" brachte. Sie entstand 1931 im Referendumskampf gegen ein erstes Alters- und Hinterbliebenenversicherungsgesetz, das sie als Konzession an den Sozialismus verurteilte; daß der Ausgang der Volksabstimmung ihrer Parole entsprach, glaubte sie als Sieg buchen zu können. Sie betonte stark den Vorrang der Gesinnung, der geistigen Erneuerung vor politischen Reformen, was sie aber nicht hinderte, in einer pseudonymen Schrift[35] der Demokratie – noch nachdrücklicher als Paul Lang – eine aristokratische Staatsform vorzuziehen. Für die politischen Führer – so hieß es in dieser Schrift – komme es weit mehr auf den Charakter an als auf Fähigkeiten; der Charakter aber werde stark durch Vererbung und Erziehung bestimmt. So habe es in der alten Eidgenossenschaft eine viel größere Zahl von verantwortungsbewußten Persönlichkeiten in leitenden Stellungen gegeben als in der modernen parlamentarischen Demokratie.

Diesem Rückgriff auf die alte Eidgenossenschaft entsprach es, daß die „Eidgenössische Front" in der Frage des Verhältnisses zwischen Bund und Kantonen mehr zu einer föderalistischen Lösung neigte. Immerhin verlangte auch sie eine starke Zentralgewalt für die Außenpolitik, das Militärwesen und einen Teil der wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Föderalistischer Rechtsextremismus in der welschen Schweiz

Die vorwiegend zentralistisch orientierten Fronten, in denen sich der deutschschweizerische Rechtsextremismus der Zwischenkriegszeit manifestierte, hatten in der welschen Schweiz ihr Gegenstück in extrem föderalistischen Bewegungen. Die bedeutendste unter diesen war die 1926 gegründete waadtländische Vereinigung „Ordre et Tradition"[36] unter der Leitung von Marcel Regamey, die seit 1931 die

[34] Vgl. zur „Eidgenössischen Front" Schloms, a. a. O., S. 17ff.; Feldmann, a. a. O., S. 63 bis 84; NSR N.F. 1, S. 66–70, und SR 33, S. 315–318.

[35] Bubenberg, Die Ursachen der heutigen Weltkrise, 2. Aufl., Zürich 1933. Verfasser war laut Katalog der Schweizerischen Landesbibliothek Hans Frick, später Oberstkorpskommandant und Ausbildungschef der Armee; vgl. auch Hans Zopfi, Aus sturmerfüllter Zeit, Affoltern a. A. 1954, S. 257.

[36] Vgl. zu „Ordre et Tradition" Schloms, a. a. O., S. 20ff.; NSR N.F. 1, S. 87–90, und SR 33, S. 281ff. 1966 erscheint Marie-Emma Fitting, Action Française et rénovation nationale dans les cantons romands 1930–1940, Diss. Bern.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Monatsschrift „La Nation" herausgab. Sie stand stark unter dem Einfluß der „Action Française", deren Doktrin Regamey auf seinen Heimatkanton übertragen wollte, womit er nicht nur hinter die Zeit der Französischen Revolution, sondern auch hinter die Eroberung der Waadt durch Bern im Jahre 1536 zurückzukehren gedachte[37]. Als Vaterland galt ihm nur die Waadt, nicht die Schweiz. Die schweizerische Bundesverfassung sollte wieder auf einen Bundesvertrag zurückgeführt werden, der allein die „militärische, diplomatische und wirtschaftliche Verteidigung der Kantone gegenüber dem Ausland" sowie die Beziehungen unter den souveränen Kantonen betreffen würde. Die Kantone wären in einem Ständerat im Sinne der alten Tagsatzung gleichmäßig vertreten, ihm stände eine bloß konsultative Korporationenkammer als Vertretung der kantonal organisierten Korporationen zur Seite. Der Ständerat könnte in den vom Bundesvertrag geregelten Bereichen verbindliche Mehrheitsbeschlüsse fassen; Beschlüsse über andere Fragen hätten nur den Charakter von Empfehlungen an die Kantonsbehörden. Ein vom Ständerat gewählter und auch wieder abberufbarer Bundesrat wäre ein rein technisches Ausführungsorgan; ein gleichfalls vom Ständerat gewähltes Bundesgericht hätte den Bundesvertrag und die Bundesbeschlüsse als letzte Instanz zu interpretieren.

Dieser weitgehenden Auflösung der Bundesgewalt gegenüber stand nun in der Konzeption von „Ordre et Tradition" eine autoritäre Konzentration der Kantonalgewalt. Jedem Kanton sollte zwar die Wahl seiner Regierungsform völlig freigestellt sein. Für die Waadt aber schwebte Regamey eine Art hierarchische Adoptionsmonarchie vor: ein jeweils von seinem Vorgänger auf Lebenszeit ernannter und vom Großen Rat zu bestätigender Gouverneur würde als überparteilicher Schiedsrichter walten, drei von ihm bestimmten Staatsräten läge die zentrale Verwaltungstätigkeit ob, in den Bezirken ließe der Gouverneur seine Statthalter ein untergeordnetes Schiedsrichteramt ausüben, und schließlich würde der Monarch noch über ein jugendliches Elitekorps, den „Ordre national", verfügen. Neben der Zentralverwaltung war sodann eine Selbstverwaltung der Gemeinden und der Korporationen vorgesehen, die ihrerseits die Basis zweier Legislativräte bilden sollten: die Vertreter der Gemeinden einen Großen Rat für die nichtwirtschaftlichen, die Vertreter der Korporationen einen Korporationenrat für die wirtschaftlichen Belange. Diesen Räten war jedoch nur die Befugnis zugedacht, über die vom Gouverneur unterbreiteten Vorlagen abzustimmen und im übrigen ihre Ratschläge zu äußern.

Dieser undemokratische, aber auch von den militärischen oder landsknechtmäßigen Auffassungen der Fronten weit entfernte ständische Monarchismus entsprach namentlich dem Wesen der waadtländischen Bauern besser als Fonjallaz' Faschismus. Die Vereinigung „Ordre et Tradition", die 1933 den Namen „Ligue Vaudoise" annahm (unter dem sie heute noch besteht), blieb an Mitgliedern wenig zahlreich; ihre politischen Aktionen – z. B. gegen eine durch dringlichen Bundesbeschluß eingeführte Getränkesteuer – erhielten jedoch aus weiten Kreisen Unterstützung. Eine ähnliche Bewegung bildete sich im Kanton Neuenburg, wo die

[37] Die Waadt, im Mittelalter eine besondere Grafschaft, war bis 1536 größtenteils im Besitz der Herzöge von Savoyen. 1798 wurde sie von der bernischen Herrschaft befreit.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

monarchische Tradition noch bis 1848 angedauert hatte[38]. Verbindungen bestanden zeitweise auch zu Erneuerungsbewegungen in den übrigen französischsprachigen Kantonen, die in gleicher Weise das Heil in der Rückkehr zur vollen Souveränität der Kantone suchten.

Eine dieser Bewegungen, die „Union Nationale" in Genf[39], entwickelte sich freilich unter ihrem Führer Georges Oltramare von ihrem ursprünglichen Föderalismus weg zu einer eigentlichen Front. Oltramare begann mit der Herausgabe einer satirisch-polemischen Zeitung („Pilori"), die seit 1923 eine mittelständische Politik verfocht. Seine Popularität führte ihn bei einer Staatsratswahl im Jahre 1930 beinahe zum Erfolg; er wurde damit zum rechtsextremen Gegenspieler des ebenso extremen Sozialistenführers Léon Nicole. 1931 gründete er eine Partei, die sich 1932 mit einer mittelständischen Gruppe zur „Union Nationale" verband. Diese bekannte sich zwar anfänglich zu einem entschiedenen Föderalismus, trug aber mit ihrer straffen Organisation und ihrer betonten Ausrichtung gegen Juden und Freimaurer bereits gewisse faschistische Züge, die sich nach einem sozialistischen Wahlsieg und dem Einzug Nicoles in die Kantonsregierung im Jahre 1933 zusehends verschärften. Die Parteimitglieder traten – wie die Freikorps der Heimatwehr – in grauen Hemden auf und trieben mit Oltramare einen ausgesprochenen Führerkult; Oltramare reiste auch häufig zu Mussolini nach Rom. Die Partei fand im politisch aufgewühlten Genf beträchtlichen Anhang: bei den Nationalratswahlen von 1935 gewann sie einen von den acht genferischen Sitzen[40] und bei den Großratswahlen von 1936 10 von 100 Mandaten. Bereits bildeten sich Parallelgruppen in anderen welschen Kantonen. 1937 kam es schließlich zu einer Vereinbarung mit der „Nationalen Front", wobei diese der „Union Nationale" das Feld in der französischsprachigen Schweiz überließ und ihren welschen Ortsgruppen den Eintritt in Oltramares Partei befahl. Der frontistische Rechtsextremismus war allerdings zu diesem Zeitpunkt schon im Abflauen, so daß die „Union Nationale" mit ihrer Ausdehnung auf die ganze welsche Schweiz nicht wesentlich an Einfluß gewann. Anfang 1939 wurde Oltramare von seiner eigenen Kantonalgruppe in Genf gestürzt und aus der Parteileitung verdrängt, worauf die Organisation zerfiel.

Mittelständische Bewegungen

Wie eingangs erwähnt, waren es nicht nur rechtsextreme Gruppen, die in den Jahren um 1930 das schweizerische politische Leben in Bewegung brachten; eine größere Bedeutung gewannen Bestrebungen, die sich weniger weit vom Boden der demokratischen Tradition entfernten und sich zum Teil innerhalb der bestehenden Parteien auswirken konnten. Vielfach hatten auch diese gemäßigteren Bewegungen

[38] Bis 1848 – völkerrechtlich sogar bis 1857 – war der Kanton Neuenburg trotz seiner Zugehörigkeit zur Schweiz ein mit Preußen in Personalunion verbundenes Fürstentum.

[39] Vgl. zur „Union Nationale" Schloms, a. a. O., S. 19–22; NSR N.F. 1, S. 94–97; SR 33, S. 319–322, und Bericht über antidemokratische Tätigkeit in Bbl., 98, Bd. 1, S. 20.

[40] Der Parteiführer Oltramare wurde dabei von einem andern Kandidaten seiner Liste überflügelt (vgl. Der Bund, 24. 10. 1935, Nr. 496).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausgesprochen mittelständischen Charakter. Dies traf z. B. auf den Anfang 1933 als „nationale Volksbewegung für geistige, wirtschaftliche und politische Erneuerung" gegründeten Bund „Neue Schweiz"[41] zu, der sich im wesentlichen auf Gewerbekreise stützte; der als Gewerbepolitiker zum Nationalrat und zum bernischen Regierungsrat aufgestiegene Fritz Joss, ein Exponent der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, wurde im Juni 1933 zum „Landesbundesführer" erhoben. Der Bund stellte sich als Volksbewegung in einen gewissen Gegensatz zu den sogenannten historischen Parteien; eine eigene Partei wollte er nicht bilden. Er bekannte sich aber grundsätzlich zur demokratischen Staatsform und lehnte eine Diktatur ab, verlangte jedoch eine „disziplinierte Demokratie", die Wiedereinführung des Mehrheitswahlverfahrens sowie eine „Rationalisierung" und Verkleinerung des Parlaments. Durch öffentlich-rechtliche Anerkennung der bestehenden Wirtschaftsverbände, sodann durch die Bildung von Korporationen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengefaßt würden, sollte eine berufsständische Selbstverwaltung der Wirtschaft eingerichtet werden, die durch die Schaffung von Wirtschaftsräten im Bund und in den Kantonen gekrönt würde; dem Bundesrat war in diesem Zusammenhang die Kompetenz zur Allgemeinverbindlicherklärung von Beschlüssen der Berufsstände zu übertragen. Unter den Arbeiterorganisationen wollte allerdings die „Neue Schweiz" nur diejenigen als legitim gelten lassen, die auf nationalem Boden ständen. Eine protektionistische Gesetzgebung hatte sodann die kleinen Existenzen in Gewerbe, Detailhandel und Landwirtschaft zu erhalten und die weitere Entwicklung der kapitalistischen Großbetriebe möglichst zu unterbinden und unter Kontrolle zu bringen. Abgesehen von solchen regulativen Eingriffen der Gesetzgebung in die Wirtschaftsstruktur verlangte die „Neue Schweiz" eine Trennung von Staat und Wirtschaft, was etwa im Ruf nach einem Abbau der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe konkretisiert wurde.

Die „Neue Schweiz" betonte nachdrücklich das nationale Moment, namentlich auch in der Kulturpolitik oder in der Beanstandung von Eheschließungen mit Ausländerinnen. In ihrer Terminologie, so etwa bei der Bezeichnung ihrer Organe, scheute sie sich freilich nicht, Anleihen beim deutschen Nationalsozialismus zu machen. Auch der Antisemitismus, besonders als Kampfmittel gegen den Großdetailhandel, war ihr nicht fremd. Anfänglich arbeitete sie sogar mit den Fronten unter Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen zusammen. Die Ausrichtung vor allem der „Nationalen Front" nach dem deutschen Vorbild ließ das Verhältnis freilich bald erkalten; zu dieser Entfremdung trug auch die von den Fronten als zu eng empfundene mittelständische Interessenpolitik bei. Die Hauptstoßrichtung der „Neuen Schweiz" ging mehr und mehr gegen die Detailhandelsgroßfirma des ideenreichen Kaufmanns und späteren Politikers Gottlieb Duttweiler, die Migros, die mit ihren rationelleren Methoden die Preise senken konnte und damit die durch die Wirtschaftskrise ohnehin reduzierte Kaufkraft der unteren Schichten in empfind-

[41] Vgl. zur „Neuen Schweiz" Maier, a. a. O., S. 85–89; Schloms, a. a. O., S. 14f.; Feldmann, a. a. O., S. 85–99; NSR N.F. 1, S. 83–86; SR 33, S. 340–344; JERG 1934, S. 205–215, und Zopfi, Anekdoten, S. 241 f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichem Maße vom mittelständischen Detailhandel ablenkte[42]. Dieser Kampf wurde mit einer so bedenkenlosen Polemik geführt, daß Duttweiler verschiedene Verleumdungsprozesse gegen die „Neue Schweiz" gewinnen konnte.

In der Bewegung „Neue Schweiz" kam eine mittelständische korporative Konzeption zum Ausdruck, die bereits in den Zwanzigerjahren von dem parteimäßig freisinnigen St. Galler Gewerbepolitiker und Nationalrat August Schirmer[43] entwickelt worden war. Schirmer gelang es, die freisinnige Partei seines Kantons weitgehend für seine sehr wenig liberale Konzeption zu gewinnen, die 1933 durch einen Parteiausschuß im sogenannten „St. Galler Entwurf" ihre konkrete Formulierung erfuhr. Auch dieses Programm wollte die Wirtschaft von den bestehenden Berufsverbänden über Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch verbindende „Fachausschüsse" bis zu einem vom Bundesrat ernannten konsultativen Wirtschaftsrat in die öffentlich-rechtliche Ordnung einbauen und dem Bundesrat, nicht der Bundesversammlung, die Kompetenz zur Sanktionierung von Beschlüssen der Berufsverbände verleihen. Die in der Schirmerschen Bewegung wie in der „Neuen Schweiz" wirksame Ideologie wurde von einem Mitarbeiter am „St. Galler Entwurf" dahin charakterisiert, sie habe „weder den Schwung des nationalen Glaubens des Faschismus noch die Tiefe der katholischen Ethik", sie sei vielmehr „getragen von einem Solidarismus, der aus der Not der Zeit stammt und zunächst im engeren Berufskreise lebendig wird".

Gleichfalls aus mittelständischen, jedoch aus bäuerlichen Kreisen ging die Jungbauernbewegung[44] hervor. An ihrer Spitze stand ein führender Politiker der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, der Sekundarlehrer Hans Müller, der 1928 in den Nationalrat und 1933 in den Vorstand des Schweizerischen Bauernverbandes gewählt wurde. Müller hatte schon in den Zwanzigerjahren einen „Verband abstinenter Bauern" sowie eine namentlich Lebensreform und Heimatschutz pflegende, berufsständisch orientierte „Bauernheimatbewegung" gegründet; auf dem Möschberg bei Großhöchstetten (Kanton Bern) errichtete er 1932 eine Bildungsstätte, die – vom Vorbild des deutschen Nationalsozialismus nicht unbeeinflußt – mehr und mehr die Führerschulung in den Mittelpunkt stellte. In seiner Zeitung „Der Schweizer Jungbauer" begann Müller, der eine Annäherung an Arbeiter und Angestellte vertrat, einen stets schärferen Kampf gegen die bäuerliche Führungsschicht, in welchem sowohl der Gegensatz zwischen Klein- und Großbauerntum als auch derjenige zwischen einer jüngeren und einer älteren Generation zum Ausdruck kam. In den Nationalratswahlen von 1935 traten die Jungbauern in verschiedenen deutschschweizerischen Kantonen mit eigenen Listen auf, wodurch die Stimmen- und namentlich die Sitzzahl der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien entschei-

[43] Maier, a. a. O., S. 78–82.

[44] Vgl. Paul Keller, Die korporative Idee in der Schweiz, St. Gallen 1934, insbes. S. 26–37 u. 43–52.

[44] Vgl. zur Jungbauernbewegung NSR N.F., 1, S. 70–75; Ernst Laur, Erinnerungen eines schweizerischen Bauernführers, Bern 1942, S. 123–128; JERG 1934, S. 201–205, und Zopfi, Anekdoten, S. 249 f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dend vermindert wurde; es zogen allerdings bloß vier jungbäuerliche Vertreter in den Rat ein, darunter drei aus dem Kanton Bern[45]. Die Jungbauern hatten somit zwar mehr parteipolitischen Erfolg als die rechtsextremen Gruppen[46], das von Müller erstrebte Ziel einer starken Mittelposition zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie wurde jedoch nicht erreicht; auch die Jungbauernbewegung konnte sich auf die Dauer nicht halten.

Katholische Bewegungen

Die bisher angeführten Gruppen betonten meist eine christliche Grundhaltung, sie waren aber – mit Ausnahme der Jungbauern, die sich zum Protestantismus bekannten – überkonfessionell. In konfessioneller Verankerung erhob sich dagegen neben ihnen eine Erneuerungsbewegung aus dem katholischen Bevölkerungsteil, dessen parteipolitische Organisation, die Schweizerische Konservative Volkspartei, wohl an der Regierungsverantwortung teilnahm, aber nur in einer Minderheitsstellung. Vor allem Teile der katholischen Jugend begannen sich in verschiedenen Gruppen und Organisationen zu regen, namentlich die sogenannten Jungkonservativen[47], die aus der Nachwuchsorganisationstätigkeit der Konservativen Volkspartei in den Zwanzigerjahren hervorgegangen waren und vom katholischen Schweizerischen Studentenverein unterstützt wurden. In diesen katholischen Jugendgruppen wurde die Frontenbewegung – ähnlich wie in nichtkatholischen rechtsbürgerlichen Kreisen – begrüßt. Der jungkonservative Redaktor der katholischen Zeitschrift „Schweizerische Rundschau", Carl Doka, zugleich Redaktor an der katholisch-konservativen St. Galler Zeitung „Die Ostschweiz", stellte 1933 in einem Aufsatz[48] eine Diskrepanz zwischen der Bundesverfassung und dem Volksgeist als Anlaß der Erneuerungsbewegungen fest. Er kritisierte an der bestehenden liberalen Staatsordnung, daß ihr die Norm fehle, die gegenüber den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit die notwendigen Schranken aufrichte; dies führe dann zu Sonder- und Ausnahmegesetzen zur Wahrung der „Ordnung", die das Ergebnis nackter Willkür der an der Macht stehenden Kreise seien. Doka verlangte demgegenüber eine auf die katholische Soziallehre gegründete Ordnung, in welcher – der gegebenen Vielfalt im schweizerischen Staat entsprechend – Kantone, Berufsstände, Parteien und Konfessionen ihren Platz hätten. In einer späteren Schrift[49] bezeichnete er die

[45] Die Gesamtstimmenzahl der schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien fiel von 131809 (1931) auf 100500, die Mandatszahl von 30 auf 21 (Gesamtzahl der Mandate: 187); die Jungbauern erreichten in der ganzen Schweiz 28161 Stimmen (vgl. SJS 1936, S. 596ff.).

[46] Rechtsextreme Listen erreichten in den Nationalratswahlen von 1935 total 13740 Stimmen und 2 Sitze (Nationale Front in Zürich und Union Nationale in Genf); vgl. SJS 1936, S. 598f.

[47] Vgl. zu den Jungkonservativen Schloms, a. a. O., S. 40–44; Carl Doka, in Staat und Parteien, hrsg. v. H. Weilenmann, Zürich 1935, S. 75–86; SR 33, S. 329–333 u. 386–389, sowie JERG 1934, S. 181ff.

[48] Carl Doka, in SR 33, S. 374–379.

[49] Carl Doka, Verfassungsreform, Einsiedeln 1934.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteien als Energiespender des Staates, wünschte aber neben den bestehenden beiden Räten der Bundesversammlung noch einen Wirtschaftsrat als zentrales Organ des berufsständischen Aufbaus. Doka befürwortete ferner zum Schutz der kantonalen Autonomie die Einführung eines qualifizierten Mehrs für weitere Kompetenzübertragungen an den Bund sowie einer für die Bundesorgane verbindlichen Verfassungsgerichtsbarkeit. In der Beschränkung der Gleichheit ging er so weit, daß er ein abgestuftes Stimmrecht zugunsten der Familienväter empfahl.

Es gab im Jungkonservativismus Kreise, deren Ordnungsvorstellung auch die Gewaltentrennung nicht mehr duldete und eine Vereinigung von Legislative und Exekutive beinhaltete: dem Parlament sollte nur eine konsultative Funktion belassen werden, während dem Volk in Form des Referendums noch eine beschränkte, dem Belieben der Behörden anheimgestellte Sanktionsfunktion verbliebe. Diese Vorstellungen kamen denjenigen der „Nationalen Front" sehr nahe; was sie von ihnen unterschied, war die für die katholische Minderheit selbstverständliche Betonung der föderativen Staatsstruktur. Das Programm des „Bundes der Schweizer Jungkonservativen" von 1933 beschränkte sich dagegen auf eine „Stärkung der verfassungsmäßigen Autorität, besonders im Sinne einer entschiedenen Abwehrstellung gegenüber Personen und Organisationen, die auf den gewaltsamen Umsturz der gesetzlichen Ordnung hinwirken".

In ähnlicher Weise wie dieses Programm redeten auch führende Vertreter der Konservativen Volkspartei einer Verstärkung der Regierungsautorität das Wort. So forderte der Zuger Regierungsrat und Ständerat Philipp Etter, der 1934 in den Bundesrat gewählt wurde, in einer 1933 veröffentlichten Schrift[50] anstelle der liberalen Demokratie eine „christliche", „autoritäre Demokratie". Es gelte, „den ersten und letzten, stärksten und mächtigsten Träger der Autorität, den Herrgott", wieder in den Staat einzubauen. Etter sprach sich deshalb für Einschränkungen in der Freiheit der Presse und der künstlerischen Betätigung sowie für die Rückkehr zur konfessionellen Schule aus. Er wandte sich anderseits gegen das Überhandnehmen der Interessenvertretung im Parlament und befürwortete eine berufsständische Ordnung auf Grund der Enzyklika „Quadragesimo anno", wie sie auch schon von einer „Mittelständischen Arbeitsgemeinschaft" seiner Partei 1931 postuliert worden war. Er distanzierte sich aber ausdrücklich von der faschistischen Staatsordnung mit ihren Zwangsorganisationen. Der Staat habe die Arbeitgeber und Arbeiter zusammenschließenden berufsständischen Körperschaften nur anzuerkennen und ihnen ein „weitgehendes Selbstbestimmungsrecht" einzuräumen; die berufsständische Ordnung müsse sich „frei und organisch" entwickeln können. Etter lehnte jede zentralistische Diktatur ab und betonte den Föderalismus als Ausdruck des auf die Liebe zur engeren Heimat gegründeten schweizerischen Staatsgedankens.

---

[50] Philipp Etter, Die vaterländische Erneuerung und wir, Zug 1933, insbes. S. 19–22, 25 f., 29 f., 32–35 u. 43 f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Jungliberale Bewegung

Der allgemeine Zug zur politischen Erneuerung machte auch vor der freisinnigen Regierungspartei, gegen die sich die eine der beiden Hauptstoßrichtungen der ganzen Bewegung wandte, nicht Halt. Auf die mittelständische Politik Schirmers und des St. Galler Freisinns ist schon hingewiesen worden. Weit schwungvoller kam der Erneuerungsgedanke jedoch in der jungen Generation zum Ausdruck, in der gegen Ende der Zwanzigerjahre eine Gärung eingesetzt hatte, die sich 1929 in der Bildung einer „Liberalen Jugend", der späteren „Jungliberalen Bewegung"[51], manifestierte. Während die Jungkonservativen als Jugendorganisation der Konservativen Partei entstanden waren und diesen Charakter – trotz starken Spannungen – auch beibehielten, hatte sich die „Liberale Jugend" in ihrem Kern spontan gebildet. Sie stand wohl in einer organisatorischen Verbindung mit der Freisinnigen Partei, was in der Abordnung von Vertretern in deren Parteivorstand sowie in der Aufstellung gemeinsamer Wahllisten zum Ausdruck kam, doch sie betrachtete sich als eine selbständige Bewegung, die sich ihren Weg nicht vorschreiben ließ.

Die Jungliberalen verurteilten den „dogmatischen Liberalismus", verlangten aber dafür einen den veränderten Verhältnissen entsprechenden „realistischen" Liberalismus. Sie betonten ihr Bekenntnis zur Demokratie, doch postulierten sie eine gewisse Beschränkung der Volksrechte (Erhöhung der erforderlichen Unterschriftenzahlen für Referendum und Initiative, Abbau der Befugnisse der Stimmbürger in der großstädtischen Selbstverwaltung) sowie die Stärkung der Regierung durch Ausbau ihrer Verordnungsgewalt, durch das Recht, gegen Parlamentsbeschlüsse an die Volksabstimmung zu appellieren, ja durch Einführung eines Diktaturparagraphen für Notzeiten; für den Nationalrat wurde eine Reduktion der Sitzzahl und die Abschaffung der Proportionalwahl gewünscht. Es erging der Ruf nach einer Altersgrenze für alle Behördenmitglieder. Auch Jungliberale sprachen von einem „neuen Führertypus", den das Volk brauche, und erhoben sogar den Anspruch, eine „mächtige Staats- und Volkspartei auf dem Boden der Kameradschaft aller Volksgenossen" zu schaffen, „neben der es nur noch mitleidenswürdige Extremisten gäbe"; dabei beriefen sie sich auf die Rolle der Freisinnigen Partei vor 1919[52].

Der berufsständischen Idee standen die Jungliberalen reservierter gegenüber. Sie verlangten wohl einen Wirtschaftsrat aus Vertretern der Verbände zur Begutachtung aller Wirtschaftsfragen, und auch die Parole „Selbstverwaltung der Wirtschaft" wurde übernommen, doch ohne ausdrückliche Forderung nach Ausschaltung des Parlaments bei der Sanktionierung von Verbandsbeschlüssen. Der Föderalismus wurde im wesentlichen auf die Kulturpolitik beschränkt[53].

Die Jungliberalen distanzierten sich sowohl vom Bürgertum, vom Sozialismus

[51] Vgl. zu den Jungliberalen: Diktatur oder Demokratie? Kampfschrift der Jungliberalen Bewegung der Schweiz, St. Gallen o. J. (1934); Schloms, a. a. O., S. 50–59; JERG 1934, S. 143–149, und SR 33, S. 297–302. Der Name „Jungliberale Bewegung" wurde 1933 angenommen.

[52] Diktatur oder Demokratie? S. 4, 19, 33f., 38f., 45f. u. 66.

[53] Ebenda, S. 39, 44, 69 u. 71f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie von den Fronten; sie suchten eine Synthese der „liberalen", der „sozialen" und der „nationalen Idee" und riefen zu einer „nationalen Konzentration" nach der Mitte auf. „Aus bürgerlicher Freiheit, aus bäuerlicher Landeskraft und aus proletarischem Zukunftsglauben" sollte ein neuer, „kameradschaftlicher" Staat hervorgehen[54]. Die praktische Wirksamkeit der jungliberalen Politiker vollzog sich allerdings mehr und mehr im Rahmen der freisinnigen Mutterpartei. Eine ganze Anzahl einstiger Jungliberaler steht heute in führenden Positionen der Freisinnig-demokratischen Partei; nur vereinzelte haben eine andere politische Richtung eingeschlagen.

Auswirkungen und Ergebnisse

Die verschiedenen Erneuerungsbewegungen der frühen Dreißigerjahre sind nicht zu bestimmenden Faktoren des schweizerischen politischen Lebens geworden. Ihre in der Regel antisozialistische und antiliberale, teilweise auch antidemokratische Stoßrichtung erwies sich auf die Dauer nicht als wirksam. Das schweizerische Staats- und Parteiengefüge zeigte – dem konservativen Volkscharakter entsprechend – eine weit größere Beharrungskraft, als die Erneuerer erwartet hatten. Eine sichtbare Bekräftigung dieser Tatsache war der Ausgang des Versuchs verschiedenster Erneuerungsgruppen, auf dem Wege der Volksinitiative eine Totalrevision der Bundesverfassung herbeizuführen[55]. Im Herbst 1934 vereinigten sich zu diesem Zweck die „Nationale Front", der Bund „Neue Schweiz", die Jungkonservativen und eine vom katholischen Soziologen und Wirtschaftswissenschafter Jakob Lorenz in Freiburg geleitete Bewegung um die Zeitung „Das Aufgebot" zu einer „Nationalen Tatgemeinschaft", die 78050 Unterschriften für ihr Volksbegehren zusammenbrachte, dem allerdings ein gemeinsames Programm fehlte. Die Totalrevisionsfrage bewegte aber noch viel weitere Kreise; auf einem schweizerischen katholisch-konservativen Parteitag wurde nach heftigen Auseinandersetzungen die Ja-Parole ausgegeben, und die Jungliberalen, die schon vor dem „Frontenfrühling" die Totalrevision diskutiert hatten und 1935 einen eigenen Verfassungsentwurf publizierten, versuchten, freilich ohne Erfolg, den Freisinn zur gleichen Stellungnahme zu bewegen. Doch die Volksabstimmung ergab am 8. September 1935 eine wuchtige Verwerfung; selbst ausgesprochen katholische Kantone wiesen ablehnende Mehrheiten auf[56]. Damit erlitt die Erneuerungsbewegung einen entscheidenden Schlag.

Die kurz darauf durchgeführten Nationalratswahlen brachten wohl einige Mandatsgewinne für die Erneuerungsgruppen, den Haupterfolg trug jedoch eine ganz andersartige Bewegung davon: die „Unabhängigen" um den Großkaufmann Duttweiler, der sich mit Vehemenz zum Vorkämpfer der vom Freisinn in den Krisenjahren weitgehend preisgegebenen wirtschaftlichen Freiheit und der Respektierung der demokratischen Verfassung aufwarf. Die „Unabhängigen" gewannen, ohne

[54] Ebenda, S. 10 u. 13.

[55] Vgl. Schloms, a. a. O., insbes. S. 5, 15f., 32f., 35 u. 44–59.

[56] Bei bloß 61 Prozent Stimmbeteiligung standen 511578 Nein 196135 Ja gegenüber. Nur in den Kantonen Freiburg, Wallis, Obwalden und Appenzell-Innerrhoden überwogen die Ja (vgl. SJS 1936, S. 402f., und Schloms, a. a. O., S. 46).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über eine politische Organisation zu verfügen, gleich sieben Sitze; ein Jahr später, Ende 1936, gründete Duttweiler dann eine eigene Partei, den „Landesring der Unabhängigen", der etwa in der Aufnahme des alteidgenössischen Begriffs Ring (Landsgemeinde) dem Geist der Erneuerungsbewegung noch gewisse Konzessionen machte, im übrigen aber vor allem wirtschaftliche und soziale Postulate verfocht. So gelang es Duttweiler, der einzigen wirklich populären Führergestalt außerhalb der historischen Parteien, von der Entwicklung der Erneuerungsbewegung Enttäuschte aufzufangen; der Landesring ist auch die einzige politische Neugründung jener Zeit, die heute noch als politische Partei eine Rolle spielt[57].

In den folgenden Jahren normalisierte sich die innenpolitische Lage der Schweiz zusehends. Dazu trugen namentlich drei Faktoren bei: die Überbrückung der Klassenspaltung dank einer parallelen Erneuerung, die sich in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Bedrohung vollzog und die zur Abwendung von der revolutionären Programmatik, zur Anerkennung der Landesverteidigung und zum Abschluß eines beispielhaft wirkenden Friedensabkommens in der Metallindustrie führte, sodann die Überwindung der Wirtschaftskrise durch die Frankenabwertung und den internationalen Rüstungsboom, schließlich die Zuspitzung der weltpolitischen Lage bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, die im Zeichen der geistigen Landesverteidigung eine Sammlung aller Volkskreise herbeiführte, zugleich aber auch eine Neubesinnung auf das in vielfältiger Eigenart liegende Wesen der Schweiz, wie es in der Landesausstellung des Jahres 1939 in Zürich zum Ausdruck kam. Unter den Anhängern der rechtsextremen Organisationen schieden sich in dieser Zeit die Geister: die einen kehrten sich von ihrem Extremismus ab, die andern gerieten mehr und mehr in die Zone des Landesverrats[58]. Während die „Nationale Front" unter der Leitung Toblers noch eine vom deutschen Nationalsozialismus nicht direkt abhängige Linie einhielt, spalteten sich von ihr weitere extremere Gruppen ab: so 1936 eine „Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei" (ESAP) und 1938 ein „Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung" (BTE). Auf Grund einer im Dezember 1938 vom Bundesrat erlassenen sogenannten „Demokratieschutzverordnung", deren Gesetzlichkeit in sozialistischen und föderalistischen Kreisen anfänglich angefochten wurde, verschärfte sich jedoch der Druck auf die rechtsextremen Gruppen. Verschiedene Untersuchungen führten zu ersten Verurteilungen wegen Nachrichtendienstes oder zu Verboten von Presseorganen. Nachdem sich bereits 1939 Leonhardt, der Leiter des 1933 gebildeten „Volksbundes", nach Deutschland geflüchtet hatte, sah sich im März 1940 Tobler veranlaßt, die „Nationale Front" aufzulösen.

Der Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940, der die Schweiz zur unabhängigen Insel auf dem von den Achsenmächten beherrschten Kontinent machte, brachte für die schweizerische Demokratie eine Bewährungsprobe, die weit gefährlicher war als diejenige des „Frontenfrühlings" von 1933. Auf eine eingehende Behand-

[57] Vgl. Maier, a. a. O., S. 170–196.

[58] Vgl. zum Folgenden Bericht über antidemokratische Tätigkeit in Bbl., 98, Bd. 1, insbes. S. 19f., 24–28, 54–65, 74ff. u. 80, sowie Lachmann, a. a. O., S. 80f. u. 86ff.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung dieser Krisenperiode, die infolge der außenpolitischen Bedrohung unter wesentlich anderen Voraussetzungen stand als die frühere, soll hier verzichtet werden; es sind über sie besondere Darstellungen erschienen[59]. Wenn selbst Bundespräsident Pilet am 25. Juni in einer Rede von der Notwendigkeit einer „Anpassung" sprach[60], so konnten rechtsextreme Kreise hoffen, daß ihre Stunde nun endlich schlagen werde. Noch in jenem Juni ließ Tobler seine eben aufgelöste „Nationale Front" unter dem Namen „Eidgenössische Sammlung" neu erstehen; extremer und aufdringlicher jedoch gebärdete sich eine zur gleichen Zeit gegründete „Nationale Bewegung der Schweiz" (NBS), die sich zur „Trägerin des neuen politischen und sozialen Gedankens" proklamierte[61] und zu einem Sammelbecken wurde, in das nun auch die ESAP und der BTE einmündeten. Im September ließen sich drei ihrer Führer, darunter Max Leo Keller, der einst an jungliberalen Tagungen teilgenommen hatte[62], und der Dichter Jakob Schaffner, von Bundespräsident Pilet empfangen. Die NBS, die sich nach dem nationalsozialistischen Muster organisierte und aus der Schweiz einen autoritären Führerstaat machen wollte, wurde aber noch im November 1940 vom Bundesrat aufgelöst.

Wohl mehr aus Angst vor der deutschen Bedrohung erfolgte im gleichen Monat ein weiterer antidemokratischer Vorstoß beim Bundesrat, die sogenannte „Eingabe der 200"[63], die sich gegen die Freiheit der Presse und die Verfolgung der politischen Extremisten richtete. Die 173 Unterzeichner befanden sich z. T. in angesehener Stellung; einzelne unter ihnen kamen aus den Erneuerungsbewegungen der Dreißigerjahre. Der Bundesrat wies auch diesen Anschlag zurück. Ein Versuch, auf dem Weg einer Volksinitiative die Bundesverfassung in föderalistischem und berufsständischem, zugleich aber auch in antidemokratischem Sinne zu revidieren, der von verschiedenen rechtsextremen Gruppen in den Jahren 1941 und 1942 unternommen wurde, scheiterte schon daran, daß die erforderliche Zahl von Unterschriften nicht zustande kam.

Das scharfe Durchgreifen und die strenge Überwachung seitens der Polizei führte dazu, daß die umstürzlerischen Kreise entweder die Schweiz verließen oder aber sich in ihrer Aktionsfähigkeit gelähmt sahen[64]. Oltramare und Fonjallaz gingen

---

[59] Vgl. insbes. Alice Meyer, Anpassung oder Widerstand, Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus, Frauenfeld 1965; sowie Bericht über antidemokratische Tätigkeit, in Bbl., 98, Bd. 1, S. 1 ff.; Bd. 2, S. 171 ff. und Bbl., 100, Bd. 3, S. 997 ff.; ferner Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945, Bern 1947.

[60] Vgl. Luchsinger, a. a. O., S. 257 ff.

[61] Peter Dürrenmatt, Kleine Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, Zürich 1949, S. 74.

[62] Vgl. Diktatur oder Demokratie?, S. 55 u. 57.

[63] Vgl. Bericht über die schweizerische Pressepolitik, S. 58 ff.; Ernst Schürch, Als die Freiheit in Frage stand, Bern 1946, insbes. S. 10–14; Luchsinger, a. a. O., S. 251 f., und Zopfi, Aus sturmerfüllter Zeit, S. 256 ff.

[64] Vgl. Bericht über antidemokratische Tätigkeit in Bbl., 98, Bd. 1, S. 94, ferner Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verfahren gegen nationalsozialistische

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Paris, Max Leo Keller und verschiedene andere Frontisten nach Deutschland. Einen eigentümlichen Zug dieser ins deutsche Exil gezogenen schweizerischen Rechtsextremisten bilden ihre fortgesetzten Zwistigkeiten. Wie es schon in der Schweiz nie gelungen war, die nationalsozialistischen „Erneuerer" in einer Gesamtorganisation zu vereinigen, so entstanden auch im deutschen Machtgebiet konkurrierende Gruppen, was einerseits in persönlichen Rivalitäten, anderseits aber auch in verschiedenen Konzeptionen (die Schweiz als Bestandteil eines großdeutschen Reiches oder als autonomes Glied eines von Deutschland geführten großgermanischen Reichsverbandes) begründet war. Persönliche Beziehungen zu verschiedenen Zweigen des nationalsozialistischen Partei- und Staatsapparats ermöglichten es diesen schweizerischen Landesverrätern, einander in einem totalitären Staat zu befehden – eine groteske Perversion eidgenössischen Unabhängigkeitsstrebens, die das Unschweizerische des nationalsozialistischen Führer- und Gefolgschaftswesens noch am extremsten Exempel demonstrierte.

Aus dem Geist des Widerstandes gegen die totalitäre Bedrohung und aus dem Erlebnis der Zusammengehörigkeit aller Volksschichten im aktiven Militärdienst bildete sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges noch einmal eine Erneuerungsbewegung. In verschiedenen neuen und älteren Gruppen, die teils öffentlich, teils geheim arbeiteten, wurden über die Betonung des kleinstaatlichen Selbstbehauptungswillens hinaus Grundsätze für eine Staatsreform entwickelt, die vieles aus der Thematik der Dreißigerjahre wieder aufnahmen[65]. Auch diese Bewegung hat das Parteiengefüge nicht zu verändern vermocht. Sie trug aber dazu bei, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der verschiedenen Volkskreise zu stärken und die Entwicklung der Schweiz zum Wohlfahrtsstaat zu fördern. Das Ausbleiben einer neuen Wirtschaftskrise nach Kriegsende ermöglichte es den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen, dieser Entwicklung, die durch ein außerordentliches Vollmachtenregime des Bundesrates während der Kriegsjahre vorangetrieben worden war, nun selber als Träger zu dienen. Es gelang die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Referendumsdemokratie und ihre Anpassung an die Erfordernisse der modernen Gesellschaftsstruktur durch Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit sowie durch den Einbau eines konsultativen Mitspracherechts der Wirtschaftsverbände in die Verfassung im Jahre 1947, womit sowohl ein autoritäres Regierungssystem wie auch eine korporative Ordnung von Staat und Wirtschaft außer Betracht fiel.

Schweizer wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, in Bbl., 100 (1948), Bd. 3, S. 997ff., insbes. S. 1005–1011.

[65] Vgl. Meyer, Anpassung oder Widerstand, S. 174ff. und 187ff., sowie E. Bircher in Hermann Böschenstein, Bedrohte Heimat, Bern 1963, S. 34.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERMANN GRAML

DER FALL OSTER

Hans Oster wurde am 9. August 1887 als Sohn des evangelischen Pastors Julius Oster und dessen Ehefrau Marie, geb. Breymann, zu Dresden geboren. Nachdem er Ostern 1907 am Dresdener Gymnasium zum Heiligen Kreuz die Reifeprüfung abgelegt hatte, trat er am 18. März 1907 als Fahnenjunker in das Feldartillerie-Regiment 48 ein, in dem er am 18. August 1908 zum Leutnant befördert wurde und seit 1. April 1913 als Adjutant der I. Abteilung Verwendung fand. Im August 1914 rückte er, ebenfalls als Abteilungsadjutant, mit dem Res. F. A. R. 53 ins Feld. Während der ersten Jahre des Krieges, in denen er sich sehr auszeichnete (schon 1915 waren ihm beide Klassen des Eisernen Kreuzes und das Ritterkreuz des Sächsischen Militär-St. Heinrichs-Ordens verliehen worden), diente er im Res. F. A. R. 53 als Regimentsadjutant und Batterieführer. Nach relativ kurzer Ausbildung wurde er dann am 27. November 1917 in den Generalstab versetzt und als Generalstabsoffizier der 23. Infanterie-Division zugeteilt. Mittlerweile (am 25. September 1914 bzw. am 22. Mai 1916) zum Oberleutnant und Hauptmann befördert, tat er nach dem Ende des Krieges, den er mit Ausnahme eines halben Jahres (25. November 1916–25. Mai 1917) stets an der Westfront erlebte, vorübergehend (1919) Dienst in der Abteilung I des Ministeriums für Militärwesen in Dresden und gehörte dann bis Ende September 1924 dem Wehrkreiskommando 4 an. Wie bei Generalstabsoffizieren üblich, kehrte er am 1. Oktober 1924 für einige Jahre in den Truppendienst zurück, den er im Artillerieregiment 2 ableistete. Am 4. Februar 1929 wurde er wieder in den Generalstab, und zwar in den Stab der 6. Division in Münster, versetzt[1].

In dieser Stellung wurde er 1932, inzwischen zum Major befördert (1. März 1929), in eine Liebesaffäre verwickelt, die am 31. Dezember 1932 sein Ausscheiden aus der Reichswehr zur Folge hatte. Über die Einzelheiten des Falles kursieren mehrere Versionen, wodurch die Angelegenheit etwas undurchsichtig wird[2]. Doch hat es sich offensichtlich um eine jener Affären gehandelt, die zwar nach dem strengen Ehrenkodex des damaligen Offizierskorps ein Verbleiben in der Armee unmöglich machten, aber nicht im eigentlichen Sinne des Wortes als ehrenrührig galten. Daher erlaubte man ihm, statt ihn zu entlassen, selbst den Abschied zu nehmen, wobei ihm die gesetzliche Versorgung ebenso bewilligt wurde wie das Recht zum Tragen der Uniform[3]. Seine Kameraden haben ihm weder ihr Wohlwollen noch ihr Vertrauen entzogen; namentlich sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Stabschef der 6. Division

[1] Hierzu die Personalakte Osters, Fotokopien im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte.

[2] Halder spricht davon, Oster habe sich im „rheinischen Karneval" „danebenbenommen" (Zeugenschrifttum Institut für Zeitgeschichte, abgekürzt: ZS-IfZ, Nr. 240), während die Frau eines ehemaligen Kameraden Osters dem Verfasser mitteilte, Oster habe ein außereheliches Verhältnis gehabt und sich dabei wenig diskret verhalten.

[3] Personalakte Oster, a. a. O.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oberst Halder (der nachmalige Chef des Generalstabs), hat ihn damals nach Kräften unterstützt und sich schließlich auch für seine Wiederverwendung eingesetzt[4].

Tatsächlich ist Oster bereits am 30. April 1933 in das – gewisse nachrichtendienstliche Aufgaben erfüllende – sog. Forschungsamt berufen worden, und schon am 1. Oktober 1933 wurde er in der Abwehr-Abteilung des Reichswehrministeriums angestellt[5]. Am 1. Februar 1934 zum Referenten in dieser Abteilung ernannt, erhielt er gleichzeitig seine Anstellung als sog. L-Offizier. Zwar sind Bemühungen, ihn wieder in den Generalstab zu bringen, am pflichtgemäßen, auf den Münsteraner Zwischenfall zurückgehenden Einspruch des damaligen Leiters der Zentralabteilung des Generalstabs, Hoßbach, gescheitert[6], doch ist Oster am 5. März 1935 als E-Offizier, und zwar im Range eines Majors, in das Offizierskorps zurückgekehrt. Am 1. Dezember 1935 zum Oberstleutnant (E) und am 1. April 1939 zum Oberst (E) befördert, trat er am 30. Januar 1941 wieder in das aktive Offizierskorps über und rückte am 16. November 1942 noch zum Generalmajor auf. In der Abwehr unter ihrem damaligen Chef Kapitän z. See Patzig zunächst als Referent tätig, übernahm er unter dem Nachfolger Patzigs, Admiral Canaris, mit dem er schon seit seiner Münsteraner Zeit befreundet war und an den ihn ein sich nun noch vertiefendes Vertrauensverhältnis band[7], bald die Zentralabteilung der Abwehr, die für Verwaltungsfragen und Rechtswesen zuständig war; außerdem fungierte er noch als Chef des Stabes des Amtes Ausland/Abwehr im OKW. In dieser Stellung blieb er bis zum Frühjahr 1943. Der Versuch, seinen in eine Untersuchung der Gestapo und des Reichskriegsgerichts verwickelten Mitarbeiter v. Dohnanyi zu decken, führte damals zu seiner Beurlaubung und am 19. Juni 1943 zu seiner Versetzung in die Führerreserve.

Mit Wirkung vom 4. März 1944 wurde er „unter Verleihung des Rechts zum Tragen der bisherigen Uniform aus dem aktiven Wehrdienst entlassen"[8]. Einen Tag nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet, weil er an der Verschwörung teilgenommen zu haben schien, ist er noch am 9. April 1945 nach einem sehr fragwürdigen SS-Standgerichtsverfahren – allerdings hatte er seine Beteiligung an den Staatsstreichplänen und -vorbereitungen bis 1943 längst zugegeben[9] – im KL Flossenbürg hingerichtet worden[10].

Alle, die Oster näher kannten, stimmen darin überein, daß er, wie es der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht formulierte, „ein absolut sauberer und anständiger Mensch" war[11]; auch Halder, den seit November 1939 ein ernstes

[4] Zeugnis Halders, ZS-IfZ, Nr. 240.

[5] Personalakte Oster, a. a. O.

[6] Brief des Generalleutnants a. D. Hoßbach an Professor Wolfgang Foerster vom 17. 9. 1952.

[7] Zeugnis Halders, a. a. O.

[8] Personalakte Oster, a. a. O.

[9] Spiegelbild einer Verschwörung, Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Stuttgart 1961, S. 430, 451, 518.

[10] Vgl. hierzu die Feststellungen der sog. Huppenkothen-Prozesse nach dem Kriege, Archiv IfZ.

[11] ZS-IfZ, Nr. 135.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zerwürfnis von Oster trennte, hat noch nach dem Kriege so geurteilt[12]. Osters Temperament und seine bewegliche Phantasie verbanden sich freilich mit seinem Mut zu einer Unbekümmertheit und Verwegenheit, die auch auf seine Freunde gelegentlich als Unvorsichtigkeit wirkte[13]. Auf die Vernehmungsbeamten der Gestapo hat aber Osters Freimut in den Verhören und die Furchtlosigkeit, mit der er selbst in der Haft nicht allein zu seinen Handlungen stand, sondern auch seine schneidende Kritik am nationalsozialistischen Regime aufrechterhielt, offensichtlich tiefen Eindruck gemacht[14]. Ein einfallsreicher Geist, eine rasche Auffassungsgabe und ein zu klaren Entschlüssen drängender Charakter stempelten ihn, wie Halder bezeugt, zu einem „sehr gut veranlagten" Generalstäbler[15]. Gewiß konnte seine Offenheit wie Zynismus, die saloppe und schnoddrige Ausdrucksweise, die er oft anzuschlagen liebte, wohl auch wie Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit erscheinen[16]; wer jedoch vertrauter mit ihm wurde, erkannte bald, daß sich hinter solchen Äußerlichkeiten ein Mensch verbarg, der fest in einem sicheren christlichen Glauben und in dem „Sittengebot seiner Jugendjahre" wurzelte[17]. Seine klaren und unverrückbaren Vorstellungen von Recht und Ordnung und Anstand hat er, wie seine außerreligiösen Wertmaßstäbe überhaupt, aus der in seinen Augen heilen Welt jener Jahre übernommen, die er in der alten Armee des kaiserlichen Deutschland verbrachte. Daher war er im Grunde alles andere als eine politische Natur. Sein politisches Credo bestand eigentlich nur aus einem auf christlichem Fundament ruhenden und sich in einem sehr persönlich aufgefaßten Treueverhältnis zum Kaiser manifestierenden Monarchismus – im Juni 1941 nahm er als Begleiter von Canaris an der Beisetzung Wilhelms II. teil und kehrte „sehr beeindruckt" zurück[18] – und vor allem aus einer unkomplizierten, doch tiefen Vaterlandsliebe.

Ohne Zweifel besaß er ein lebendiges Gefühl für den äußeren Rang und die äußere Machtstellung seines Landes, gleichwohl ist er von nationalistischen Übersteigerungen stets frei geblieben, und die innere Gesundheit Deutschlands, die Herrschaft des Rechts im Vaterland wie auch das moralische Ansehen des Reiches standen ihm mindestens ebenso hoch, wenn nicht höher als dessen bloße Macht. Er war ein Patriot in des Wortes reinster Bedeutung. Demokratie, Liberalismus, Parlamentarismus – solche Begriffe sagten dem jungen Oster allerdings wenig; manches davon verstand sich für ihn von selbst, im übrigen war dem monarchistischen Offizier nicht allein die Tagespolitik, sondern in gleicher Weise die politische Entwicklung überhaupt gleichgültig, solange die Monarchie bestand, Armee und Offizierskorps moralisch intakt waren, in Deutschland rechtsstaatliche Verhältnisse

[12] Halder, a. a. O.

[13] Entsprechende Bemerkungen finden sich auch in dem Tagebuch des Oberstleutnants Groscurth, Archiv IfZ.

[14] Spiegelbild, S. 430: Zeugnis des Gestapokommissars Sonderegger, ZS–IfZ, Nr. 303; Aussage Huppenkothens und Thorbecks im Huppenkothen-Prozeß, Archiv IfZ.

[15] Halder, a. a. O.

[16] So Halder, a. a. O.

[17] Eberhard Zeller, Geist der Freiheit, Der 20. Juli, München 1963, S. 35.

[18] Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland, Freiburg 1949, S. 210.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herrschten und die Verwaltung nach Recht und Gesetz verfuhr. Noch vor der Gestapo hat Oster die Schlichtheit seines frühen politischen Weltbildes konstatiert[19]. Daß sich an diesem Bild, aber auch an der Festigkeit seines religiösen Glaubens wie seiner ethischen Prinzipien bis zuletzt wenig geändert hatte, zeigen die Worte, die er seinem Sohn aus der Haft schrieb:

> „Wir bleiben alle bis zum letzten Atemzug die anständigen Kerle, wie wir es in der Kinderstube und in der Soldatenzucht gelernt haben. Es komme, was da wolle! Furcht haben wir nur vor dem Zorn Gottes, wenn wir nicht sauber und anständig sind und unsere Pflicht nicht tun."[20]

Es liegt auf der Hand, daß ein Mann, der so eng an die Welt des Offiziers von 1914 gebunden war, kein rechtes Verhältnis zur Weimarer Republik finden konnte. „Wie ein Schlag mit dem Hammer auf den Kopf wirkte auf uns der Zusammenbruch 1918", sagt Oster in einer Aufzeichnung, die 1944 im Gestapogefängnis entstanden ist, und die erste deutsche Demokratie war ihm zunächst lediglich ein „brüchiger Parteienstaat"[21]. Erst „nach schwersten inneren Kämpfen" brachte er es über sich, diesem Staat zu dienen, und wie andere Offiziere, die ihr Gewissen später in den Widerstand gegen Hitler und den Nationalsozialismus trieb – so der Generalmajor Stieff[22] –, hat Oster die Gewissenskonflikte, die der Dienst für einen ungeliebten Staat mit sich brachte, stets lebhaft empfunden[23] und sich mit dem Rückzug auf „die reine Sachlichkeit des Dienstes" nicht beruhigen können. In den letzten Jahren vor 1933, als er in eine gewisse Verbindung zu Soldaten wie Schleicher, Bredow und Hammerstein trat[24], ist die Distanz zur Republik offenbar geringer geworden, ganz hat er den Sturz der Monarchie, den er sich 1918 noch gar nicht vorstellen konnte[25], nie verwunden. Der „unpolitische" Offizier, wie ihn der Erzieher der Reichswehr, General v. Seeckt, gefordert und in gewissen Grenzen auch tatsächlich erzogen hatte, war nach der Auffassung Osters wohl die damals einzig mögliche und daher richtige Notlösung, aber eben doch nur eine Notlösung, und in keiner Phase der Weimarer Republik sah er eine Möglichkeit der vollen Versöhnung und Übereinstimmung zwischen Staat und Armee[26].

So hat Oster, wie viele seiner Kameraden, den 30. Januar 1933 und die Übernahme der Macht durch den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, nicht sogleich als den Beginn der deutschen Katastrophe angesehen und nicht sogleich darauf mit Opposition reagiert. Im Gegenteil hoffte er zunächst, der „Umbruch" werde die „Rückkehr zu früheren Traditionen" erleichtern, und manche der politischen Versprechungen, die von den neuen Machthabern gegeben wurden, z. B. das Versprechen, eine „starke nationale Politik" zu verfolgen und die „Wiederaufrüstung" zu betreiben,

[19] Spiegelbild, S. 302.
[20] Zit. nach Zeller, a. a. O., S. 36.
[21] Spiegelbild, S. 302.
[22] Vgl. seine Briefe in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 291–305.
[23] Spiegelbild, S. 302.
[24] Zeller, a. a. O., S. 34.
[25] Spiegelbild, S. 302.
[26] A. a. O., S. 303.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kamen den Vorstellungen Osters durchaus entgegen und verleiteten auch ihn vorübergehend zu einer positiven Einschätzung der „nationalen Erhebung“[27]. Er hat später sogar davon gesprochen, daß jener „Umbruch“ für die Soldaten in der Tat „eine Erlösung aus den Gewissenskonflikten“ habe bedeuten können, „die für sie in der Systemzeit entstanden“ waren[28]. Ein solcher Satz wird für seine eigene Haltung eine nachträglich übertreibende Verzeichnung gewesen sein, doch darf man daraus wohl schließen, Oster habe in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 diesen Tag immerhin als den möglichen Beginn einer inneren und äußeren Erneuerung Deutschlands aufgefaßt.

Die Ernüchterung setzte dann allerdings noch im Laufe des Jahres 1933 ein. Die zahllosen Rechtsbrüche der nationalsozialistischen Führung und das brutale Vorgehen namentlich der SA riefen bei Oster Abscheu hervor, die allmählich das ganze öffentliche Leben erstickende „Gleichschaltung“ forderte seine Kritik heraus, und der im Zeichen des totalen Machtanspruchs einer Weltanschauungspartei schon früh beginnende Kampf gegen die christlichen Kirchen zwang den gläubigen Christen Oster fast wider Willen mehr und mehr in eine Gegenposition zum Regime. Freilich war er 1933 noch weit davon entfernt, in Widerstandskategorien zu denken. Die Schranken des soldatischen Gehorsams und der dem Heer in langen Jahren anerzogenen Abstinenz von jeglicher Politik verhinderten vorerst die Erkenntnis, die Armee und vor allem das Offizierskorps trage in diesem Regime eine besondere Verantwortung gegenüber Volk und Staat. Obwohl ihn seine wohl im Grunde politikfremde, aber streng rechtlich empfindende und nach klaren religiös-ethischen Maximen handelnde Natur befähigte, schon früh den amoralischen Wesenskern der nationalsozialistischen Bewegung hinter ihrer nationalen Fassade zu spüren, ist er damals noch ein erst potentieller Vertreter der Opposition gegen das Dritte Reich gewesen.

Am 30. Juni 1934, als Hitler, Göring, Himmler und Heydrich den Stabschef der SA, Ernst Röhm, zahlreiche andere SA-Führer und viele sonstige tatsächliche oder mögliche Gegner des Regimes ohne zwingende Notwendigkeit, ja, ohne ernstlichen Anlaß einfach ermorden ließen und überdies manche alte Rechnung mit früheren Feinden und Rivalen beglichen, sind jene den Weg zum Widerstand für Oster versperrenden Schranken zum ersten Mal stärker angesplittert worden. Sein gesundes Rechtsgefühl weckte in ihm ein von keinerlei Überlegungen gebrochenes ursprüngliches Entsetzen über die Brutalität der neuen Herren Deutschlands, für die offensichtlich weder religiöse noch ethisch-moralische oder gar gesetzliche Bindungen existierten. Noch in der Haft klang dieses Entsetzen nach, wenn er bei der Erwähnung des sog. „Röhmputsches“ von „Methoden einer Räuberbande“ sprach[29]. Nicht weniger heftig empörte sich sein ausgeprägtes Gefühl für Kameradschaft über die offenkundig fadenscheinig begründete Ermordung des Generals v. Schleicher und des Generals v. Bredow. Und obgleich er sich bis dahin um Politik nur

[27] A. a. O., S. 302.
[28] A. a. O., S. 302.
[29] A. a. O., S. 451.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenig gekümmert hatte, besaß er genügend natürlichen politischen Instinkt, um sich klarzumachen, daß die praktisch widerspruchslose Hinnahme der Morde durch das Offizierskorps eine schwere politische Niederlage der Reichswehr darstellte, ihre bislang unangefochtene moralische und politische Position erschütterte und eine spürbare Machtverschiebung zugunsten der Partei und nicht zuletzt zugunsten der SS bedeutete.

Von diesem Tage datiert sein in der Tat „fanatischer" Haß gegen die SS, die, wie er jetzt klar erkannte, alles bedrohte und angriff, was seinen Glauben, seine Ehrbegriffe, seine Vorstellungen von der Würde und inneren Ordnung Deutschlands und gewiß auch seine hohe Meinung von der moralischen Integrität und der politischen Bedeutung der Armee und ihres Offizierskorps ausmachte. Aber auch dieser Haß reichte allein nicht aus, den Gedanken an aktiven Widerstand in ihm reifen zu lassen. Obwohl er nun ein klarer Gegner des Regimes geworden war, blieb er noch an der Grenze zwischen Opposition und Widerstand stehen. Einer seiner engsten Freunde hat bezeugt, daß er in diesen Jahren Gesprächen, die über bloße Kritik hinaus zu praktischen Konsequenzen drängten, nur zögernd folgte und trotz seines zum Handeln treibenden Temperaments von den durch Erziehung und Werdegang eingewurzelten Verhaltensregeln bestimmt wurde, innerhalb der herrschenden Ordnung zu bleiben[30]. Seine, wenn man so will, ideologische Gegnerschaft zur nationalsozialistischen Bewegung und seine Erkenntnis der wahren inneren Lage Deutschlands stritten noch mit dem überkommenen Bild des ausschließlich dem militärischen Dienst verpflichteten Offiziers, und vorläufig blieb die Überlieferung Sieger. Dazu trug sicherlich bei, daß er die SS noch nicht schlechthin mit dem Dritten Reich identifizierte und wohl auch darauf vertraute, die Armee sei trotz ihrer durch den 30. Juni 1934 angeschlagenen Stellung durchaus in der Lage, einen totalen Triumph des Nationalsozialismus in der von SS und Gestapo verkörperten Form zu verhindern. Man wird das geistige und politische Sicherheitsgefühl des in seiner eigenen und von der „Bewegung" noch nicht „erfaßten" Welt lebenden Offiziers als einen nicht unwichtigen Faktor ansehen müssen. Andererseits hat Oster das zwischen 1934 und 1938 fast geräuschlose, aber zielstrebige Vordringen der SS, die Festigung der Macht der Gestapo und die zunehmend härtere Politik des Regimes gegen die Kirchen, gegen die Juden, gegen jede freiere geistige Regung mit wachsender Sorge verfolgt. Sein Amt in der Abwehr, das ihm vielfältige Beziehungen zuspielte, verschaffte ihm einen einzigartigen Beobachtungsposten; schon damals gehörte er zu den am besten über die inneren Vorgänge unterrichteten Deutschen. So stand er Anfang 1938 nicht erst, wie andere, an der Grenze zur Opposition, sondern eben doch bereits an der Grenze zwischen Opposition und Widerstand.

Daher war die Fritschkrise des Februars 1938, mit der Göring, Hitler, Himmler und Heydrich – durch eine schändliche Intrige – den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherrn v. Fritsch, stürzten und, durch ein größeres Revirement getarnt, nun auch die Armee praktisch gleichschalteten, für Oster Anstoß genug,

[30] H. B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Zürich 1946, Bd. I, S. 217 ff.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jene Grenze zu überschreiten. Gewiß hat ihn dabei auch ein persönliches Element bewegt. Er hat in Fritsch ein verehrungswürdiges Vorbild gesehen und deshalb, so erklärte er 1944 dem vernehmenden Gestapobeamten, „habe ich die Sache Fritsch zu meiner eigenen gemacht"[31]. Aber seine Verehrung für den Oberbefehlshaber beruhte nicht auf einer freundschaftlichen Verbindung, sondern gerade darauf, daß Fritsch alle die religiösen, ethischen und politischen Werte repräsentierte, die ihm selber etwas bedeuteten, und seine Reaktion auf das Manöver des Regimes war denn auch entscheidend von dem richtigen Gefühl geleitet, der Angriff auf Fritsch gelte in Wahrheit jenen Werten und führe, wenn man ihm nicht entgegentrete, zu einem kaum mehr zu parierenden Einbruch des SS-Geistes in eines der letzten Bollwerke nichtnationalsozialistischer Gesinnungen und Traditionen. Zumindest aber sei die Folge ein so schwerer politischer Machtverlust des Heeres, daß die Chancen, mit der Armee die endgültige Errichtung und Befestigung des totalitären Staates zu verhindern, immer geringer würden. So gehörte Oster damals zu den wenigen, die eine gewaltsame Abwehr des Streichs gegen Fritsch forderten und meinten, die ganze Armee müsse „die Sache Fritsch" zu ihrer eigenen machen. Dabei ist bezeichnend, daß er es zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse selbst jetzt noch für ausreichend hielt, wenn das Heer gegen SS und Gestapo vorgehe; einen Putsch gegen Hitler und die völlige Beseitigung des nationalsozialistischen Systems faßte er nicht ins Auge oder hielt er nicht für möglich. In einer der späteren Vernehmungen durch die Gestapo sagte er, seine Freunde und er hätten während der Fritschkrise zunächst die Absicht gehabt, „den Reichsführer-SS und die Geheime Staatspolizei auszuschalten, weil wir ihren Einfluß für verderblich hielten"[32]. Und Graf v. d. Goltz, der Verteidiger Fritschs, hat den Satz Osters überliefert: „Man muß den ganzen Laden der Gestapo ausheben und besetzen; Hitler hat immer vollzogene Tatsachen anerkannt."[33]

Pläne dieser Art sind in erster Linie an der Haltung Fritschs und wohl auch an der Haltung des Generalstabschefs Beck gescheitert[34]. Dennoch hat die Fritschkrise, gerade weil sie mit einer Niederlage der Armee und der oppositionellen Kräfte endete, Nachwirkungen gehabt, die zur Verfestigung der Gegnerschaft Osters gegen das Regime und zu seiner endlichen Wendung von der Aktion gegen die Gestapo zum Staatsstreich gegen Hitler selbst entscheidend beitragen sollten. Eine der Ursachen des Versagens der Armee erblickte Oster darin, daß es Göring und Heydrich gelungen war, die Spitzen des Heeres völlig zu überrumpeln, und die Überrumpelung wiederum war anscheinend nur möglich gewesen, weil die Soldaten über die Vorgänge auf der anderen Seite wie überhaupt über die innen- und außenpolitische Entwicklung denkbar schlecht informiert gewesen waren. Für künftige Zusammen-

[31] Spiegelbild, S. 430.
[32] A. a. O., S. 430.
[33] ZS–IfZ, Nr. 49.
[34] Vgl. hierzu H. Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Die Vollmacht des Gewissens, Hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., Bd. I, München 1956, S. 165–380.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stöße wollte Oster vorbauen, und in kurzer Zeit hatte er mit Hilfe seiner Stellung in der Abwehr und durch eine planmäßige Erweiterung seiner persönlichen Beziehungen einen inneren Nachrichtendienst geschaffen, der ihm jederzeit ein fast lückenloses Bild der innen- und außenpolitischen, später ebenso der militärischen Lage und überdies eine ungewöhnlich genaue Kenntnis der Maßnahmen und vor allem auch der Pläne und Absichten der nationalsozialistischen Führung verschaffte[35]. Daß Oster zu den Deutschen gehörte, die über die mit der Fritschkrise beginnende innenpolitische Radikalisierung, über die Wendung Hitlers zu einer expansiven, zwangsläufig auf Krieg zusteuernden Außenpolitik, über die eine deutsche Niederlage am Ende unvermeidlich machende relative militärische und wirtschaftliche Schwäche Deutschlands und schließlich über die sich nun häufenden Verbrechen des Regimes, von der Judenverfolgung bis zur Ausrottungspolitik in manchen besetzten Ländern, am besten informiert waren, hat seiner begründeten Ablehnung des nationalsozialistischen Staates fast täglich neue Nahrung gegeben und einem Manne seiner Überzeugungen, seines Charakters und seines Temperaments nur die Entscheidung für den aktiven Widerstand gelassen. Seine schon vor 1938 bestehende, während der Krise jedoch enger geknüpfte Verbindung zum Generalstabschef Beck vermittelt ihm endlich die Erkenntnis, daß zur Reinigung Deutschlands die Beseitigung der SS und der Gestapo nicht genüge und jeder Versuch, mit einer solchen Aktion das Regime gewissermaßen zu veredeln, zum Scheitern verurteilt sein müsse, weil der Kern des Übels und die Kraft hinter den Heydrich und Himmler Hitler selbst sei. Im Frühjahr und Sommer 1938 nahezu Tag für Tag mit Beck zusammen[36], hat er den zähen und schließlich verzweifelten Kampf des Generals gegen die ebenso verbrecherische wie im Grunde schlechte und letztlich, trotz großer vorübergehender Erfolge, zwangsläufig zum Untergang Deutschlands führende Außenpolitik Hitlers in allen Stadien und Einzelheiten verfolgen können. Die beiden Lehren, die sich für Oster aus der Ergebnislosigkeit von Becks Bemühungen ergaben, bestanden darin: Die Hoffnung auf ein geschlossenes Vorgehen der Armee, d. h. auf ein gemeinsames Handeln der Generalität, sei eine Illusion; und Hitler sei Argumenten und nüchternen Überlegungen, sei der Vernunft unzugänglich. Aus beidem folgte als unabweisbare Konsequenz der Gedanke an die einzige übrig gebliebene Form der Opposition, nämlich an den Staatsstreich, und zwar an einen Staatsstreich gegen Hitler selbst[37].

Jetzt, da Oster Ziel und Weg klargeworden waren, zwang ihn seine Natur zu einer Aktivität, die weder Enttäuschungen noch Rückschläge beirren konnten, auch nicht die Wandlungen der außenpolitischen und militärischen Lage. Vom September 1938 bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst finden wir Oster – zunächst von Admiral Canaris aktiv unterstützt, später von dem allmählich resignierenden Abwehrchef immerhin noch gedeckt und abgeschirmt – bei allen Putsch-

[35] Gisevius, a. a. O., S. 402.

[36] Halder, a. a. O.

[37] So der zeitweise mit Oster enger verbundene Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 240.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

plänen und -vorbereitungen an zentraler Stelle. Ob bei dem ersten ernsthaften derartigen Vorhaben während der Sudetenkrise, dem schließlich die konsequente Appeasement-Politik des britischen Premiers Chamberlain die „Grundlagen entzog"[38], ob in den Planungen und Gesprächen des Kreises von General Olbricht an der Jahreswende 1942/43 – es gibt in diesen Jahren wohl kaum persönliche Verbindungen, theoretische Aktionsstudien und praktische Staatsstreich- bzw. Attentatsvorbereitungen, an denen Oster nicht maßgeblich beteiligt gewesen wäre[39]. Auch in den sehr ernstzunehmenden Planungen der Widerstandsgruppen zwischen Polen- und Frankreichfeldzug spielte Oster eine entscheidende Rolle.

Im Mittelpunkt dieser Aktivität stand allerdings das Oberkommando des Heeres (OKH) mit dem Generalstabschef Halder (dem früheren Chef Osters und Nachfolger des Generaloberſten Beck)[40]. Unmittelbar nach dem Ende der eigentlichen Kampfhandlungen in Polen, am 27. September 1939, hatte Hitler Halder und den Oberbefehlshaber des Heeres, v. Brauchitsch, unterrichtet, daß er in allernächster Zukunft im Westen offensiv werden wolle, und er hatte dabei keinen Zweifel gelassen, daß er bei der Anlage der Operationen auf die Neutralität Hollands, Belgiens und Luxemburgs keine Rücksicht nehmen werde. Halder wollte zunächst zurücktreten, nachdem ihm aber Brauchitsch das ausgeredet hatte, beschloß er, den Entschluß Hitlers damit zu beantworten, daß er die 1938 am Münchner Abkommen gescheiterten, damals schon wesentlich von ihm – in der Erbschaft Becks – mitbestimmten Staatsstreichvorbereitungen wieder aufnahm. Als Hitler Mitte Oktober den Beginn der Offensive auf den 12. November festsetzte, reagierte Halder mit dem Auftrag an den aus der Abwehr und aus der Schule Osters zum OKH gekommenen Oberstleutnant i. G. Groscurth, einen Putschplan generalstabsmäßig auszuarbeiten[41]. Nachdem weitere offizielle Vorstellungen Halders und Brauchitschs gegen die Offensive, so am 27. Oktober, bei Hitler keinen Erfolg gezeitigt hatten, entsandte Halder seinen Oberquartiermeister I, General v. Stülpnagel, zu den Führern der im Westen stehenden Heeresgruppen und Armeen, um deren Haltung zu erkunden und um sich ihre Mitwirkung zu sichern[42]. Gleichzeitig versuchte er den Befehlshaber des Ersatzheeres, General Fromm, zu gewinnen[43], und am 4. No-

[38] So Groscurth damals zu seinem Bruder, Mitteilung Dr. Groscurth an IfZ.

[39] Zu diesen Vorgängen sei vor allem, da hier nicht eine Darstellung der Widerstandsbewegung gegeben werden kann, verwiesen auf Krausnick, a. a. O.; Gisevius, a. a. O.; H. Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt/Main (Fischer-Bücherei) 1958; G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956; K. Sendtner, Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr, in: Vollmacht des Gewissens, a. a. O.; Zeller, a. a. O.

[40] Beck war im Sommer 1938 auf Grund seiner Differenzen mit Hitler ausgeschieden. Vgl. W. Foerster, Generalstabschef Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg, München 1953.

[41] Sendtner, a. a. O., S. 390ff.

[42] A. a. O., S. 401ff.

[43] Aussage des bei dem Gespräch Halder–Fromm anwesenden Generalmajors a. D. Kurt Haseloff, damals Chef des Stabes bei Fromm, vor dem Arbeitskreis „Europäische Publikation e. V.". Zur ablehnenden Reaktion Fromms vgl. Sendtner, a. a. O., S. 420.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vember beauftragte er Oster, „die Vorbereitungen von 1938 auf den der heutigen Situation angemessenen Stand zu bringen"; ebenfalls am 4. November wies er Groscurth an, Beck und Goerdeler (den „Motor" der zivilen Widerstandsgruppe) zu „alarmieren"[44]. Noch am 5. November, nachdem Hitler in einer Unterredung mit Brauchitsch den Generalstab schwer beschimpft und gedroht hatte, „den Geist von Zossen [Sitz des OKH] auszurotten", schickte Halder Groscurth zu Canaris, um diesen zu einem Attentat auf Hitler zu ermuntern[45]. Maßgebend für die Haltung Halders war in erster Linie der Wille, die Offensive unter allen Umständen zu verhindern. Wie fast alle militärischen Führer waren Halder und Brauchitsch überzeugt davon, daß der Angriff, auch wenn er Anfangserfolge haben sollte, fehlschlagen würde[46]; er werde sich nach schweren Verlusten festlaufen und in einen Abnützungskrieg übergehen, an dessen Ende die deutsche Niederlage stehen werde. Da Deutschland schon für den Ausbruch wie für diese Ausweitung des Krieges die Verantwortung trage und sich völlig unprovozierte Neutralitätsverletzungen zuschulden kommen lasse, folge der Niederlage unweigerlich ein noch viel härterer Friedensvertrag als der von Versailles. Außerdem stand bei Halder, der ein grundsätzlicher Gegner des NS-Regimes war, neben dieser völlig legitimen Überlegung zweifellos der Gedanke Pate, eine im Grunde nicht unwillkommene Gelegenheit zur Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft zu nutzen. Dabei sind die gerade damals eingehenden ersten Nachrichten über das Schreckensregiment verschiedener SS- und Polizeiverbände in Polen von erheblichem Einfluß gewesen, selbstverständlich auch deshalb, weil sie ein Über-Versailles noch gewisser erscheinen ließen.

Oster hatte im Rahmen der Putschvorbereitungen, neben der Erneuerung der Pläne von 1938, noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Nicht im Auftrage Halders, sondern im Auftrage Becks, der trotz seines Ausscheidens aus dem aktiven Dienst das anerkannte Haupt aller Widerstandsgruppen geblieben war, leitete er im Oktober 1939 durch die Vermittlung des bayerischen Rechtsanwalts und Politikers Dr. Josef Müller über den Vatikan Verhandlungen mit London ein, die erreichen sollten, daß ein Staatsstreich von den Westmächten nicht zu einem überraschenden Angriff auf Deutschland ausgenützt werden würde; ferner ging es um die Frage, ob eine nicht-nationalsozialistische Regierung mit vernünftigen Friedensbedingungen rechnen könne, die den Verschwörern die politische Belastung einer neuen „Dolchstoßlegende" ersparen würden – abgesehen davon, daß die Putschisten selbst alles andere als eine Schwächung ihres Vaterlandes wünschten[47]. Zugleich wollten Beck und Oster die Ergebnisse der Verhandlungen benützen, um den Generalen, auch Halder, die Sorgen hinsichtlich der Haltung des Auslandes zu nehmen, und ihnen so den Absprung zum Handeln erleichtern. Diese der an sich selbstverständlichen außenpolitischen Absicherung des Staatsstreiches dienenden

[44] Sendtner, a. a. O., S. 409.

[45] E. Kosthorst, Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Heft 8, 1957, S. 100f.

[46] Sendtner, a. a. O., S. 389ff.

[47] A. a. O., S. 436ff.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespräche sind von Dr. Müller bis in die ersten Monate des Jahres 1940 fortgesetzt worden und haben in der Tat noch erstaunlich positive Resultate gezeitigt, die allerdings Halder, von einer noch wenig konkreten Andeutung in einer ihm am 4. November von General Thomas, dem Chef des Wehrwirtschaftsamtes, überreichten Denkschrift Osters, Dohnanyis und Gisevius' abgesehen, erst am 4. April erfahren hat. Doch hatten Beck und Oster wohl mit Recht den klaren Eindruck, daß die damals noch von Chamberlain geführte britische Regierung selbst jetzt noch, solange der Angriff im Westen nicht begonnen hatte, bereit war, nach einem Regierungswechsel in Deutschland zu den Grundgedanken der Appeasement-Politik zurückzukehren. Nachdem sich nun im April 1940 ergab, daß der Putsch nicht stattfinden werde, und die Offensive unmittelbar bevorstand, fühlten sich beide zu einem Schritt verpflichtet, der dem Verhandlungspartner, auch dem vermittelnden Vatikan, zeigen sollte, daß man die Besprechungen in gutem Glauben geführt und nicht etwa ein nachrichtendienstliches Spiel zur Irreführung des Gegners getrieben habe.

So beauftragte Oster Ende April, ganz offensichtlich mit Wissen und Billigung Becks, Dr. Müller, noch einmal nach Rom zu fahren und dort seinen Gewährsleuten zu sagen, daß mit einem Staatsstreich vor dem Angriff nicht mehr zu rechnen sei und daß der Angriff selbst in Bälde beginnen werde. Gleichzeitig sollte mit diesem, noch im April tatsächlich geschehenen Schritt der Kredit der Widerstandsbewegung in London für eine eventuelle spätere Wiederaufnahme der Gespräche so weit wie möglich erhalten werden[48].

Oster wird diese zukünftige Möglichkeit auch im Hinblick auf eine andere Aktion erwogen haben, die er auf eigene Faust und auf eigene Verantwortung unternommen hat. Im April 1939 war als holländischer Militärattaché der Oberst Sas nach Berlin zurückgekehrt – er war schon 1936/37 in gleicher Eigenschaft in Berlin gewesen – und hatte seine sieben Jahre zuvor angeknüpfte freundschaftliche Verbindung zu Oster wieder aufgenommen[49]. Oster benützte nun diese Verbindung, um über Sas der holländischen und, wie er hoffte, auch der belgischen, französischen und britischen Regierung laufend die zwischen November 1939 und Mai 1940 ja ständig verschobenen Termine der Westoffensive mitzuteilen. Daß Holland angegriffen werden würde, sagte er Sas, der aus seinen eigenen Beobachtungen zu dem gleichen Schluß gekommen war und seine Regierung am 28. September 1939 entsprechend informiert hatte, bereits Mitte Oktober, den ersten konkreten Zeitpunkt (12. November 1939) nannte er am 7. November, den letzten und nun zutreffenden (10. Mai 1940) am 9. Mai kurz vor 22 Uhr, worauf Sas, wie schon vorher immer, den Haag benachrichtigte; am 3. April 1940 hatte Oster außerdem über Sas die dänische und die norwegische Regierung vor dem am 9. April beginnenden Angriff auf ihre Länder warnen lassen[50]. Irgendwelche Einzelheiten über die Ope-

[48] A. a. O., S. 485 ff. Dazu bestätigende persönliche Mitteilungen Dr. Müllers an den Verfasser.

[49] Aussagen Sas vor der holländischen Enquête-Kommission im März 1948, Übersetzung im IfZ, ZS–Nr. 1626.

[50] Sas, a. a. O.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rationen oder über Aktionen von Sonderverbänden der Abwehr sind von ihm nicht weitergegeben worden[51].

Selbstverständlich hat sich Oster bei dieser Handlungsweise auch von seiner grundsätzlichen und allgemeinen Gegnerschaft gegen das Regime leiten lassen. Sein Freund und damaliger Mitarbeiter Friedrich Wilhelm Heinz bezeugt, wie intensiv sich Oster im Herbst und Winter 1939/40 mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob es für das Handeln gegen Hitler irgendeine Grenze gebe, eine Grenze vor allem zwischen Hoch- und Landesverrat[52]. Er kam damals zu dem Schluß, daß es in einer so ungewöhnlichen Situation, wie sie Hitler für Deutschland und die Welt geschaffen habe, eine solche Grenze prinzipiell nicht geben könne. Einer seiner anderen Freunde hat überliefert, daß Oster in jenen Monaten stark unter dem Eindruck des Todes von Generaloberst v. Fritsch stand, der bei Warschau gefallen war. Oster war der für ihn bezeichnenden Auffassung, Fritsch habe den Tod gesucht, weil er das Instrument, mit dem Hitler nun die Welt zerstöre, die Armee, mitgeschaffen und wegen seiner Mitverantwortung tiefe Gewissensqualen gelitten habe[53]. Offenbar hat sich sein Charakter dagegen gesträubt, ebenfalls mitschuldig zu werden, und der Gedanke, die Mitschuld durch ein entsprechendes Gegenhandeln aufzuheben, liegt dann nicht mehr ferne. Lebhaft empfand Oster, wie alle auf uns gekommenen Zeugnisse beweisen, die Verantwortung des deutschen Offiziers dem überfallenen Europa gegenüber[54], und die Nachrichten über die Greuel der SS in Polen haben sein Widerstreben gegen den Einbruch eines solcher Taten fähigen Regimes in andere europäische Staaten nachhaltig bestärkt.

Indes ist es doch zweifelhaft, ob solche Empfindungen und Überlegungen ausgereicht hätten, Oster zu einer Handlungsweise zu bewegen, die alle auch für ihn bisher gültigen Maßstäbe sprengte. Sachliche Momente, die auf militärischen Erwägungen gründeten, kamen hinzu. Oster ging von der Annahme aus, die ihm – bis zur Jahreswende 1939/40 wohl auch mit Recht – als feststehende Tatsache erschien, daß die Offensive scheitern werde. Beck hatte ihm auseinandergesetzt, daß sich der Angriff nach schwersten Verlusten festlaufen müsse[55], Brauchitsch und Halder dachten, wie er wußte, nicht anders[56], zumindest bis zur Jahreswende 1939/1940, und die gegen eine Offensive gerichteten Denkschriften der Heeresgruppenbefehlshaber sind ihm wohl ebenfalls nicht unbekannt geblieben; ganz sicher ist er spätestens am 7. November von General v. Witzleben über ihre Abneigung gegen den Angriff informiert worden. Wenn sich das aber so verhielt, so mußte, wie er meinte, die Offensive um jeden Preis verhindert werden. Osters erste Mitteilungen an Sas verfolgten keineswegs den Zweck, den Angriff scheitern zu lassen, sondern

[51] Mitteilung Dr. de Jongs, des Direktors des Amsterdamer Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, an den Verfasser.

[52] Sendtner, a. a. O., S. 432.

[53] Aussage Dr. Josef Müller, Archiv IfZ.

[54] Sendtner, a. a. O., S. 432f.; Gisevius, a. a. O., Bd. II, S. 206ff., 248; Sas, a. a. O.; Zeugnis des Generals von Lahousen, ZS–IfZ, Nr. 658.

[55] Kordt, a. a. O., S. 369.

[56] Sendtner, a. a. O., S. 389ff.; Gisevius, a. a. O., S. 178.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten ihn unmöglich machen[57]. Oster rechnete, von Sas darin durchaus bestärkt[58], mit sofortigen und vor allem sichtbaren Gegenmaßnahmen der Holländer und Belgier, die Hitler davon abhalten würden, einen offenkundig verratenen Angriff zu beginnen. Ferner wollte er gerade im Oktober und November erreichen, daß die eingeleiteten Vorbereitungen zum Staatsstreich Halders nicht zerstört und die so verheißungsvoll begonnenen Gespräche in Rom nicht jäh abgeschnitten würden. Daß er sich zur Verhinderung der Eröffnung militärischer Operationen im Westen eines auch in seinen Augen verzweifelten Mittels bediente, hat seinen eigentlichen Grund freilich in der tiefen Skepsis, mit der er die Putschpläne des OKH, die ja ebenfalls die Offensive unterbinden sollten, betrachtete; wie er Sas noch unmittelbar vor seiner Abreise zu Witzleben, am 7. November, sagte, rechnete er nicht mit einem Handeln der Generale[59].

Nachdem aber klar geworden war, daß das OKH und die Heeresgruppenbefehlshaber nicht putschen, sondern die Offensive führen werden[60], ergab sich eine gewisse Verschiebung der Osterschen Zielsetzungen. Seit Mitte November 1939 trat die offenbar auch von Halder immer wieder erwogene „Rückschlags-Theorie" in das Kalkül ein[61]. Noch immer galt für Oster die Prämisse, daß die Offensive letztlich fehlschlagen werde. Unter dieser Voraussetzung schien es ihm besser, den Angriff – das bewog ihn auch zu der Warnung Norwegens und Dänemarks – schon im Ansatz scheitern zu lassen. Die Rückschlags-Theorie besagte ja im Grunde nichts anderes, als daß die Generale erst putschen würden, wenn Hitler einen schweren militärischen oder politischen Rückschlag erlitten habe. Traf das zu, so mußte dafür gesorgt werden, daß der Rückschlag sogleich erfolgte und mit möglichst geringen Opfern bezahlt wurde. Komme es erst nach deutschen Anfangserfolgen, nach längerer Kriegsdauer, nach beiderseitigen schweren Verlusten zu solchen Rückschlägen, so sei, wie Oster meinte, damit zu rechnen, daß mittlerweile auf alliierter Seite die antideutschen Tendenzen zugenommen hätten, während Deutschland gleichzeitig militärisch schwächer geworden sein müßte. Unter Umständen seien dann die Vereinigten Staaten bereits in den Krieg eingetreten, so daß zum Zeitpunkt der Rückschläge für die Alliierten weder der Wille noch die Notwendigkeit zu einer Verständigung mit Deutschland gegeben wären. Auch eine nichtnationalsozialistische Regierung, die nach einem so spät erfolgenden Staatsstreich gebildet würde, könne sich kaum mehr Hoffnungen auf einen maßvollen Frieden machen[62]. Wenn hingegen der Rückschlag sofort eintrete, wären die inneren Voraussetzungen für den Putsch geschaffen, während sich das militärische und politische Kräfteverhältnis noch kaum merklich verschoben hätte, die außenpolitischen Vor-

[57] Gisevius, a. a. O., S. 248, durch persönliche Mitteilung von Gisevius an den Verfasser nochmals ausdrücklich bestätigt. Vgl. auch Spiegelbild, S. 430.

[58] Siehe Anm. 57.

[59] Sas, a. a. O.

[60] Nach einer am 14. 11. 1939 stattgefundenen Unterredung mit General v. Stülpnagel hatte Oster hierüber keine Zweifel mehr; Groscurth, a. a. O.

[61] Gisevius, a. a. O., S. 176, 177.

[62] Vgl. hierzu Zeugnis Heinz bei Sendtner, a. a. O., S. 432.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aussetzungen des Staatsstreichs also gewahrt blieben. Antideutsche Ressentiments hätten sich noch kaum recht entfalten können, abgesehen davon, daß der Hinweis, die deutsche Offensive sei nicht zuletzt mit Hilfe deutscher Offiziere abgefangen worden, solche Ressentiments wieder erstickt hätte. Oster ist in diesen Gedankengängen durch Informationen bestärkt worden, die auf eine allmähliche Ausbreitung antideutscher Stimmungen in England schließen ließen; er erfuhr, daß die Neigung wachse, Deutschland einen überaus harten Frieden zu diktieren, ja, daß bereits von der Zerstückelung Deutschlands gesprochen werde[63]. Ähnliche Wirkungen befürchtete er von dem bei längerer Kriegsdauer unvermeidlichen Kriegseintritt Amerikas[64]. Seiner Ansicht nach durfte unter keinen Umständen so lange gewartet werden. Die Verluste eines sogleich herbeigeführten Rückschlages schätzte er auf etwa 40 000 Mann, ein Preis, der ihm, da das Leben von Hunderttausenden oder sogar Millionen und die Existenz des Ganzen auf dem Spiele stand, ebensowenig zu hoch schien wie der von ihm selbst zu zahlende Preis, nämlich das Odium des Landesverräters auf sich zu nehmen.

Dieses Kalkül schloß sich mit der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen das Regime Hitlers und mit dem Gefühl, Verantwortung für das Geschick ganz Europas zu tragen, zu einer Einheit zusammen. So konnte Oberst Sas, der Osters Motive genau kannte, als der holländische Oberbefehlshaber General Winkelmann meinte, dieser deutsche Offizier sei doch eigentlich „ein erbärmlicher Kerl", antworten, Oster sei „ein Charakter, wie ich ihn bisher noch nicht getroffen habe, so mutig und tollkühn wie niemand anders"[65]. Oster selbst hat seine Handlungsweise mit dem Satz kommentiert: „Man kann nun sagen, daß ich Landesverräter bin, aber das bin ich in Wirklichkeit nicht, ich halte mich für einen besseren Deutschen als alle die, die hinter Hitler herlaufen. Mein Plan und meine Pflicht ist es, Deutschland und damit die Welt von dieser Pest zu befreien."[66]

Osters Vorhaben ist allerdings völlig gescheitert, da die holländische Regierung seine Warnungen, die sich durch oftmalige Wiederholung abgenutzt hatten, nicht mehr ernst nahm und lediglich, wie schon häufig, erhöhte Aufmerksamkeit anordnete[67].

Aber hier – wie für den Widerstand im Ganzen – sind Erfolg oder Mißerfolg nicht die entscheidenden Kategorien. Vielmehr zeigt gerade der Fall Oster exemplarisch, daß die eigentliche und fortwirkende Entscheidung mit innerer Überzeugungskraft und aus Gewissensnot erfolgte.

[63] Zeitgenössische Berichte Dr. Müllers für Oster und Canaris, Archiv IfZ.

[64] Zeugnis Dr. Müller, Archiv IfZ.

[65] Sas, a. a. O.

[66] Sas, a. a. O.

[67] Mitteilung des bereits erwähnten Direktors Dr. de Jong an den Verfasser. Zur belgischen und holländischen Reaktion auf die verschiedenen Informationen über Zeit und Ort der Westoffensive vgl. auch Jean Vanwelkenhuyzen, Die Niederlande und der „Alarm" im Januar 1940, in dieser Zeitschrift 8 (1960), 17–36.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ALAN S. MILWARD

FRITZ TODT ALS MINISTER FÜR BEWAFFNUNG UND MUNITION*

Die Probleme der deutschen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg sind bislang meist unter nichtdeutschen Gesichtspunkten untersucht worden. Die gestellten Fragen sollten oft Erkenntnisse zutage fördern, die für die Geschichte Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten ebenso bedeutungsvoll sind, wie für die Geschichte Deutschlands selbst. Welche Wirkung auf Deutschland hatte die alliierte Blockade[1]? Welche Wirkung auf Deutschland hatte der alliierte Bombenkrieg[2]? Wollte Hitler einen allgemeinen europäischen Krieg beginnen oder nicht[3]? Obwohl über diese Fragen viel diskutiert wurde, ist Deutschland noch weit davon entfernt, eine umfassende Wirtschaftsgeschichte des Krieges zu besitzen, wie sie es jetzt für Großbritannien gibt[4].

Der Hauptgrund für diesen Stand der Dinge ist sicherlich die Zerstreuung der erreichbaren Quellen im Jahre 1945. Die „National Archives" in Alexandria, Virginia, und – in geringerem Maße – die Bestände des Londoner Luftfahrtministeriums enthalten an sich genügend Material, um die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg zu erforschen[5]. Jedoch weisen jene Sammlungen einige wichtige Lücken auf, vor allem hinsichtlich der Fragen zur Finanzierung der Kriegsanstrengung. Und es mag sein, daß die Unvollständigkeit des Quellenmaterials auch für die Unvollständigkeit des seit 1945 gewonnenen Bildes von der deutschen Kriegswirtschaft verantwortlich zeichnet. Zum Beispiel haben sich die ausgezeichneten Darstellungen des „United States Strategic Bombing Survey" und Webster/Franklands vor allem auf die späteren Stadien des Krieges konzentriert. Umgekehrt hat die Arbeit Kleins in erster Linie die Vorkriegsaspekte der nationalsozialistischen Wirtschaft hervorgehoben.

---

* Die Übersetzung wurde von Hermann Graml, Institut für Zeitgeschichte, angefertigt.

[1] W. N. Medlicott, The Economic Blockade, 2. Bde., London 1952/59.

[2] United States Strategic Bombing Survey, vor allem: The Effects of Strategic Bombing on The German War Economy; und: Sir C. Webster und N. Frankland, The Strategic Air Offensive Against Germany 1939–45, 4 Bde., London 1961.

[3] B. H. Klein, Germany's Economic Preparations for War, Harvard 1959; G. Meinck, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933–1937, Wiesbaden 1959.

[4] United Kingdom Offical History of The Second World War, Civil Series, London. Inzwischen konnte der Verfasser selbst einen ersten Versuch einer Gesamtdarstellung der deutschen Kriegswirtschaft vorlegen: Alan S. Milward, The German Economy at War, London 1965. Eine deutsche Fassung erscheint als Nr. 12 der Schriftenreihe dieser Zeitschrift.

[5] Die Bezüge in diesem Artikel gelten dem Katalog des Luftfahrtministeriums in London, Air Historical Branch. Der Verfasser dankt dem Luftfahrtministerium für die Erlaubnis, sein Archiv benutzen und das gefundene Material zitieren zu dürfen. Es ist inzwischen in das Imperial War Museum, London, verbracht worden. Das System der Signaturen bleibt gleich. Ein großer Teil der Originaldokumente, auf die im vorliegenden Aufsatz Bezug genommen wird, liegt jetzt im Bundesarchiv in Koblenz, dessen Bestand durch den Transfer aus den National Archives der Vereinigten Staaten weiter wachsen wird.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Letzten Endes ist dies aber darin begründet, daß die Erkenntnisse, die vom „United States Strategic Bombing Survey" und seinen Nachfolgern auf diesem Felde gesucht wurden, für die Geschichte der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten interessanter waren als für die Geschichte Deutschlands. So ist der „Bombing Survey" zum Teil von dem Bestreben beeinflußt gewesen, den jeweiligen militärischen Wert der „selektiven" und der „allgemeinen" Luftangriffe zu bestimmen – während des Krieges und nach seinem Ende eine ernste Streitfrage zwischen den britischen und amerikanischen Luftwaffenstäben. Und wenn die Arbeit Websters und Franklands auch ein recht weites Gebiet umfaßt, so geht es ihnen im Grunde doch um die Wirkung der alliierten Luftkriegstaktik. Sie betrachten die deutsche Wirtschaft mehr von einem außerhalb als innerhalb gelegenen Standpunkt. Kleins Absicht scheint sogar darin zu bestehen, aus der Zwischenkriegsperiode Lehren zu ziehen, von denen sich die amerikanische Politik heute leiten lassen kann[6].

Als Ergebnis ist ein verfälschtes Bild der deutschen Kriegswirtschaft entstanden. In dem akzeptierten Bild finden wir eine klare Trennung zwischen einer Periode administrativer Schwäche und einer Periode zunehmender administrativer Leistungsfähigkeit. Trennmarke ist die Ernennung Albert Speers zum Minister für Bewaffnung und Munition im Februar 1942. Die deutsche Kriegswirtschaft vor dem Februar 1942 wird als ein Chaos rivalisierender Organisationen dargestellt, während nach dem Februar 1942 Speer in der Lage gewesen sei, durch eine Verwaltungsreform jene große Steigerung der Rüstungsproduktion zu erreichen, die Deutschland instand setzte, bis 1945 auszuhalten.

Manchmal ist diese Einteilung in eine Vor-Speer-Ära und eine Nach-Speer-Ära mit der Unterscheidung zwischen dem Blitzkriegsstadium der Kriegswirtschaft und der Periode einer „totalen Kriegswirtschaft" vermengt worden. Allgemeiner noch hat man die Zeit der Blitzkriege erst mit Stalingrad enden sehen[7]. Jedenfalls ist, auch wenn diese zweite Auffassung vertreten wurde, deutlich zu verstehen gegeben worden, daß die Umwandlung in eine totale Kriegswirtschaft nur auf Grund der Arbeit Albert Speers möglich war.

In Wirklichkeit ist das Blitzkriegsstadium des Krieges im wirtschaftlichen Bereich im Januar 1942 zu Ende gegangen, und zwar als Folge der schweren deutschen Niederlagen in Rußland, insbesondere des Verlustes von Rostow und des anschließenden russischen Vordringens auf Kertsch[8]. Der Übergang vom Blitzkrieg zur totalen Kriegswirtschaft ist dann in der Tat 1942 von Speer erfolgreich durchgeführt worden, aber doch nicht von Speer allein. Ebensowenig hat der Prozeß mit Speer begonnen. Viele der organisatorischen Reformen, die Speer eingeleitet haben soll, sind nämlich schon zuvor von Fritz Todt eingeleitet worden, dem ersten

[6] Klein, a. a. O., S. 257f.

[7] United States Strategic Bombing Survey, The Effects of Strategic Bombing in The German War Economy, S. 18; Klein, a. a. O., S. 202; Webster und Frankland, a. a. O., Bd. 2, S. 225.

[8] Vgl. den Aufsatz des Verfassers, The End of the Blitzkrieg, Economic History Review 16 (1964).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Minister für Bewaffnung und Munition, von einem Manne, den die Historiker bisher weitgehend ignoriert haben.

Die anerkannte Darstellung der Rolle Speers, das, was man die Speer-Version nennen kann, lautet folgendermaßen: Bis zum Februar 1942 hat es keine umfassende Kontrolle der deutschen Wirtschaft gegeben. Die Produktion war nur wenig höher als in Friedenszeiten, und die Wirtschaftsverwaltung war infolge der extremen Konfusion der Verantwortlichkeiten durcheinandergeraten. Daß er in dieser kritischen Phase Speer zum Minister für Bewaffnung und Munition ernannte, war ein genialer Schachzug Hitlers. Speers Erfolge in der Rüstungsproduktion haben Deutschlands Gegner überrascht und Deutschland selbst befähigt, den langen Abnutzungskrieg zu führen, der nun folgte.

Während seines ersten Jahres im Amt, so heißt es weiter, hat Speer den deutschen Munitionsausstoß ungeheuer gesteigert, indem er Engpässe beseitigte und die Produktionsmethoden rationalisierte. Nach Stalingrad, als die Strategie der Blitzkriege aufgegeben wurde, zeigten sich die Früchte der Arbeit Speers in der mehr oder weniger stetigen Zunahme der deutschen Rüstungsproduktion bis zum Juli 1944. Und zwar ist dies durch organisatorische Reformen erreicht worden. Zunächst hat Speer das Ministerium für Bewaffnung und Munition in eine mächtige Behörde umgewandelt, die weitgehend die gesamte Wirtschaft kontrollierte. Zweitens war Speer fähig, eine „Zentrale Planung" zu entwickeln und zu steuern. Drittens – und auf diese Reform tat er sich nach seiner Gefangennahme am meisten zugute – schuf er die „Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit der deutschen Industrie".

Darunter ist ein System zu verstehen, das die Kontrolle und Überwachung der verschiedenen Zweige der Rüstungsindustrie jenen Produzenten übertrug, die tatsächlich verantwortlich waren. Die Produzenten haben – mit Hilfe einer Reihe von Ausschüssen, die laufend zusammentraten – ihre Produktionsverfahren vereinigt und in der Industrie oder in dem industriellen Sektor, für die sie die Verantwortung zu tragen hatten, die erforderlichen Weisungen ausgegeben. Auf diese Weise war die direkte Bestellung von Rüstungsmaterial durch die verschiedenen Wehrmachtsteile bei den Rüstungsproduzenten geregelt. Die einzelnen Teile der Wehrmacht waren so gehalten, ihre Anforderungen einer neutralen Stelle zu unterbreiten, die sie dann entsprechend der zur Verfügung stehenden Rohstoffe erfüllte, während zuvor alle Teile, nachdem Hitlers Zustimmung zu einer Rüstungssteigerung einmal erreicht war, in einen verheerenden Wettbewerb miteinander getreten waren. Hätte Speer nicht die Spitze übernommen, wäre die deutsche Wirtschaft vielleicht nie so auf Touren gekommen, wie es der Deutschland nach dem Scheitern des Blitzkrieges aufgezwungene Krieg der gegenseitigen Abnutzung und der Massenproduktion verlangte. So lautet die „Speer-Version", die von allen seit 1945 über die deutsche Kriegswirtschaft schreibenden Autoren akzeptiert wurde[9].

Die Ursprünge dieser Auffassung sind ohne Zweifel im „United States Strategic Bombing Survey" zu finden, der die Tendenz zeigt, zwischen einer Vor-Speer-Ära

[9] Ausgenommen W. N. Medlicott, a. a. O., Bd. 2, S. 5, der die Version mit leiser Skepsis zu betrachten scheint.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und einer Nach-Speer-Ära zu unterscheiden. Über den Vorgänger Speers als Minister für Bewaffnung und Munition ist lediglich zu erfahren, daß er bei einem Flugzeugabsturz an der Ostfront ums Leben kam. „Die Deutsche Industrie im Kriege 1939/45" setzt das fort und ordnet die Darstellung nach jener entscheidenden Trennmarke, indem mit Speers Amtsübernahme ein neuer Teil des Buches beginnt[10]. Klein nimmt den gleichen Standpunkt ein und tut Todt etwas geringschätzig ab:

> „Todt war mehr an seinen Bauvorhaben interessiert als daran, sich in Auseinandersetzungen mit General Thomas, den Beschaffungsämtern der Armee oder Hitler und Göring einzulassen. Seinem damaligen Mitarbeiter Speer zufolge, hat Todt nur einen oder zwei Tage der Woche in Berlin verbracht; die übrige Zeit widmete er der Besichtigung der Arbeiten am Atlantikwall, der Straßenbauten in Norwegen und Rußland, des Autobahnbaus in Deutschland usw. . . ."[11]

Tatsächlich ist Todt in dem 280 Seiten starken Buch Kleins nur auf 7 Seiten erwähnt. Kleins Urteil über die Tätigkeit Todts als Minister für Bewaffnung und Munition geht unmittelbar auf zwei Erklärungen Speers zurück. Die erste dieser Erklärungen findet sich in einem im Juli 1944 geschriebenen Brief an Hitler[12]; die zweite wurde gleich nach Beginn seiner ersten Befragung in Gefangenschaft abgegeben[13]. Aber Klein versichert trotzdem, Deutschland sei lediglich auf Grund des Todes von Todt in der Lage gewesen, einer totalen Kriegswirtschaft auch nur näherzukommen, weil Todt sich jeder Expansion der Rüstungsproduktion widersetzt habe[14].

Jedoch hat Todts Tod keineswegs ein ernstes Hindernis für organisatorische Reformen aus dem Wege geräumt, sondern ganz im Gegenteil viele nützliche Veränderungen verzögert. Der Übergang von einer Blitzkriegs-Wirtschaft zur totalen Kriegswirtschaft hatte schon unter Todt begonnen. Viele der Maßnahmen, die von den Historikern später Speer zugeschrieben wurden, hatten ihren Anfang unter Todt genommen. Zum Teil waren sie schon eingeleitet, bevor Speer überhaupt Minister wurde, teils waren sie noch vor dem Tode Todts immerhin im Grundriß fertig. Speer war dann auf Grund seiner hervorragenden organisatorischen Begabung in der Lage, das fortzusetzen, was Todt angestoßen hatte, und die Schaffung eines Ministeriums mit einigen Kontrollbefugnissen über die gesamte Wirtschaft

[10] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die Deutsche Industrie im Kriege 1939/45, Berlin 1954. Dabei handelt es sich um die mit einigen Ergänzungen versehene Herausgabe eines Manuskripts „Aufstieg und Niedergang der Deutschen Wirtschaft", das Rolf Wagenführ, Leiter des Statistischen Amtes im Ministerium Speers, geschrieben hat. Das Manuskript ist von den Alliierten erbeutet worden; ein Exemplar fand sich später in der Library of Congress und wurde vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlicht. Die Anerkennung für dieses wertvolle Buch gebührt ohne Frage Wagenführ.

[11] Klein, a. a. O., S. 152.

[12] Klein, a. a. O., S. 152, Anm. 5.

[13] Speer Report (Protokolle der Befragungen Speers und seiner Mitarbeiter im Ministerium durch Angehörige des alliierten Nachrichtendienstes bei Kriegsende. Sie sind noch nicht im Bundesarchiv.) No. 1, S. 1, „Interrogation of Albert Speer".

[14] Klein, a. a. O., S. 109f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erheblich weiter zu führen. Ohne Speers Leistungen zu schmälern, kann doch gezeigt werden, daß Todt der erste Architekt von Deutschlands späterem, trotz gewaltiger wirtschaftlicher Unterlegenheit geleisteten Widerstand gewesen ist. Er hat die Schattenexistenz zu der ihn die Historiker verurteilten, wirklich nicht verdient.

Die Blitzkriegsphase der deutschen Kriegswirtschaft stellt sich als eine Periode dar, in der nur ein begrenzter Teil der gesamten deutschen Wirtschaftsanstrengung im Dienste der Kriegszwecke stand. Die Rüstungsproduktion stieg nur wenig an, und der zivile Verbrauch ging nicht zurück. Der große Vorteil dieser Situation bestand darin, daß sie eine flexible Strategie ermöglichte. Deutschland stützte sich mehr auf fertige Waffen als auf die Fähigkeit, in der Zukunft Waffen in größerer Zahl zu produzieren. Da in der Wirtschaft stets große, unberührte Reserven steckten, konnte der Schwerpunkt der Rüstungsproduktion mühelos verschoben werden, je nach den Erfordernissen des gerade bevorstehenden Feldzugs. Diese Flexibilität hing von einer klaren Festlegung der Prioritäten ab. Dafür sorgten die „Führerbefehle", die im Augenblick ihrer Verkündung alle anderen Weisungen auslöschten. So blieb die zwischen der Wehrmacht, durch das Wirtschafts- und Rüstungsamt, dem Reichswirtschaftsministerium und dem Büro für den Vierjahresplan bestehende Rivalität um die Kontrolle der Wirtschaft ohne größere Folgen. In gewisser Weise war diese Rivalität sogar dem Wesen Hitlers gemäß, und sie entsprach den Grundsätzen, nach denen im nationalsozialistischen Staat die Verwaltung bis dahin aufgebaut worden war. Als es aber notwendig wurde, alle Hilfsquellen Deutschlands für Kriegszwecke zu mobilisieren, ergab sich auch die Notwendigkeit, über ein Ministerium zu verfügen, das jene Mobilisierung unter der Leitung eines starken Ministers durchführen konnte. Zu dem erforderlichen Ministerium entwickelte sich das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, die Rolle des gewünschten Ministers übernahm Fritz Todt.

Fritz Todt wurde 1891 im badischen Pforzheim geboren. Sein frühes Leben unterscheidet ihn in keiner Weise von dem durchschnittlichen Anhänger des Nationalsozialismus[15]. An der Technischen Hochschule in München studierend und für den Beruf eines Bauingenieurs bestimmt, fand er seine Laufbahn jäh durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen. Ein Jahr lang diente er als Unteroffizier in der Armee, drei Jahre als Beobachter bei den Luftstreitkräften; nach seiner Rückkehr schloß er seine Ausbildung ab und war dann für die Baufirma Sager u. Woerner in München tätig. Schon 1922, als er in München lebte, geriet er unter den Einfluß Hitlers und entwickelte sich zu einem überzeugten Verfechter des Nationalsozialismus. Seine politischen Ansichten hinderten seine Promotion, und in den Jahren vor der „Machtübernahme" arbeitete er an einem Plan zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch den großzügigen Bau von Autostraßen[15a]. Sein Geschick war nun an das der Partei geknüpft, und er sollte nicht enttäuscht werden. Als Hitler den Bau von Autobahnen als ein gewaltiges Projekt öffentlicher Arbeiten initiierte, wurde Todt, inzwischen über 40 Jahre alt, als Generalinspekteur für das Deutsche

[15] E. Schönleben, Fritz Todt, Oldenburg 1943, S. 28ff.

[15a] Vgl. dazu K. Kaftan, Der Kampf um die Autobahnen, Berlin 1955, S. 152f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Straßenwesen zum Leiter des ganzen Unternehmens eingesetzt. Die Autobahnen, das größte öffentliche Denkmal des Tausendjährigen Reiches, sollten Todt zu einem mächtigen Manne machen. Seine persönlichen Auffassungen zu Wirtschaftsfragen und, was wichtiger war, der Erfolg des Autobahnprojekts hielten Todt im Gesichtskreis des „Führers". Gleichzeitig bewahrte ihn seine bewußte Pose als technischer Experte, als Mann ohne Interesse an den internen Machtkämpfen – eine Pose, die später auch Speer mit Nutzen annahm –, lange Zeit vor der Gegnerschaft der wichtigeren Parteiführer. Im November 1934 übernahm er in Personalunion die Ämter eines „Leiters des Amtes für Technik" und eines „Reichswalters des Nationalsozialistischen Bundes Deutsche Technik"; damit war zugleich die Präsidentschaft des „Instituts der Technik" in Flensburg verbunden. In zweieinhalb Jahren nationalsozialistischer Herrschaft stieg er zur Spitze seines Berufes auf, doch spielte er immer noch eine nur bescheidene Rolle in der Parteihierarchie. Er besaß keine Hausmacht, und ohne eine eigene Organisation mußten seine Ambitionen naturgemäß begrenzt bleiben.

Es gehörte zu den typischen Zügen nationalsozialistischer Herrschaft, zur Durchführung organisatorischer Sonderaufgaben ad hoc Sonderbevollmächtigte zu ernennen, dabei aber den ursprünglichen Verwaltungsapparat der Regierung intakt zu lassen. So blieb auch das Wirtschaftsministerium nach dem Ende der Weimarer Republik bestehen, obwohl es, von Devisenfragen und dem Bereich der Rohstoffimporte abgesehen, bald nicht mehr viel zu sagen hatte. Unter dem Regime Hitlers konnte nur derjenige zur Macht aufsteigen, der über einen eigenen Apparat verfügte, mit dem er das jeweils gerade forcierte Vorhaben zu realisieren in der Lage war; und auf einer solchen Leiter stieg auch Todt nach oben. Der erste Schritt, der ihn seiner späteren Machtstellung näherbrachte, war die im Mai 1938 erfolgte Ernennung zum Leiter der Bauarbeiten am Westwall, hinter dessen Schutz das tschechoslowakische Problem gelöst werden sollte. Im Dezember 1938, als seine neue Aufgabe ihrem Ende – einem offensichtlich guten Ende – zuging, wurde er „Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft". Sein wichtigster Auftrag war hier die Schaffung der Kapazität für neue Produktionen, und zwar nicht durch den Bau einer größeren Quantität von Anlagen, sondern durch die Freimachung bereits existierender Anlagen[16]. Am Parteitag 1938 verlieh Hitler den Arbeitern am Westwall die Bezeichnung „Organisation Todt". Mit dem Ausbruch des Krieges entwickelte sich die „Organisation Todt" zu einer großen paramilitärischen Formation. Der Wiederaufbau von Brücken und Straßen hinter den in Frankreich vordringenden Truppen wurde zwischen der OT und den Pionieren geteilt[17]; die beiden Gruppen konkurrierten miteinander. Die Zukunft der OT lag nun in den besetzten Gebieten. Daher schuf sie sich, was Verpflegung und Kleidung betraf, ihre eigene Nachschub- und gleichzeitig auch Transportorganisation. Von Beginn

[16] FD (= Foreign Document) 3049/49 (Folder No. 1): – „Ministerium Todt" (Befragungen ehemaliger Mitarbeiter von Todt), S. 5ff.

[17] W. Kumpf, Die Organisation Todt im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1953.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Krieges an befand sich Todt in einer Position, in der er seinen Verband in einen Zweig der Verwaltung umwandeln konnte, und von diesem Zeitpunkt an benutzte ihn Hitler mehr und mehr als Nothelfer.

Anfang 1940, als ein Mann gebraucht wurde, um sofortige Sparsamkeit beim Verbrauch von Rohstoffen, namentlich von Kupfer[18], zu erzwingen, bestimmte man Todt zum Sonderkommissar für diese Aufgabe. Als Konsequenz wurde er in einigen bestimmten Fragen den rivalisierenden Verwaltungsbehörden der deutschen Wirtschaft übergeordnet. Anfang 1940 konnte der Kupferbedarf nicht mehr aus den vorhandenen Beständen gedeckt werden. Technische Änderungen in der Industrie, darunter die Einführung anderer Produktionsverfahren und anderer Metalle, waren zwar schon entwickelt, aber noch nicht ganz abgeschlossen. Das Problem war sichtbar geworden, als die Armee die Luftwaffe zu einer Herabsetzung ihrer Kupferanforderungen zu bewegen suchte; der Reichsmarschall verlangte eine Nachprüfung des Kupferverbrauchs im letzten Quartal, und es stellte sich heraus, daß die Zahlen der Luftwaffe niedriger waren als die Zahlen des Wirtschaftsministeriums[19]. Todt sollte in erster Linie die Differenzen beilegen und dann die Probleme des übermäßigen Verbrauchs lösen. Dies gelang ihm, indem er ein bereits entwickeltes Verfahren, den Ersatz kupferner Führungsringe bei der Munition durch eiserne, allgemein einführte, Seine Ernennung war im Rahmen der Vierjahresplan-Organisation erfolgt[20], und tatsächlich lautete sein Titel „Generalinspekteur für Sonderaufgaben des Vierjahresplans". Dies und die Begleitumstände gaben vielleicht den ersten Anlaß zur Feindschaft Görings gegen Todt. Und es mag wohl sein, daß es zu den Aufgaben Todts gehörte, wie sie ihm der „Führer" mündlich auseinandergesetzt hatte, den Einbruch der Luftwaffe in den Produktionsbereich der Armee zu stoppen[21]. Speer hat später Görings Antagonismus unter den Gründen genannt, die es ihm nicht wünschenswert erscheinen ließen, Todts Erbe anzutreten[22].

Am 17. März 1940 erhielt Todt seine Ernennung zum Minister für Bewaffnung und Munition[23]. Seine unmittelbaren Aufgaben waren viel spezieller und begrenzter, als man aus dem irreführenden Titel schließen möchte. Trotzdem bedeutete seine Berufung in ein solches Amt einen weiteren, wenngleich noch unsicheren Schritt zu einem größeren Maß allgemeiner Verantwortung und zu umfassenderen Befugnissen auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion. Tatsächlich war der erste Schritt jener Serie organisatorischer Reformen getan, die den ganzen deutschen

[18] FD 3049/49 (Folder No. 1): – „Ministerium Todt", S. 4ff.; FD 3298/45, „Organisation und Arbeitsweise des Reichsministeriums für Bewaffnung und Rüstungsproduktion", Dr. W. Bosch, S. 7f.

[19] Ebenda.

[20] FD 5454a/45, Erlaß des Führers über die Bestellung eines Generalinspekteurs für Sonderaufgaben.

[21] FD 3298/45, a. a. O.

[22] Speer Report No. 1, a. a. O.

[23] FD 5445/45, Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Bestellung eines Reichsministers für Bewaffnung und Munition, 17. März 1940.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirtschaftsapparat veränderten. Das Wirtschafts- und Rüstungsamt und das Heereswaffenamt standen nun nicht mehr allein, wenn sie einen Umbau der Spitzengliederung auf dem Sektor der Kriegsproduktion forderten, einen Umbau, den die Ämter durch General Thomas seit 1938 verlangt hatten[24]. Der Probleme, die von den Militärs unter so großen Risiken für sie selbst und mit so geringem Erfolg aufgezeigt worden waren, wurde sich bald auch Todt bewußt. Allein schon seine Stellung, die von der Zunahme der Produktion für die Armee abhing, führte Todt zwangsläufig zu dem Versuch einer gewissen Rationalisierung in wirtschaftlichen Dingen. Die einander in Schach haltenden Positionen des bestehenden Systems mußten unter Beschuß geraten, und das Wirtschafts- und Rüstungsamt spielte dabei nicht länger die Rolle eines einsamen Heckenschützen.

Die bewußte Pose des „Tatmenschen", des berufenen Kritikers bürokratischer Methoden, sollte Todt jetzt gut zustatten kommen. In den Reformversuchen des Wirtschafts- und Rüstungsamtes hatte Hitler mit einer gewissen Berechtigung ein Streben nicht allein nach Selbstvergrößerung, sondern auch nach einer strafferen Kontrolle der Kriegsproduktion durch die Armee gewittert. Todts Desinteresse an diesem Streit zwischen Armee und Luftwaffe konnte nicht leicht angezweifelt werden. Er sprach von sich selber stets als von einem Manne, der zuerst und zuletzt immer Ingenieur sei, der, so wie er Straßen durch Berge gebrochen habe, mit einem Traktor durch das Gestrüpp der Bürokratie brechen werde, in dem sich jede Bewegung der Verwaltung der Streitkräfte verfange. In den Büros der OT hatte er entsprechende Wandzettel anschlagen lassen. Rohland sagte von ihm:

> „Ich glaubte in Dr. Todt, im Gegensatz zu meinen bisherigen Erfahrungen, einen Mann gefunden zu haben, dessen Charakter auch einer kräftigeren Kritik an den von ihm selbst getroffenen Maßnahmen wie an der Politik Raum gebe, und der selbst genügend Zivilcourage besitze, um diese und seine eigene Kritik ohne Rücksicht auf seine Person auch an höchster Stelle vorzubringen."[25]

Und seine Haltung war nicht ausschließlich Pose. Ohne Schwanken hing er der Überzeugung an, daß Verantwortung nur dem Fachmann übertragen werden solle, und zwar auf Grund seiner Qualifikationen, nicht seines Dienstalters. Dies führte ihn dazu, allen militärischen Organisationen, als ihrer innersten Natur nach unzulänglich, zu mißtrauen. Die Beziehungen zwischen seinem Ministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht waren stets unbehaglich. Zwar hatte Keitel am 13. Dezember 1940 in einem persönlichen Schreiben das enge Verhältnis zwischen Rüstungsministerium und OKW gepriesen, doch scheint das mehr eine Aufforderung zu einem dauerhaften Übereinkommen gewesen zu sein[26]. Als Todt am 24. Januar 1941 an Keitel schrieb, bot er eine Neujahrsregelung der Differenzen und der

[24] FD 386/46, „Grundlage für eine Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1923/44", General G. Thomas.

[25] Speer Report No. 66. Intelligence Report No. EF/AM/33, „The German Tank Industry", Interrogation of Dr. W. Rohland.

[26] FD 1434/46, No. 171, Wi.Rü.Amt./Rü. Ia. Brief von Keitel, „Zusammenarbeit zwischen Reichsminister für Bewaffnung und Munition und OKW", 13. 12. 1940.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rivalitäten zwischen den beiden Ämtern an, wobei er sich darüber beklagte, daß der Wert und das Prestige des direkten Zugangs zum Führer die Hauptursache des Streites sei[27]. Er fühlte sich sogar veranlaßt, an Keitel die Bitte zu richten,

> „für das Einhalten des Taktes, der für eine kameradschaftliche Zusammenarbeit Voraussetzung ist".

Auch erbat er Keitels Zustimmung zu einem Plan, wonach der Minister für Bewaffnung und Munition, sofern er dem Führer etwas zu berichten oder vorzuschlagen habe, das mit der militärischen Situation zusammenhänge, sich zunächst einmal mit dem OKW ins Benehmen setzen solle. Das OKW solle umgekehrt verfahren, wenn es etwas vorzutragen habe, das die wirtschaftliche Lage betreffe. Anscheinend war aber das OKW nicht bereit, sich auf eine so einengende Vereinbarung festzulegen.

Zwar hatte Speer den alliierten Vernehmungsbeamten erzählt, Todt habe drei Viertel seiner Zeit mit Besuchen der Bauprojekte im Osten und der Westwallbefestigungen verbracht, doch gibt es keine Beweise, daß dem tatsächlich so war. In Wahrheit hat Todt seine Amtszeit sehr tatkräftig begonnen. Um abermals Rohland zu zitieren:

> „Er erkannte diese Schwächen sehr bald und versuchte die Rüstungsindustrie auf der Basis seiner eigenen Erfahrungen während des Westwallbaus aufzubauen, ... indem er die vielen Fachleute mobilisierte, die in der ganzen Industrie zur Verfügung standen."[28]

Rohlands Erinnerung wird von Otto Saur bestätigt:

> „Im Verlauf der ersten Wochen des Ministeriums wurde entgegen der bisherigen Gewohnheit, Rüstungsaufgaben ausschließlich durch militärische Dienststellen zu steuern, ein Sonderausschuß Munition gegründet unter Generaldirektor Kessler, ... Die Ausschüsse hatten zur Aufgabe, die besten Kräfte der Industrie dieser Produktionszweige zusammenzufassen und hauptsächlich technische Fragen der Erzeugung der betreffenden Gebiete zu ordnen."[29]

Der Ausschuß mußte alle Munitionsfabriken kontrollieren und sie zwingen, ihre Produktionsverfahren und Rationalisierungsmethoden in einen Topf zu werfen[30]. Nachdem sie sich eine gründliche Kenntnis der Kapazität eines ihrer Aufsicht unterstehenden Betriebes verschafft hatten, mußten die im Ausschuß sitzenden Industriellen alle Pläne für den Einkauf neuer Maschinen prüfen. Sie hatten die Befugnis, Maschinen und Arbeitskräfte von einem Betrieb zum anderen zu transferieren, die Fabriken während des Produktionsprozesses zu überwachen und allen jede nur mögliche Hilfe bei der Erreichung des im Programm des Ausschusses festgesetzten Zieles zu geben. Als ein letztes Mittel besaßen sie die Kompetenz, die Produktion bestimmter Erzeugnisse zu verbieten, wenn diese nach ihrer Ansicht an anderer Stelle

[27] FD 1434/46, No. 167, Brief von Todt an Keitel, 24. 1. 1941.

[28] Speer Report No. 66, a. a. O., S. 3.

[29] FD 3049/49 (Folder No. 1), a. a. O., S. 4.

[30] FD 3298/45, „Die Organisation der deutschen Industrie für die Rüstungsproduktion", Dr. W. Bosch, S. 4f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirtschaftlicher hergestellt werden konnten. Mit dem Ende der Produktionsphase endeten auch die Pflichten des Ausschusses; Transport und Abnahme waren Sache der jeweiligen Wehrmachtsstelle. Jede einzelne Munitionsart fiel unter die Verantwortlichkeit eines Sonderausschusses. Die Vorsitzenden der Ausschüsse wurden aus den Reihen der Fabrikdirektoren ausgewählt, und zwar sollte die Wahl theoretisch nicht auf den Leiter der größten Fabrik, sondern auf den Leiter des Werkes mit den besten Produktionsmethoden fallen. Und diese Regel scheint auch oft eingehalten worden zu sein; Dietrich Stahl zum Beispiel, Vorsitzender des Ausschusses für Leuchtspurmunition, war Direktor der leistungsfähigsten Fabrik für Leuchtspurmunition[31]. Die Ausschüsse unterstanden nicht den Beschaffungsstellen der Streitkräfte, sondern erhielten ihre Weisungen vom Ministerium für Bewaffnung und Munition, ohne jedoch in irgendeiner Weise Zweig dieses Ministeriums zu sein. Die Stellung des Vorsitzenden war ein Ehrenamt. Das genaue Gründungsdatum des Hauptausschusses für Munition ist nicht leicht zu bestimmen. Im Juni 1940 hatte er seine Tätigkeit jedenfalls schon aufgenommen[32]. Im Sommer 1940 plante Todt bereits die Errichtung einer Reihe gleichartiger Ausschüsse zur Überwachung der Panzerproduktion. Ein Hauptausschuß für Panzer ist dann auch im September 1940 ins Leben gerufen worden[33]. Dieser Ausschuß brachte rasch einen Vergleich der Produktionsmethoden innerhalb der betreffenden Industrie zustande. Aus den Ergebnissen der Untersuchung ging hervor, daß der Materialverbrauch, die zur Herstellung benötigte Zeit, die Nutzung der Maschinen und der Energiebedarf oft um nicht weniger als 300% differierten[34]. Außerdem gab es bei den fertigen Produkten auffallende Qualitätsunterschiede. Hier lagen die Anfänge von „Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit der deutschen Industrie".

Ein Jahr später ist das Ausschuß-System vom Produktionsprozeß auf die Entwicklung neuer Waffen ausgedehnt worden. Nach Saur kam der Anstoß dazu vom „Führer"[35]. Hitler glaubte, daß, so wie die Produktion vom Militär und der Bürokratie gehemmt und dann durch die Übertragung der Aufsicht an die Industrie verbessert worden sei, auch die Entwicklung dem gleichen System unterworfen werden könne. Das System, unter dem die Anforderungen des Heeres, der Marine und der Luftwaffe nach einem oft verlangten Produkt, z. B. Gewehrmunition, individuell erfüllt werden mußten, bedeutete eine Verschwendung von Produktionskapazität und Produktionszeit. Versuche, einen Kompromiß zu finden, führten oft lediglich zu mangelhaften Erzeugnissen. Erster Vorsitzender der „Panzerkommission", die einen unabhängigen Status ähnlich dem des Hauptausschusses für die Panzerproduktion hatte, war Professor Porsche[36]. Die Anforderungen der Wehrmacht sollten zunächst von den Entwicklungskommissionen ausgesiebt werden, die so viel Stan-

[31] Speer Report No. 52, S. 2.
[32] Speer Report No. 66, a. a. O., S. 3.
[33] Ebenda, S. 4.
[34] Ebenda, S. 4.
[35] FD 3049/49 (Folder No. 1), a. a. O., S. 4.
[36] Ebenda.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dardisierung wie möglich erreichen mußten, um die Zahl der verschiedenen Entwicklungsprojekte zu begrenzen. Gleichzeitig suchten sie allzu perfektionistischen Entwürfen entgegenzuwirken. Saur schätzte, daß, wenn eine 100prozentige Anstrengung nötig war, um eine bestimmte Anforderung zu 100% zu erfüllen, eine 30prozentige Anstrengung genügte, um jene Anforderung zu 90% zu erfüllen[37]. Keinen zwei Firmen sollte es künftig gestattet sein, sich gleichzeitig mit der Entwicklung des gleichen Panzers zu befassen. In den Entwicklungskommissionen sollten Vertreter der Wehrmacht, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute, Verwaltungsspezialisten und Experten der Industrie ihre Kenntnisse vereinen[38]. Auf diese Weise mußten die Wehrmachtstellen gezwungen sein, eine Form der Zusammenarbeit zu finden; kein Wehrmachtsteil sollte in Zukunft zum Beispiel seine eigene schwere Artillerie entwickeln und seinen eigenen Typ schwerer Granaten verlangen dürfen. Dieses Ausschuß-System erwies sich als eine wirksame Methode zur Steigerung der Produktionskapazität, und später sind unter Dr. Müller und Direktor Werners Hauptausschüsse für Waffen und für Lastkraftwagen geschaffen worden[39]. Der Erfolg der Panzerentwicklungskommissionen führte dann auch zur Ausdehnung des Systems der Entwicklungskommissionen auf Waffen und auf Munition[40].

Diese Reformen Todts zielten nicht darauf ab, die Kriegswirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen. Ihr Zweck bestand darin, den Produktionsfluß zu erleichtern und gleichzeitig die Kosten der Produktion zu senken. Auch hatten sie nicht in jedem Falle sofortigen Erfolg. Für die Wirtschaftsstellen, die von den Ausschüssen bei ihren Planungen berücksichtigt werden mußten, war die Kluft, die sie nun von den Industrien trennte, mit denen sie arbeiten sollten, schwierig zu überbrücken. Manche der Ausschüsse und der Entwicklungskommissionen waren besser als andere; einige der Entwicklungskommissionen mögen nie wirklichen Wert gehabt haben[41]. Aber Todt ertastete vorsichtig seinen Weg und wurde mit jedem Schritt sicherer. Er schuf, während er weiterging, ein leistungsfähigeres System, und er bereitete den Boden für den großen Wandel in der deutschen Wirtschaftsplanung, den Übergang vom Blitzkrieg zur Planung für einen langen Krieg.

Eine so einschneidende Veränderung konnte nur auf Grund einer Führerentscheidung erfolgen. Und Hitler hat offenbar erst im Dezember 1941 glauben können, daß die Herbstoffensive der deutschen Armee Moskau vielleicht nicht erreichen werde. Um eine exakte Geschichte des Dezembers 1941, das Januars und Februars 1942 schreiben zu können, jener Monate, die für die deutsche Wirtschaft und für Deutschlands Kriegführung, ja, für die Zukunft der Deutschen als Nation, so bedeutungsvoll waren, wäre ein Einblick in das Innere des „Führers" unbedingt erforderlich. Wir kennen aber nur die Entschlüsse Hitlers, nicht seine Gedanken. Bislang hatte sich Hitler allem Drängen der Militärs auf eine vollständige Umstel-

[37] Speer Report No. 27, Evaluation Report 163a, „Interrogation of Otto Saur".
[38] FD 3298/45, a. a. O.
[39] FD 3049/49 (Folder 1), a. a. O., S. 4.
[40] Ebenda.
[41] Speer Report No. 53. Intelligence Report EF/AM/16, „Examination of Dipl. Ing. Geist".

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung auf Kriegswirtschaft mit ihren drastischen Auswirkungen auf das Zivilleben widersetzt. Vielleicht hat er die Wirkung gefürchtet, die ernsthafte Beschränkungen der Konsumgüterproduktion auf die Popularität der Partei haben mußten. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten fanden ihren Weg in die Wirtschaftsübersichten, die von der Vierjahresplan-Organisation herausgegeben wurden, und sie zeigten an, daß bei solchen Maßnahmen behutsames Vorgehen geboten sei[42]. Ohne Zweifel ist an der Goebbelschen Konzeption des „totalen Krieges" stets von den Gauleitern Kritik geübt worden, die ja schon dem zwangsweisen Transfer von Maschinen und Arbeitskräften aus einer Fabrik in die andere widerstrebten. Die Serie kurzer Blitzkriege, geführt mit jener unschätzbaren Waffe, der Überraschung, hatte bis zum Herbst 1941 vollen Erfolg gehabt. Generale und Wirtschaftler waren immer von den Resultaten zum Schweigen gebracht worden; im Lichte der Ereignisse schien Hitler die richtige Strategie entwickelt zu haben. Die Niederlage vor Moskau und die der Heeresgruppe Süd, der die Rückeroberung Rostows durch die Russen folgte, haben jedoch die Situation jäh verändert.

Als der deutsche Vormarsch im russischen Schlamm steckenblieb und als sich zum ersten Male ernsthafte Materialverluste, die Produktion übersteigende Verluste fühlbar machten, ließen sich die Befürworter einer „Rüstung in der Tiefe" mit lauteren Stimmen vernehmen. Die Geschichte des Herbstes 1941 und des Winters 1941/42 ist die Geschichte einer Reihe entschlossener Anstrengungen, die Möglichkeiten der bestehenden Kriegswirtschaft bis zum letzten auszuschöpfen, und dem folgte dann jene plötzliche Revolution, mit der die ganze Wirtschaft auf eine andere Basis gestellt wurde. Die wichtigste Gestalt dieser Revolution ist, von Hitler abgesehen, nicht General Thomas, wie er es selber erwartet haben mochte, sondern Fritz Todt.

Im November 1941 fand im Wirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Generals v. Hanneken eine Konferenz statt, die ein neues System der vierteljährlichen Zuteilung von Eisen und sonstigen Metallrohstoffen in Gang setzen sollte. Eine Mehrheit der Anwesenden stellte fest, kein Versuch der Produktionssteigerung könne mehr Erfolg haben, es sei denn, es geschehe auf Kosten von Produktionseinschränkungen auf anderen Gebieten[43]. Einzige Lösung schien die Erweiterung der Basis der Kriegswirtschaft zu sein, jedoch ist die Frage dem „Führer" nie in dieser Form vorgelegt worden, ebensowenig der Beschluß jener Konferenz. Die allgemeine Stimmung folgte General Fromm, der meinte, daß es

„endlich bei Adolf Hitler zum Schwure kommen müsse."[44]

Und dem Gedanken eines direkten Vorschlags bei Hitler wurde aus dem Wege gegangen. Aber der Zwischenfall war symptomatisch für die Belastung, die von der Wirtschaft getragen werden mußte. Das Wirtschafts- und Rüstungsamt war nicht

[42] FD 3438/45, Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan, Berichte vom Berliner Polizeipräsidenten.

[43] FD 3049/49 (Folder No. 4), Kartei des Technischen Amtes – Gewaltaktionen, I. 2.

[44] Ebenda, I. 3.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr bereit, seine Auffassung energisch beim „Führer" zu vertreten, nur entsprechende Ereignisse in Rußland konnten Hitlers Willen ändern. Der Verlust Rostows und der Rückzug auf Kertsch waren solche Ereignisse.

Am 3. Dezember 1941 wurde die erste einer Reihe von Führerweisungen zur Rationalisierung erlassen, und zwar unter dem Titel: „Vereinfachung und Leistungssteigerung unserer Rüstungsproduktion"[45]. Die Weisung machte klar, daß die künftige militärische und wirtschaftliche Situation ein größeres Maß an Rationalisierung der Produktion und an Einschränkung der Konsumgüterproduktion erfordere, wenn die „Führerprogramme" realisiert werden sollten. Drei Methoden sind in der Weisung genannt, mit denen diese Rationalisierung erreicht werden könne. Erstens seien moderne Massenproduktionsverfahren in größerem Maßstab als bisher einzuführen; und das müsse natürlich auch vereinfachte Muster für die Ausrüstung und eine geringere Anzahl von Gesamtspezifizierungen mit sich bringen. Die Produktion solle in den Betrieben mit den besten und wirtschaftlichsten Arbeitsmethoden konzentriert werden[46]. Das Problem der allgemeinen militärischen Ausstattung hingegen, von der in Rußland sehr viel verlorengegangen war, müsse wohl durch den Bau neuer Fabriken gelöst werden. Bei der Produktion der allgemeinen Ausstattung sei ein einfacher, brauchbarer und leicht herstellbarer Standardartikel einer Vielzahl hochwertiger Artikel vorzuziehen, die, wenn sie überhaupt in die Produktion gingen, nur einander Konkurrenz machten. Die ganze Frage der Standardisierung der „allgemeinen Wehrmachtsgeräte" war bis dahin vernachlässigt worden. Die Weisung legte nun fest, welche Eigenschaften als wesentlich gelten müßten und welche als überflüssig anzusehen seien. Der Minister für Bewaffnung und Munition und der Chef des OKW sollten bei der Ausführung der Weisung zusammenarbeiten.

Jedoch verlangte dieser Führerbefehl noch nicht die Wendung zu einer totalen Kriegswirtschaft. Hitler versuchte anscheinend noch immer eine Lösung zu finden, mit der eine nur modifizierte und teilweise rationalisierte Blitzkriegswirtschaft beibehalten werden konnte. Erst Ende Dezember und Anfang Januar erlitten die deutschen Truppen ihre ersten größeren Niederlagen, und erst dieses Debakel wurde, zusammen mit dem Kriegseintritt Amerikas, zum Anlaß einer Änderung der deutschen Strategie. Während des ganzen Dezembers aber entwickelten sich die Dinge ohne besondere Eile. Todt verstand den Führerbefehl vom 3. Dezember gleichzeitig als eine Billigung seiner Methoden. Er erließ am 22. Dezember eine Reihe von Durchführungsverordnungen, die das Ausschußsystem auf das Feld der „allgemeinen Wehrmachtsgeräte" ausdehnte[47]. Die bereits existierenden Ausschüsse, die zur Lösung praktischer Probleme entwickelt worden waren und oft sehr gegensätzliche Standpunkte vertraten, wurden jetzt zu einem einheitlichen System zusammengefaßt.

[45] FD 1434/46, No. 170, OKW/Wi.Rü.Amt. „Umstellung der Rüstung", S. 15; FD 3049/49 (Folder No. 4), Ministerium Todt, Gewaltaktionen, I. 3.

[46] FD 1434/46, No. 170, a. a. O., S. 15ff.

[47] FD 3049/49 (Folder No. 1), a. a. O., S. 8; FD 3049/49 (Folder No. 4), a. a. O., I. 5.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neben dem Gebäude des Ministeriums für Bewaffnung und Munition im Tiergarten entstand ein kleines Bürohaus, in dem die Besprechungen der Ausschußvorsitzenden mit den Vertretern der Ministerien stattfinden konnten, die dadurch in engere Verbindung zu den Ausschüssen traten[48]. Hier war also das neue zentrale Hauptquartier der deutschen industriellen Wirtschaft. Dem Gebäude angeschlossen war ein Erprobungsraum für neues Gerät. Von diesem Gebäude aus konnte nun eine zentrale Kontrolle über die Ausführung von Führerbefehlen – soweit sie die Armee betrafen – ausgeübt werden.

Letzten Endes hing Todt fast in gleicher Weise wie das Wirtschafts- und Rüstungsamt von Keitel ab. Das Ministerium für Bewaffnung und Munition war ein Ministerium der Armee; die Dienststellen, mit denen Todt vor allem zu tun hatte, unterstanden Keitel. Selbst im Dezember 1941 war Todt noch weit davon entfernt, die Oberleitung wenigstens der Produktion für die Armee in Händen zu halten. Aber anders als das Wirtschafts- und Rüstungsamt war er nicht durch die Ereignisse diskreditiert worden; auch hatte er nicht unter Hitlers kräftig entwickeltem Mißtrauen gegen alles Militärische zu leiden. Er war überzeugter Nationalsozialist, und seine persönliche Stellung beim „Führer" war wesentlich stärker als die General Thomas'. Irgendwann zwischen dem 3. Dezember 1941 und dem 10. Januar 1942 kam Hitler zu dem Schluß, daß das bisherige Ausmaß der kriegerischen Kraftentfaltung ungenügend sei. Vielleicht lag der Zeitpunkt, zu dem er schließlich von der Notwendigkeit eines vollständigen Wandels überzeugt war, sogar noch später; man kann die Auffassung vertreten, daß der „Führer" die wahre Bedeutung des „Führerbefehls" vom 10. Januar über die „Rüstung 1942" gar nicht erkannt hat, ehe nicht der Versuch gemacht wurde, die Weisung durchzuführen. Wahrscheinlicher ist aber, daß Hitler, wie nur natürlich, zögerte, eine Strategie aufzugeben, die er selber ausgearbeitet und gegen starke Widerstände beibehalten hatte, daß er seinen Entschluß, die Wirtschaft für einen langen Krieg zu organisieren, langsam und widerwillig faßte.

Der „Führer" hatte von den amerikanischen Streitkräften keine hohe Meinung. Seine Meinung auf den Kriegseintritt Amerikas war die „Vortragsnotiz" vom 13. Dezember, welche die Einberufungsquote und folglich den Ausrüstungsbedarf der Armee erhöhte[49]. Jedoch wurde nichts angeordnet, um die erforderliche höhere Produktion möglich zu machen, obwohl sich Deutschland jetzt der vereinten Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten, der UdSSR und Großbritanniens gegenübersah. Weitere 508 000 Männer sollten nun einberufen werden, davon 330 000 zur Armee[50]. Das Wi.Rü.Amt arbeitete ein Memorandum aus, das es dem „Führer" am 23. Dezember vorlegte[51]. In seiner Analyse der neuen Situation wies das Memorandum warnend darauf hin, daß die Qualität der Arbeitskräfte völlig ungenügend sein würde, wenn jetzt auf Grund jener Verordnung Facharbeiter zur

[48] FD 3049/49 (Folder No. 4), a. a. O., I. 3.
[49] FD 1434/46, No. 170, a. a. O., S. 32ff.
[50] Ebenda, S. 33.
[51] Ebenda, S. 34ff.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wehrmacht eingezogen werden sollten, Arbeiter, die durch die große Zahl russischer Gefangener nicht angemessen ersetzt werden könnten. Die Produktion für die Luftwaffe sei mit den geringen Mengen der zur Verfügung stehenden Rohstoffe nicht aufrechtzuerhalten; die „Göring-Programme" seien in der gegenwärtigen Lage undurchführbar. Ebensowenig könne der „Krauchplan" für Munition realisiert werden. Und wenn die vorgesehenen neuen Zahlen für U-Boote erreicht werden sollten, so würde das eine drastische Beschränkung aller übrigen Marinebauten bedeuten.

> „Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß kleine Mittel nicht mehr ausreichen, um den Erfordernissen der nunmehrigen Lage gerecht zu werden. Neue einschneidende Weisungen sind daher notwendig, die klar die Aufgabe der Rüstung für das Jahr 1942 herausstellen."[52]

Das Memorandum schloß mit einem Appell an den „Führer", die politische Sanktion für eine Kriegführung auf breiterer Basis zu geben.

Diesem unwillkommenen Weihnachtsgeschenk für Hitler folgte am 3. Januar 1942 ein ähnliches Memorandum, in dem das Absinken der Munitionsproduktion im Herbst 1941 mit dem erheblichen Ansteigen der Verluste kontrastiert wurde[53]. Es sei unmöglich, weiterhin die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte zu erhöhen, ohne gleichzeitig die Rohstofflieferungen sicherzustellen, von denen solche Erhöhungen abhingen. Jene Teile der Wirtschaft, die noch immer in friedensmäßigem Stile arbeiteten, müßten einer strengen Überprüfung unterzogen werden. Diese Dokumente unterschieden sich nicht sehr von den Warnungen, die Thomas seit Beginn des Krieges geäußert hatte. Sie können Hitler beeinflußt haben, aber es ist unwahrscheinlich, daß sie eine größere Rolle spielten.

Der „Führerbefehl" über die „Rüstung 1942" ist am 10. Januar 1942 erlassen worden[54]. Er bezweckte eine Verbesserung der Ausrüstung aller drei Wehrmachtteile gleichzeitig, eine Situation, die Hitler bislang stets hatte vermeiden können. Für die Armee wurden mehr mechanisierte Truppen, mehr Panzer, schwere panzerbrechende Waffen und Munition befohlen. Für die Marine wurde eine Vermehrung der U-Boote vorgesehen, um der neuen Lage in der Schlacht im Atlantik zu begegnen. Die Luftwaffe brauchte mehr Flugzeuge und mehr Flakgeschütze. Überdies sollte die industrielle Basis der Kriegswirtschaft erweitert werden. Die Produktion von Gummiersatz, Metallegierungen und Mineralöl sollte steigen. Um all dies zu ermöglichen, mußte notwendigerweise die Maschinenindustrie vergrößert werden. Wie sollte das alles erreicht werden?

Nun begannen hektische vierzehn Tage administrativer Manöver, in denen das Wi.Rü.Amt seine letzte Anstrengung um die Kontrolle der deutschen Kriegswirtschaft unternahm. Am 15. Januar teilte General v. Hanneken dem „Führungsstab der Wirtschaft" mit, daß der zivile Sektor der Wirtschaft jetzt nicht mehr bestehen bleiben könne; die gesamte Produktionskapazität werde jetzt auf den Bedarf der

---

[52] Ebenda, S. 34.
[53] Ebenda, S. 36.
[54] PD 3049/49 (Folder No. 1), a. a. O., S. 3.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wehrmacht konzentriert. Der „Blitzkrieg" war vorbei: „... für die Wirtschaft handelt es sich in erster Linie darum, sich klar auf eine lange Kriegsdauer einzustellen"[55].

Von Todt erhielt Hitler im wesentlichen die gleichen wirtschaftlichen Ratschläge, die er vom Wi.Rü.Amt bekam[56]. Die Serie der Konferenzen vom 10. bis 21. Januar galt ebensosehr der Frage, wer die deutsche Kriegswirtschaft kontrollieren würde, wie dem Problem, welcher Art diese Kontrolle sein müsse.

Am 20./21. Januar sprach Thomas vor einer Versammlung der Rüstungsinspekteure in Berlin, wobei er sie über die veränderte Situation informierte. In seiner Einführungsrede begrüßte er den bevorstehenden Beginn der totalen Kriegswirtschaft und wies darauf hin, daß er diese Lage schon im November 1939 vorhergesehen habe[57]. Die Notizen über die Versammlung zeigen, wie weitreichend die Veränderungen sein sollten. Hitler sah sich nun der Notwendigkeit gegenüber, eine Reihe von Neuerungen einzuführen, die von der Wehrmacht und vom Ministerium für Bewaffnung und Munition vorgeschlagen worden waren. Eine Ausdehnung der Kriegswirtschaft war nur möglich, wenn diese Reformen verwirklicht werden konnten. Bevor er der Armee so viel Macht überließ, stützte sich Hitler hierbei lieber auf seinen zivilen Minister.

Todt war bereits mit Versuchen befaßt gewesen, das wichtigste Element der neuen Reformen, den „Festpreis", einzuführen. Das Wi.Rü.Amt hatte sich schon seit langem für eine solche Maßnahme eingesetzt[58]. Aber Todt hatte die besseren Möglichkeiten. Bis zum Dezember hatte er in bestimmten Bereichen der Wirtschaft jenes Element in der Tat eingeführt[59]. Das mit „Festpreisen" arbeitende Zahlungssystem bei Rüstungsaufträgen löste ein System ab, das zwei Kriegsjahre überlebt hatte, nämlich die „Leitsätze für die Selbstkostenabrechnung bei öffentlichen Aufträgen" (LSÖ). Unter diesem System wurden, nach der Erfüllung des Auftrages, die gesamten Fertigungskosten plus einem Profit von 3 bis 6 Prozent der Kosten von der auftraggebenden Dienststelle bezahlt. Es liegt auf der Hand, daß unter einem solchen System kein Rüstungsfabrikant daran interessiert sein konnte, die Produktionskosten zu senken; je teurer er den Auftrag werden ließ, desto größer sein Gewinn. Dieses kostspielige und unzulängliche System der direkten Bindung des Gewinns an die Fertigungskosten wollte Todt durch ein System von Festpreisen ersetzen, unter dem die Auftragsfirma die Wahl zwischen drei Preiskategorien haben sollte. Wählte er die niedrigste, so würde er keine Steuern zu zahlen haben; bei der zweiten Kategorie war die Steuer nicht erlassen; die dritte Kategorie konnte nur dann gewählt werden, wenn überzeugende Beweise erbracht wurden, daß große

[55] FD 1434/46, N. 170, OKW/Wi.Rü.Amt, a. a. O., S. 42.

[56] Ebenda, S. 49.

[57] FD 5444/45, Vortrag des Amtschefs Wi.Rü.Amts im OKW gelegentlich der Besprechung der Rüstungs-Inspekteure usw.

[58] FD 1434/46, No. 170, OKW/Wi.Rü.Amt, a. a. O., S. 52.

[59] Speer Report No. 90. Intelligence Report No. EF/AM/56, Part 1; „General Appreciation of the Rationalisation of the German Armaments Industry", K. O. Saur, S. 5f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geographische oder Transportschwierigkeiten bzw. schwere Belastungen durch Hypotheken oder Anleihen gegeben waren. Die Bemühungen um einen Festpreis gingen auch in den Vereinigten Staaten nicht ohne Kampf ab. In Deutschland war dieser Kampf noch härter, vor allem mit der Organisation des Vierjahresplans[60]. Der Festpreis war aber nicht, wie behauptet wird, das Werk Albert Speers, vielmehr ist er schon im Winter 1941/42 weithin eingeführt gewesen[61]. Die Ausdehnung des Systems auf alle Produktionsformen, die als Rüstungsproduktion gelten konnten, gehörte zu den Maßnahmen, die Todt im Februar Hitler unterbreitete. Saur, der ein sehr zuverlässiger Zeuge ist, behauptet, Todt habe den Festpreis unmittelbar nach seiner Amtsübernahme einführen wollen, doch sei nichts zu machen gewesen, solange Göring den Durchführungsbefehl nicht unterschrieben hatte; dafür gibt es aber keine Bestätigung[62].

Ein weiterer Fortschritt in der Rationalisierungstechnik ergab sich aus dem Ausschüssesystem. Ursprünglich diente das System dem Zweck, den übrigen Herstellern das Niveau des besten Unternehmens aufzuzwingen. Oft mußte aber konstatiert werden, daß in der am wirtschaftlichsten arbeitenden und bestorganisierten Fabrik eine bestimmte Phase im Produktionsprozeß den Anforderungen weit weniger entsprach als in einem Werk, dessen Kosten für das fertige Produkt höher lagen. Bis zum Herbst 1941 war klargeworden, daß es notwendig sei, den gesamten Produktionsprozeß auf der Ausschußebene in seine Bestandteile zu zerlegen und jede einzelne Produktionsphase zu vergleichen und zu überprüfen[63].

Der „Festpreis" und die Einrichtung des Ausschußsystems waren zwar die beiden wichtigsten Neuerungen auf wirtschaftlichem Gebiet, die Todt erreichte, aber keineswegs die einzigen. Wahrscheinlich hat von allen Maßnahmen, die zur Schaffung einer leistungsfähigen Kriegswirtschaft notwendig waren, die Durchsetzung des Prinzips der Festpreise die größte Bedeutung gehabt. Doch wandte sich Todt auch anderen Aspekten zu, deren entscheidender wohl ein ausreichend zentralisiertes Amt war, das dem neuen autonomen Regime in der Rüstungsindustrie die nötigen Impulse geben würde. Die gewünschte Leistungsfähigkeit hieß, daß die Produktion auf weit weniger Fabriken als bisher begrenzt werden mußte; man konnte es sich nicht leisten, daß Ausrüstungsteile während des Fertigungsprozesses im Lande hin und her reisten. Dieses Problem war hinsichtlich der Zulieferung von Einzelteilen besonders schwierig zu lösen. Die meisten Einzelteile für Waffen und Geräte wurden in kleinen Fabriken hergestellt, die in großer Zahl über das Reich verstreut waren; sie entzogen sich praktisch jeder ausreichenden Kontrolle selbst durch das neue Ausschußsystem. Zugleich war ein größeres Maß an Zentralisierung erforderlich, um die zivile Produktion unter Kontrolle zu halten. Auf diese Zentralisierung in seinen eigenen Händen zielte Todt ab, und sie sollte Speer, noch ehe das Frühjahr vorüber war, weitgehend erreichen. Ende Januar legte Todt seine Em-

[60] Ebenda, S. 4.
[61] Ebenda, S. 4. FD 3049/49 (Folder No. 4), a. a. O., VII, 4f.
[62] Speer Report No. 90. Intelligence Report EF/AM/56, Part 1, S. 3.
[63] Ebenda, S. 5f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pfehlungen Hitler vor[64]. Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Vollmachten, die Speer in den ersten Tagen nach seiner Ernennung von Hitler erreicht haben will, ihm tatsächlich einfach als dem Nachfolger Todts übertragen wurden; viele hatte dieser bereits durchgesetzt, andere war er gerade im Begriffe durchzusetzen.

Es war Todt, der die Einführung der „Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit der Deutschen Industrie" bewirkt hatte, und es war Todt, der für die Einführung des Prinzips der „Festpreise" in die deutsche Kriegswirtschaft verantwortlich zeichnete. Viele Leistungen, die Speer gutgeschrieben wurden, gehen auf Todt zurück. So ist die erhebliche Steigerung der Munitionsproduktion, die mit Speers Amtsübernahme begann, in Wahrheit ein Ergebnis der zuvor von Todt eingeleiteten Reformen gewesen. Albert Speer konnte dies kaum vermocht haben; es dauerte doch etwas länger, bis die Früchte seiner Tätigkeit reiften. Der „Strategic Bombing Survey" kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß die allgemeine Zunahme der Rüstungsproduktion zwischen Februar und Juli 1942 (um 55 Prozent) „weitgehend das Resultat früherer Pläne oder einfach der veränderten Einstellung zum Krieg gewesen sein muß"[65]. Walter Rohland berichtete, als er von den Alliierten vernommen wurde, daß „Dr. Todt bereits die Notwendigkeit der Zentralisierung aller direkt oder indirekt für die Kriegsproduktion erforderlichen Industriezweige erkannt und den Weg dafür durch Diskussionen mit Hitler gebahnt hatte. Die tatsächlichen Entscheidungen zur Schaffung einer Art Kriegsministerium unter der Leitung von Dr. Todt sind kurz vor seinem Tode getroffen worden."[66]

Am 6. Februar 1942 präsidierte Todt der ersten Sitzung aller Ausschußvorsitzenden im neuen Hauptquartier[67]. Zum ersten Male fand eine Versammlung solch direkt mit der Produktion befaßter Persönlichkeiten in einem zentralen Ministerium statt. Offensichtlich hatte das Ministerium für Bewaffnung und Munition einen erheblich weiteren Verantwortungsbereich übernommen. In der Sitzung wurden die vorzunehmenden Veränderungen in der Verwaltung erörtert und Ansichten darüber geäußert, wie weitere Produktionssteigerungen erreicht werden könnten. Saur berichtet, daß als Ergebnis dieser Besprechung Vorbereitungen und detaillierte Arbeiten endlich Anerkennung fanden, die sich zum Teil schon über Jahre hingezogen hatten, und wie „die längst überlebte bürokratische" militärische Verwaltung einen sichtbaren Zusammenbruch ihres Prestiges erlitt[68]. Sie hatte in der Tat einen solchen Zusammenbruch erlitten. Als Speer das Amt übernahm, war er in der Lage, die ganze Struktur des wirtschaftlichen Generalstabes der Armee ohne größere Schwierigkeiten zu ändern. Um die Proteste der Partei nicht zu heftig werden zu lassen und ohne Zweifel als Zeichen der größeren Machtbefugnisse, die sein Ministerium nun besaß, beschloß Todt eine weitere Reformmaßnahme, nämlich die

[64] FD 3049/49 (Folder No. 4), a. a. O., I. 3.
[65] U.S.S.B.S., The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, S. 7.
[66] Speer Report No. 66, Intelligence Report No. EF/AM/33, a. a. O., S. 5.
[67] FD 3049/49 (Folder No. 4), a. a. O., I. 3.
[68] Ebenda, S. 3.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herausgabe eines monatlichen Bulletins an die Gauleiter[69]. In diesem Bulletin sollten die der zivilen Produktion auferlegten strengen Beschränkungen erklärt und gerechtfertigt werden. Als Albert Speer das erste dieser Bulletins herausgab, publizierte er in Wirklichkeit nur das erste Bulletin, das Todt noch selber geschrieben hatte.

Todt hatte bis zum Februar 1942 ein erhebliches Maß an Zentralisierung in der deutschen Kriegswirtschaft erreicht. Er gehörte zu den Männern der Stunde in der Parteihierarchie. Große Veränderungen waren im Gange, und höchstwahrscheinlich mußte Todt von ihnen profitieren. Die erste große Expansionsperiode der deutschen Kriegswirtschaft stand vor ihrem Beginn, und Todt war zu ihrer Zentralfigur geworden. Das erste Treffen der Männer des neuen Kurses hatte am 6. Februar in dem neuen Berliner Gebäude unter Todt stattgefunden[70]. Zwei Tage nach diesem Treffen kam er bei einem Flugzeugabsturz an der Ostfront ums Leben.

[69] FD 1434/46, No. 167, Reichsminister Speer – An alle Gauleiter, 18. 2. 1942, S. 1.
[70] FD 3049/49 (Folder No. 4), a. a. O., I. 3.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

ANTHONY S. KAWCZYNSKI

UNTERNEHMEN „N" – DEUTSCHSPRACHIGE PROPAGANDA DER POLNISCHEN UNTERGRUNDPRESSE 1941–1944

Am Anfang war, wie es heißt, das Wort, und es hat uns alle diese Jahre treulich begleitet. Die Angelegenheiten des menschlichen Daseins gründen sich auf das Wort, unsere persönlichen Krisen entstehen aus Worten und werden durch Worte wieder beigelegt. Und die neuere psychologische und informations-theoretische Forschung glaubt uns erklären zu können, wie und warum unsere Gedankenwelt, unsere Überzeugungen und unsere Vorurteile davon abhängen, welche Sprache wir sprechen, was für einen Wortschatz wir beherrschen, welchen semantischen Begriffen und grammatischen Anwendungsvorschriften, welchem ‚Programm' unsere Denkvorgänge untergeordnet sind. Was wir als unsere ureigenste Persönlichkeit ansehen, kann gehandhabt, manipuliert, beeinflußt werden. Staatsmänner, Soldaten, Caesaren und Abenteurer wußten dies natürlich schon seit langem. ‚Propaganda' ist ein ziemlich altes, obgleich nicht mehr ganz salonfähiges Wort dafür.

Das Wort „Propaganda" assoziiert Lautes und Oberflächliches, ja es scheint sogar einen heiteren Klang zu haben. Niemand würde ja zugeben, daß er Propaganda wirklich ernst nehme. Leider ist aber der Krieg eine ernste Sache. Und wenn Propaganda von vorläufig Besiegten dazu benutzt wird, die Moral des vorläufigen Siegers zu untergraben, dann wird das heitere Spiel zu tödlichem Ernst. Und wenn sie sich außerdem der Sprache des Gegners bedient, um ihn zu täuschen, dann mag sie um so gefährlicher erscheinen, sie mag ferner – im Rückblick – nicht nur das Interesse des Historikers, sondern vielleicht auch das des Philologen erwecken.

Deshalb soll im Folgenden von einer Episode des letzten Weltkrieges die Rede sein, über die meines Wissens bisher noch nirgends Einzelheiten berichtet worden sind[1], die es aber vielleicht verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden, ehe diejenigen, die daran teilgenommen haben – und der Verfasser dieser Zeilen ist einer von ihnen – nicht mehr sprechen können.

Als im September 1939 die deutschen Kriegshaufen im abergläubischen Schmuck ihrer Hakenkreuze und SS-Runen die Nachbarrepublik Polen überrannten, began-

[1] Es ist dem im Ausland lebenden Verfasser inzwischen bekannt geworden, daß die Warschauer Zeitschrift *Najnowsze dzieje Polski* einen längeren Aufsatz über das Unternehmen „N" veröffentlicht hat. Er hat aber bisher dieses Heftes nicht habhaft werden können. Einzelne Episoden aus der Tätigkeit des Unternehmens „N" beschreibt der frühere Kommandeur der polnischen Heimatarmee (AK), General Bor-Komorowski, in *Armia Podziemna*, London 1951, S. 84, 119, 174ff. Die Wirkung und Bedeutung des Unternehmens „N" behandelt auch in Kürze das Sammelwerk *Polskie Siły Zbrojne*, London 1950, S. 512ff. Ein zeitgenössischer offizieller Bericht an die damalige polnische Exilregierung existiert im Deposit of General Bor-Komorowski, Part 4 A, Report No. 3750, Hoover Institution for Peace, War and Revolution, Stanford University, USA.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen die Polen sofort, ihr eigenes Staatswesen unterirdisch, unsichtbar für den Feind, wieder aufzubauen. Eine zivile Verwaltung, ein Gerichtswesen, eine Armee, ja sogar ein Schulwesen entstanden mit allen möglichen Verästelungen, geführt von einem unterirdischen Parlament, in dem alle politischen Schattierungen vertreten waren, und einer Regierung, an deren Spitze ein von der gesetzmäßigen polnischen Exilregierung in London bevollmächtigter Vertreter im Ministerialrang (sogen. „delegate") stand. Die Mitglieder dieser Bewegung zählten bald nach Hunderttausenden. Eine vielgestaltige „unterirdische" Presse drückte die Meinungen von der radikalen Linken bis zur ebenso extremen Rechten aus. Die auf eine Übervorteilung der polnischen Bevölkerung zugeschnittene deutsche Besatzungsverwaltung wurde, wo immer möglich, auf Schritt und Tritt sabotiert oder auch verächtlich ignoriert.

Den Führern der Bewegung wurde es bald klar, welchen unabschätzbaren Vorteil es haben würde, wenn es gelänge, die zahlreichen deutschen Männer und Frauen direkt anzusprechen, die jetzt als Soldaten, Beamte, Geschäftsleute oder mehr oder weniger freiwillige Umsiedler mit ihren Familien in Massen nach Polen hineinströmten. Man könnte ihnen nicht nur den polnischen Standpunkt klarmachen, sondern auch solche Nachrichten vom Weltgeschehen übermitteln, die ihnen von den eigenen Behörden vorenthalten wurden. Schon 1940 erhielten deutsche Familien hin und wieder Flugschriften dieser Art durch die Post, oder sie fanden sie in Hauseingängen oder Treppenfluren, unter den Tischen in Kaffeehäusern, oder zwischen den Seiten deutscher Zeitschriften. Während anfangs diese Schriften vielfach von Privatpersonen aus eigener Initiative geschrieben und auf gewöhnlichen Büromaschinen vervielfältigt waren, ging man mit einer fortschreitenden Organisation des ‚Untergrundes' bald zu einer systematischeren Aktion über. Die zuständige Amtsstelle war die Abteilung VI des Stabes des Kommandeurs der Streitkräfte der Widerstandsbewegung[2], nämlich das Büro für Information und Propaganda, in der Untergrundsprache kurz „Bip" genannt. Es wurden bald zwei Zeitschriften mehr oder weniger systematisch herausgegeben, nämlich die Monatsschrift „Die Ostwache", die an die Beamten der deutschen Verwaltung im sogenannten Generalgouvernement gerichtet war, und eine Wochenschrift „Die Zukunft – Przyszlosc", die zweisprachig, deutsch und polnisch, erschien, da sie sich in erster Linie an die Adresse der „Volksdeutschen" wandte, die freiwillig, aber oft auch unter Zwang, in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen wurden, obgleich sie manchmal der deutschen Sprache kaum mächtig waren.

Mit den deutschen militärischen Erfolgen der ersten Kriegsjahre verschärfte sich der gegen die polnische Bevölkerung gerichtete Terror, da sich die nationalsozialistischen Machthaber vollständig sicher fühlten und keine Bedenken hatten, jemals

[2] Unter Widerstandsbewegung ist hier nur die legitime und mit der polnischen Exilregierung in London aufs engste verbundene Bewegung gemeint, deren bewaffneter Arm die Heimatarmee, d. h. Armia Krajowa oder AK, war. Vergleichsweise war die Tätigkeit und Wirkung einiger selbständiger rechts- oder links-radikaler Gruppen, wie z. B. der kommunistischen Organisationen, ziemlich unbedeutend.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dennoch konnte man aber in den Reihen der Wehrmacht im Generalgouvernement vielfach Besorgnis und Unbehagen, ja eine gewisse Verlegenheit bemerken, die auf ein schlechtes Gewissen schließen ließen. Auf polnischer Seite beschloß man, diese „schwache Stelle" auszunutzen, ja, sie womöglich zu verbreitern, indem man die Soldaten glauben machte, daß Unzufriedenheit und Mißbehagen in ihren Reihen viel weiter reichten, als es in Wirklichkeit der Fall war. Zu diesem Zweck wurde im Rahmen der Abteilung VI eine besondere Unterabteilung geschaffen, die – nach dem Anfangsbuchstaben des Wortes Niemiec (Deutscher) – den Decknamen „N" erhielt.

Diese Aktion wuchs sich in den Jahren 1941 bis 1944 zu einem, nach „unterirdischen" Maßstäben gemessen, ziemlich bedeutenden Unternehmen aus, in welchem ungefähr 400 Personen[3] tätig waren und das über vier „unterirdische" Druckereien verfügte. Die Druckereien bestanden zwar gewöhnlich nur aus ein paar Buchstabenkästen und einer Buchdruckpresse, sie benutzten aber die verschiedensten Buchstabensätze (einschließlich Fraktur), Formate und Papierarten. So schien es, als ob die Drucksachen aus zahlreichen verschiedenen Quellen stammten, so daß ihre Herkunft schwerer identifiziert werden konnte. Schließlich gelang es auch, sich der Dienste einer kleinen photochemischen Werkstatt zu versichern, die Platten für Bilderdruck herzustellen vermochte.

Man kam überein, daß es Aufgabe des Unternehmens „N" sein solle, Zeitschriften, Flugblätter und andere Drucksachen zu verfertigen, die den Anschein erwecken sollten, als würden sie von Deutschen in einer deutschen „Widerstandsbewegung" geschrieben, gedruckt und kolportiert. Alle Sparten einer möglichen politischen Opposition sollten in diesem fingierten deutschen „Untergrund" vertreten sein. Bisher hatte man, zum Beispiel bei der Zeitschrift „Die Zukunft", der sprachlichen Richtigkeit keine übergroße Bedeutung beigemessen: die Aufsätze waren von Polen geschrieben und dann von anderen Polen, die die deutsche Sprache mehr oder weniger beherrschten, übersetzt worden. Ein paar grammatische Fehler oder die eine oder andere idiomatisch nicht ganz korrekte Redewendung spielte dabei keine Rolle, da ja die Drucke klar als von der polnischen Bewegung kommend charakterisiert waren. Im Unternehmen „N" aber war eine idiomatisch einwandfreie Schreibweise von ausschlaggebender Bedeutung. Da man damit rechnen konnte, daß die deutschen Sicherheitsbehörden bald Lunte riechen würden, wurden außerdem alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um eine Entdeckung zu verhindern. Das Unternehmen „N" wurde in Unterabteilungen aufgeteilt, die nicht nur von den übrigen Büros und Diensten der Widerstandsbewegung, sondern auch untereinander streng abgesondert wurden.

Es würde zu weit führen, die verschiedenen Publikationen des Unternehmens „N" historisch und in zeitlicher Reihenfolge zu besprechen. Stattdessen sei es mir erlaubt, die wichtigsten dieser Drucke hier in Kürze zu beschreiben und ihre beab-

[3] Diese Zahl umfaßt Schriftleiter, Kontaktpersonen, Druckereibelegschaften, wie auch Organisationen, die sich mit der Kolportage befaßten. Vgl. auch Bor-Komorowski, a. a. O., S. 175.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtigte und tatsächlich erzielte Wirkung, soweit sie beobachtet werden konnte, anzudeuten.

Die erste ziemlich regelmäßig erscheinende Zeitschrift war „Der Soldat", im Oktavformat gedruckt und gewöhnlich 2 bis 4 Seiten stark. Der Inhalt war in einem bürgerlich-liberalen Ton gehalten. Während „Der Soldat" verschiedene deutsche Kriegsziele, wie z. B. die Annexion großer Teile Polens, guthieß, wurde Hitlers Kriegsführung scharf kritisiert, wurden die Verbrechen der SS angeprangert und ein Umsturz der Nazidiktatur und die Wiederherstellung parlamentarischer Sitten als eine unabänderliche Notwendigkeit hingestellt. Neben dieser Zeitschrift wurde binnen kurzem eine zweite Soldatenzeitung unter dem Titel „Der Frontkämpfer" herausgebracht, die konsequent kommunistische Ansichten vertrat[4]. Sie begann ihre erste Ausgabe mit einem leidenschaftlichen Angriff auf „Den Soldaten" und bezichtigte ihn reaktionärer und imperialistischer Überzeugungen. Von nun an beschimpften „Der Soldat" und „Der Frontkämpfer" einander oft in ihren Artikeln, wobei jedoch beide Blätter die Hoffnungslosigkeit der Lage und die Verantwortlichkeit Hitlers und seiner Kohorten für die Sinnlosigkeit des Angriffkrieges von allen Seiten beleuchteten. Beide Zeitschriften wurden fast ohne Unterbrechung von 1941 bis 1944 herausgegeben. Natürlich kam es von Zeit zu Zeit vor, daß aus technischen oder Sicherheitsgründen die eine oder die andere Nummer einer Wochen- oder sogar einer Monatsschrift nicht pünktlich erschien. In solchen Fällen wurde die fehlende Nummer einfach übergangen.

Während die beiden genannten Blätter in erster Linie an die im Osten stationierten deutschen Truppen gerichtet waren, wandte sich eine im Spätsommer 1941 begonnene Zeitschrift – „Der Hammer", später „Der Durchbruch" genannt – an die deutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement. Diese Zeitschrift war von einem christlich-sozialen Standpunkt aus geschrieben und angeblich von einer Gruppe von Unzufriedenen in der Beamtenschaft herausgegeben. Sie befürwortete ein schnelles Kriegsende ohne Annexionen, sowie eine sofortige Verständigung mit den Westmächten. Diese sorgfältig redigierte, gemäßigte Zeitschrift wurde von den Deutschen, die sie in die Hände bekamen, mit großem Interesse gelesen, wie man aus verschiedenen Berichten und Beobachtungen schließen konnte. Als es dann durch die erwähnte Beschaffung einer photochemischen Werkstatt gelang, Platten für Dreifarbendruck herzustellen, beschloß man, diese Reihe von regelmäßig erscheinenden Drucken noch durch eine satirische Monatsschrift zu ergänzen. So wurde „Der Klabautermann" geboren. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich noch der Ausschußsitzung, auf der er diesen Namen vorschlug, der keinem der Anwesenden überhaupt bekannt war. Aber ich hatte wohl als kleiner Junge nicht umsonst die Störtebecker-Schmöker verschlungen. Habent sua fata . . .

Wie gesagt, es wurde alles getan, um eine sprachliche Beanstandung des Textes

[4] So wurden z. B. die Tapferkeit und Vaterlandsliebe der Russen, die Schlagkraft der Roten Armee usw. und, nach Stalingrad, die Tätigkeit Generalfeldmarschall Paulus' und seines Komitees weitgehendst ausgenutzt. Soziale oder weltanschauliche Fragen wurden natürlich nicht berührt.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und seines deutschen Ursprungs durch einen, sei es noch so kritischen und argwöhnischen Leser auszuschließen. Der Schreiber dieser Zeilen war mit der Überwachung aller „N"-Veröffentlichungen in dieser Hinsicht betraut worden, und alles Material mußte zweimal über seinen Schreibtisch wandern, zuerst als Manuskript und ein zweitesmal in der Form von Korrekturfahnen.

Die Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeitsplätzen, den Druckereien, den Versammlungsorten, den Wohnungen der verschiedenen Redaktionsmitglieder usw. wurde von jungen Frauen und Mädchen aufrechterhalten, welche die Hauptstadt täglich kreuz und quer durcheilten. Ihre unschuldig aussehenden Handtaschen waren voll von Papieren, die im Falle einer Entdeckung belastender gewesen wären, als wenn sie Handgranaten herumgeschleppt hätten. Um die Auswirkung eines unvorhergesehenen ‚Reinfalls' möglichst einzuschränken, waren auf jeder Verbindungslinie mindestens zwei Mädchen eingesetzt, die sich an vorherbestimmten und immer wechselnden Plätzen trafen, ihre „Waren" unauffällig austauschten und im Gedränge verschwanden, während jedes von ihnen nur einen der Endpunkte ihres Kontaktes kannte. Es erübrigt sich zu sagen, daß sich auch die Mitglieder der Organisation nur unter angenommenen Decknamen kannten, und daß manchmal umfangreiche Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, um ihre Identität zu verschleiern.

Redaktionelles Material war im Überfluß vorhanden. Der Londoner Rundfunk wurde durch eine besondere Zelle der Abteilung VI täglich aufs sorgfältigste abgehört; Lageberichte und besondere Mitteilungen kamen von anderen Stellen. Sogar Ausgaben wichtiger westlicher Zeitschriften, die irgendwie nach Polen hineingeschmuggelt oder auch nachts von Flugzeugen abgeworfen wurden, standen zur Verfügung. Deutsche Zeitungen konnten natürlich an jeder Straßenecke gekauft werden. Sie wurden auch in sprachlicher Hinsicht genau verfolgt, und eine Kartothek neuer politischer oder alter Dialekt-Ausdrücke wurde angelegt, um die Mundart der betreffenden deutschen Gegend wunschgemäß nachmachen zu können. So wurden von Zeit zu Zeit ganze Artikel so zurechtgemacht, als seien sie von einem Bayern oder einem Sachsen, einem Hamburger oder einem Berliner verfaßt.

Und was man gar nicht oder nur ungenau wußte, konnte man ja einfach erfinden. Manchmal gelang es sogar, Dinge völlig aus der Luft zu greifen, die dann überraschenderweise mindestens einen Anflug von Wahrheit zu haben schienen. Von solch einem merkwürdigen Zusammentreffen möchte ich hier kurz berichten. Nach Hitlers Angriff auf Sowjetrußland hatte „Der Soldat" in einer Reihe von Ausgaben behauptet, daß sich eine Anzahl höherer Offiziere der Wehrmacht zusammengetan hätten, um Hitler kaltzustellen und dem Wahnsinn des Krieges ein Ende zu bereiten. Die Namen der Beteiligten könnten natürlich noch nicht bekanntgegeben werden, aber ein bekannter Feldmarschall sei der Anführer dieser Gruppe. Nun war aber in deutschen Militärkreisen schon eine Zeitlang davon gemunkelt worden, daß sich Reichenau mit Hitler überworfen habe, und diese Gerüchte waren den Redakteuren des Unternehmens „N" nicht entgangen. So brachte denn endlich „Der Soldat" in einer fetten Schlagzeile den Namen des Rädelsführers: General-

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

feldmarschall von Reichenau. Für alle patriotischen Offiziere und Soldaten sei nun die Zeit gekommen, sich um ihn zu scharen.

Natürlich erwartete niemand im Unternehmen „N", daß nun wirklich eine Revolution in der deutschen Armee ausbrechen würde; der einzige Zweck solcher Artikel war es, Mißtrauen und Unruhe in die deutschen Reihen zu tragen und vielleicht den einen oder den anderen Leser nachdenklich zu stimmen. War es wirklich reiner Zufall, wenn die deutschen Zeitungen ungefähr zwei Wochen später berichteten, daß man den noch gar nicht so alten Generalfeldmarschall von Reichenau tot in einem Flugzeug aufgefunden habe, unter Umständen, die ziemlich geheimnisvoll erschienen? Als Todesursache wurde Herzschlag angegeben[5]. Ob die Artikel des „Soldaten" wirklich etwas mit dem plötzlichen Ableben Reichenaus zu tun hatten, wird man ja nie feststellen können. Aber natürlich bemächtigten sich die Redakteure des Unternehmens „N" sofort dieser Geschichte und berichteten mit allen erfundenen Einzelheiten, wie Reichenau auf Befehl Hitlers von der Gestapo ermordet wurde.

Ein anderes ‚gefundenes Fressen' für das Unternehmen „N" war der unglaubliche, aber tatsächlich erfolgte Flug des Stellvertreters des Führers Rudolf Heß nach England. Im „Durchbruch" wie auch in besonderen Flugschriften wurden alle Deutschen aufgefordert, Zellen einer „Rudolf Heß-Bewegung" anzulegen, die bereit sein müsse, den Nazis das Handwerk zu legen, wenn Heß von London den Befehl geben werde. Genaue Hinweise wurden erteilt, wie die Mitglieder der neuen „Bewegung" sich miteinander bekanntmachen könnten, und sogar Mitgliedskarten wurden ausgegeben.

Die Mitarbeiter des Unternehmens „N" kamen mit immer neuen Vorschlägen heraus, wie man den bestehenden Apparat zur vollen Kapazität bringen könne. Hier sind einige Beispiele der herausgegebenen Schriften: „Der Rote Terror" war ein Büchlein von 16 Seiten, das auf dem Umschlag eine Karikatur Stalins in Dreifarbendruck zeigte, um den wirklichen Inhalt zu verschleiern und die Verbreitung zu erleichtern. Die Broschüre beschrieb Terroraktionen der deutschen Polizei und verschiedener Sonderformationen gegen die polnische Zivilbevölkerung und besonders gegen die Juden. Ein anderes Heft unter dem Titel „Der größte Lügner der Welt" zeigte eine Karikatur Churchills auf dem Umschlag[6], während der Inhalt aus Auszügen von Hitlers „Mein Kampf" bestand, die dem Leser den wahren Hitler zeigen sollten. „Jedem Deutschen sein eigenes Haus" hieß eine weitere Flugschrift, der ein fingiertes „Nationalsozialistisches Bauvorhaben" als Herausgeber diente. Dem deutschen Leser wurde darin vorgerechnet, daß falls die alliierten Bombenflüge

[5] Vgl. Völkischer Beobachter vom 10. 1. 1942, S. 1; Näheres über Reichenaus Tod bei: Paulus, „Ich stehe hier auf Befehl", hrsg. von Walter Görlitz, Frankfurt/M. 1960, S. 59f.

[6] Ein Exemplar mit einer Widmung in englischer Sprache wurde noch während des Krieges aus dem besetzten Polen nach England geschmuggelt und dort dem Ministerpräsidenten überreicht. Eine photostatische Kopie dieser Ausgabe und zahlreicher anderer in diesem Bericht erwähnter Publikationen befindet sich in der Polish Underground Collection, Hoover Institution, Stanford.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über Deutschland andauerten, jeder Deutsche am Kriegsende bestimmt ein neues Haus brauchen würde, da tagtäglich ganze Städte der Zerstörung anheimfielen. Nur die „Parteibonzen" lebten noch in größtem Luxus; denn sie hätten sich wundervolle Landsitze in abgelegenen Teilen Deutschlands und Österreichs erworben, so z. B. Ribbentrop das Schloß Fuschl oder Göring das mit gestohlenen Kunstschätzen überfüllte Karinhall. Ein „Sportblatt" begann mit Turnregeln und Vorschriften für Freiübungen und fuhr dann mit Anweisungen fort, wie ein Soldat am besten die Symptome der verschiedenen Krankheiten simulieren könne, damit er in ein Heimatlazarett verschickt würde.

Das polnische Untergrund-Propaganda-Team kam schließlich auf die besondere Idee, Drucke herzustellen, die offiziellen deutschen Veröffentlichungen sorgfältig nachgemacht waren und auch inhaltlich den Tenor deutscher Amtsstellen kopierten, ihnen dabei aber ungeschminkte Brutalität unterschoben, die bei jedem anständigen Menschen Abscheu erwecken mußte. Eine erste Veröffentlichung dieser Art waren die „Bilder für die Truppe", die kaum von den echten, vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegebenen „Bildern" zu unterscheiden waren. Lichtbilder von der Ostfront mit Haufen von russischen wie auch deutschen Leichen, Bilder von halberfrorenen Soldaten, Fotografien von Massenexekutionen von Polen, Juden und Ukrainern waren mit passendem Kommentar darin zu finden. Die Lichtbilder waren authentisch. Für einen Viertelliter Wodka konnte man ja allerhand von den von der Front zurückkehrenden deutschen Soldaten an beinahe jeder Straßenecke erhandeln. Vielleicht das Meisterstück des Unternehmens „N" aber war die sowohl in stilistischer als auch technischer Hinsicht getreuliche Nachahmung eines Werkes aus der Feder des Reichsministers für Propaganda, Dr. Goebbels.

Anfang 1943 hatte Berlin schon nachhaltige Schäden von englisch-amerikanischen Bombenangriffen erlitten, und Goebbels hatte, um die Moral der Bevölkerung zu heben, einen Aufruf erlassen, der als „Brief an die Berliner" nicht nur in der deutschen Hauptstadt sondern auch andernorts in Deutschland angeschlagen worden war. Dieses Plakat war prompt in die Hände des Unternehmens „N" gefallen, und es wurde beschlossen, einen „Brief an die Frontsoldaten" herauszubringen, in der gleichen Plakatform, mit derselben Unterschrift des Reichspropagandaministers in Faksimile und mit der Angabe der Druckerei des Völkischen Beobachters in Berlin als Herstellungsort. Um die Schreibweise Goebbels' nachzuahmen, wurden seine Zeitungsartikel und Bücher sorgfältig studiert und wurde eine Liste typischer Goebbelsscher Redewendungen und Phantasie-Gestalten angelegt. So ließen wir die berühmte oder vielmehr berüchtigte „Frau Krawutschke" auftreten, die in vielen seiner Zeitungsartikel und Plaudereien die Klatschsucht und die Miesmacherei versinnbildlichte. Der in dieser Weise zusammengebraute „Brief" begann mit einer patriotischen Würdigung des Heldentums der Ostfrontkämpfer. Dann ging er aber dazu über, zu beschreiben, wie der deutsche Sicherheitsdienst ihm, d. h. Goebbels, von Zeit zu Zeit von der Zensur beanstandete Briefe auf den Tisch legte, deren Schreiber sich über die Zustände an der Front, den Mangel an Winterkleidung, die trostlose Lage beklagten oder die Wucht der russischen Offensive

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schilderten. Auch Briefe aus der Heimat an Frontsoldaten seien in seine Hände gefallen, in denen Väter oder Mütter sich bei ihren an der Front kämpfenden Söhnen über die furchtbaren, unaufhörlichen Bombenangriffe auf das deutsche Hinterland beklagten. Bisher habe er solche Briefe „mit spitzen Fingern" in den Papierkorb geworfen. Von jetzt an aber werde er sie an Himmler weitergeben, der mit solchen Briefschreibern, seien es Soldaten oder deren Familien, kurzen Prozeß machen würde. Eine strikte Feldpostzensur werde in Zukunft nur ermutigende und im festen Glauben an den Endsieg geschriebene Briefe durchlassen.

Das obige Plakat wurde im ganzen Hinterland der deutschen Front, in ostpolnischen, weißrussischen und sogar ukrainischen Städten und Niederlassungen angeschlagen, wo immer es mit Hilfe der zu dieser Zeit schon ziemlich weitreichenden Organisation gebracht werden konnte. In manchen Fällen blieb es tagelang kleben, ehe in dem Wirrwarr deutscher Militär- und Zivilbehörden jemand endlich Verdacht schöpfte und der Sache nachging. Die größte Genugtuung für das Unternehmen „N" bedeutete es aber, als man einige Wochen später in den echten „Mitteilungen für die Truppe" unter der Rubrik „Feindpropaganda" eine genaue Beschreibung des polnischen Druckes las, mit der Anweisung an alle Kommandeure, den Soldaten beim nächsten Appell mit allem Nachdruck den Ursprung des „Briefes" zu erklären, der, wie es hieß, „mit teuflischer Geschicklichkeit" die Schreibweise des Propagandaministers nachahme.

Die deutschen Sicherheitsbehörden, die Gestapo, der Sicherheitsdienst usw. waren sich natürlich ziemlich schnell des Ausmaßes und der Reichweite und Wirkung des Unternehmens „N" bewußt geworden, und sie taten ihr Bestes, um die Quelle dieses Stroms deutschsprachiger Drucke aufzudecken und sie ein für allemal zum Versiegen zu bringen. Schon Mitte 1942 war einer der ersten Redakteure des Unternehmens (der Bruder des Verfassers, Jan) wahrscheinlich auf eine Denunziation hin verhaftet und, nach monatelangen ergebnislosen Verhören im Warschauer Sicherheitsamt, nach Auschwitz gesandt worden. Obwohl die Polizeibehörden bei dieser Gelegenheit zwei zum Druck bestimmte Korrekturabzüge deutschsprachiger Artikel gefunden hatten (ein ziemlich komplettes Arbeitsarchiv des Unternehmens „N", in einem speziellen Behälter in der Regenrinne außerhalb des Fensters versteckt, war ihnen während der nächtlichen Verhaftung entgangen), waren sie außerstande, die so aufgefundene Spur weiter zu verfolgen. Der Aufenthalt in Auschwitz und in anderen Konzentrationslagern kostete zwar dem Obengenannten einige Monate nach Kriegsende das Leben, er hatte aber wenigstens die Genugtuung, Hitler, Himmler, Goebbels et consortes überlebt zu haben.

Einer kompletten Liquidierung des Unternehmens „N" kamen die deutschen Polizeibehörden wohl in den ersten Monaten des Jahres 1944 am nächsten, als es ihnen gelang, drei von den vier Druckereien, die für das Unternehmen arbeiteten, auszuheben. Die vierte Druckerei wurde daraufhin aus Sicherheitsgründen auch verlassen, und es dauerte einige Wochen, ehe sich neue Möglichkeiten ergaben und das Unternehmen wieder in Schwung kam. Es wurde bis zum 1. August 1944 fortgesetzt, dem Tage, an welchem der Warschauer Aufstand losbrach und die polni-

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Hauptstadt innerhalb einiger Stunden von allen deutschen Truppen gesäubert worden war. Während der nächsten elf Wochen beschäftigten sich die Teilnehmer des Unternehmens „N" mit deutschsprachigen Sendungen, die – trotz schwerem Artilleriefeuer und Stukaangriffen – regelmäßig dreimal täglich über einen Notsender an die deutschen Truppen gerichtet wurden. Nach dem durch die Untätigkeit der russischen Truppen unvermeidlich gewordenen Zusammenbruch des Warschauer Aufstandes und der Kapitulation, die von dem Kommandeur der deutschen Kräfte, General von dem Bach-Zelewski, unter ehrenhaften Bedingungen angenommen wurde (der Verfasser war als Dolmetscher bei der ersten Unterredung im Hauptquartier Bach-Zelewskis in einem Warschauer Vorort) hatte sich auch das Unternehmen „N" totgelaufen. Aber zu dieser Zeit war die Moral der Nazis ja sowieso schon an einem Tiefpunkt angelangt, und das Ende des Krieges schien in greifbarer Nähe.

Die Wirkung, die das Unternehmen „N" in den drei Jahren seines Bestehens erzielte, ist natürlich heute schwer mit Genauigkeit zu erfassen. Zur Charakterisierung des Umfanges seiner Tätigkeit mag die Feststellung beitragen, daß der Verfasser sich noch sehr gut jenes kalten Wintertages 1943 erinnert, als die Teilnehmer des Unternehmens sich zu einem kleinen Fest zusammenfanden, um das Erscheinen des millionsten Exemplares der „N"-Drucke zu feiern[7].

Eine so große Zahl von umstürzlerischen Drucken unter der Nase eines gewaltigen und brutalen feindlichen Polizeiapparates zu verteilen, war natürlich keine leichte Aufgabe. Eine spezielle und aus Sicherheitsgründen gänzlich vom Rest des Unternehmens abgesonderte Gruppe beschäftigte sich mit dieser Aufgabe. Vielfach wurden Drucke direkt in die Briefkästen deutscher Wohnungen geworfen, oder von polnischen Postbeamten, die Mitglieder der Widerstandsbewegung waren, auf dem Hauptpostamt in vom Reich kommende oder dorthin abgehende Briefe und Drucksachen hineingelegt. In ähnlicher Weise ließen polnische Eisenbahner die Drucke in den Wartesälen auf Bänken und Stühlen unauffällig liegen, kurz bevor ein Militärzug fällig war. In vielen kleinen Städten Ostpolens waren die deutschen Soldaten gewöhnlich in Schulen einquartiert und die Schulkinder, die natürlich die Gebäude sehr gut kannten, vermochten es oft, sich unter dem Schutz der Dunkelheit einzuschleichen und Haufen von Drucksachen in den Korridoren, in der Turnhalle oder – einem für diesen Zweck sehr beliebten Ort – in den Aborten, die sich gewöhnlich in einem kleinen Häuschen auf dem Schulhof befanden, zu deponieren.

Die Organisation des Unternehmens „N" wurde auch gelegentlich dazu benutzt,

[7] Zu dieser Zeit waren einige der Decknamen schon ziemlich „durchsichtig" geworden, z. B. durch zufällige Begegnungen außerhalb des Kreises der „Verschwörer". So wußte wohl dieser oder jener der Anwesenden, daß sich unter den Mitgliedern ein bekannter Professor der Warschauer Universität, ein ehemaliges Parlamentsmitglied, ein paar Journalisten und ein Schriftsteller befanden. Anwesend war auch der Mann, der vom ersten Tage an das Unternehmen „N" organisiert und ausgebaut hatte und der nun unter dem Decknamen „Kowalik" an diesem Tage am Tische präsidierte. Trotz großer persönlicher Gefährdung überlebte „Kowalik" den Krieg und wohnt heute im Ausland.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Sand in das Getriebe des deutschen Verwaltungsapparates zu streuen. Da die deutschen Behörden notgedrungen eine große Zahl polnischen Personals in ihren Büros beschäftigen mußten, kam das Unternehmen „N" in den Besitz von mehr oder weniger vertraulichen deutschen Adressenlisten, Formularen, Anweisungen usw. Diese wurden dann sorgfältig nachgemacht und mit erfundenen Weisungen und Nachrichten an die zuständigen Adressen gesandt. So erhielten z. B. deutsche Betriebsführer eines Tages die Anweisung, allen Angestellten einen gewissen Tag freizugeben, um die „deutschen Siege an allen Fronten" zu feiern. Oder es wurde durch Rundschreiben eine Versammlung aller deutschen Luftschutzwarte einberufen, worauf die zur Versammlung Erschienenen stundenlang vergeblich auf irgend jemand warteten. Ein weiteres, besonders „denkwürdiges" Rundschreiben ging an alle deutschen Verwalter polnischer Landsitze im Distrikt Warschau ab, mit der Weisung, so viele Gänse wie möglich am Vortag von Hitlers Geburtstag persönlich im Gebäude des Warschauer Landwirtschaftsamtes abzugeben; die Gänse sollten dann an deutsche Lazarette verteilt werden. Beobachter des Unternehmens „N" berichteten von der Verwirrung, dem Schimpfen und Ärger, als die Korridore des Amtes von Menschen mit Gänsen unter dem Arm wimmelten.

Einer der letzten Streiche, die das Unternehmen „N" den Deutschen spielte und der auch ausgezeichnet gelang, wurde 1944 noch vor dem Ausbruch des Warschauer Aufstandes ausgeführt. Wochenlang waren die Meldungen von der Front sehr beunruhigend gewesen, und die noch in Warschau verbleibenden Deutschen waren natürlich im höchsten Grade nervös und deshalb geneigt, jedwedem Gerücht Glauben zu schenken. In dieser Situation wurde vom Unternehmen „N" ein Plakat vorbereitet, in welchem eine sofortige Evakuierung Warschaus durch alle Deutschen angeordnet wurde, mit allen Einzelheiten betreffend Transportmöglichkeiten, Treffpunkte für verschiedene Einwohnergruppen usw. Dieser Text, mit der Unterschrift des Kommandeurs der Sicherheitspolizei, des Höheren SS- und Polizeiführers Ost General Koppe, versehen, wurde auf rotem Papier in der üblichen Form deutscher Bekanntmachungen gedruckt und im Morgengrauen in vielen Teilen Warschaus an Wände und Litfaßsäulen geklebt. Während der nächsten Stunden konnte man viele Deutsche sehen, wie sie, beladen mit Koffern und Habseligkeiten, zu den verschiedenen Sammelplätzen eilten. Es war beinahe Mittag, ehe die deutsche Polizei die Plakate abzukratzen begann.

Für den Verfasser war es ein etwas wehmütiges Wiedersehen, als er einen photostatischen Abdruck dieses Plakates in der umfangreichen Sammlung polnisch-deutscher Kriegsdokumente im Hoover Institute der Universität Stanford wiederfand. Zugleich empfand er es aber auch als ein unerwartetes Kompliment für die Sorgfältigkeit des Unternehmens „N" bei der Nachahmung der deutschen Sprache und Aufmachung. Denn das Plakat war nicht als eine deutschsprachige Veröffentlichung der polnischen Widerstandsbewegung katalogisiert worden, sondern als ein echtes deutsches Kriegsdokument. Dieser Fehler ist jetzt berichtigt worden.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ZUR POLITIK DER WEHRMACHTABTEILUNG IN DER REGIERUNGSKRISE 1926/27

Zwei Dokumente aus dem Nachlaß Schleicher

Es war für den Zeitgenossen ein erstaunliches Phänomen und ist es für eine erste historische Betrachtung geblieben, wie reibungslos der durch die Manöverteilnahme eines preußischen Kronprinzensohnes veranlaßte Sturz des Generaloberſten Seeckt im Oktober 1926 verlief. Es war naheliegend, dieses glatte Revirement an der Spitze der Obersten Heeresleitung als Beweis für die Durchsetzung des Primats der politischen über die militärische Gewalt und damit als ein Symptom für die sichtliche Konsolidierung der Republik zu werten. Aus größerer historischer Distanz erscheint der störungsfreie Wechsel in der militärischen Führungsspitze des Reichs eher als Konsequenz eines sich in der Reichswehr nach der Präsidentenwahl von 1925 vollziehenden Prozesses, durch welchen an die Stelle ihres ersten „Ersatzmonarchen" Seeckt der legendäre Feldmarschall Hindenburg als neue, Loyalität und Subordination heischende Symbolfigur trat[1]. Wie wenig symptomatisch für die Haltung der Reichswehr zur parlamentarisch verfaßten Republik und zur zivilen Gewalt die Hinnahme von Seeckts Ablösung war, sollte sich einige Wochen nach diesem Ereignis bei der Krise und dem Rücktritt des Reichskabinetts Marx im Dezember 1926 zeigen.

Auf die Vorgeschichte und Entwicklung dieser vierten „Weihnachtskrise" seit 1923 muß hier nicht näher eingegangen werden[2]. Wichtig für ihren Ablauf war, daß sie ihren Ausgang nahm von der zunächst durch die preußische Regierung wieder aufgerollten Frage der demokratischen Kontrolle der bewaffneten Macht, speziell des Heeresersatzes und des Landesschutzes, und daß sie durch Enthüllungen über die geheime deutsche Aufrüstung ihre Zuspitzung auf die Kontrollkompetenz des Parlaments und die Person des Reichswehrministers Gessler erfuhr. Versuche, mit einem von Hindenburg gebilligten, über bescheidene Konzessionen nicht hinausgehenden Kompromiß in den strittigen Fragen das erst seit Mai 1926 amtierende Minderheitskabinett zu retten oder nach links zur Großen Koalition zu erweitern, scheiterten an der SPD. Die Verständigungsbereitschaft ihrer parlamentarischen Führung wurde durch die unter dem Druck des linken Parteiflügels stehende Fraktionsmehrheit desavouiert. Sie verband sich mit den seit ihrem Kölner Parteitag im September 1926 mit Macht in die Regierungsverantwortung strebenden

[1] Vgl. Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, 1964, S. 270f.

[2] Vgl. hierzu Carsten, a. a. O., S. 276ff., Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, 1962, S. 49ff. und am ausführlichsten sowie in der Quellengrundlage am umfassendsten: Andreas Dorpalen, Hindenburg and the Weimar Republic, Princeton 1964, S. 121ff.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, Völkischen und der KPD zu einer heterogenen Parlamentsmajorität, die am 16. Dezember die Reichsregierung Marx durch die Annahme eines Mißtrauensvotums aus dem Sattel hob.

Über das Echo, das diese Vorgänge innerhalb der Reichswehr hervorriefen, und die Reaktion, welche sie in ihrer politisierenden Führungsspitze fanden, orientieren drei Schriftstücke aus dem Nachlaß Schleichers. Bei dem ersten handelt es sich um eine „Niederschrift grundsätzlicher Ausführungen" des damaligen Chefs der Wehrmachtabteilung im Reichswehrministerium über die Stellung der Reichswehr zur politischen Lage. Das Dokument ist nach dem Sturz der Reichsregierung, noch im Dezember 1926 entstanden; Thilo Vogelsang hat es in den Anhang seines Buches „Reichswehr, Staat und NSDAP" (S. 409–413) aufgenommen. Die beiden anderen, im folgenden publizierten Schriftstücke – ein politischer Lagebericht und ein Aktionsplan für die Kabinettsbildung (ebenfalls aus der Wehrmachtabteilung) – stehen mit den „Grundsätzlichen Ausführungen" Schleichers in engem sachlichem und zeitlichem Zusammenhang. Sie datieren von der Jahreswende 1926/27 und lassen klare Rückschlüsse auf die politische Zielsetzung der Gruppe um Schleicher in dieser Regierungskrise sowie auf die Versuche zu, die Zeit bis zur Aufnahme der Verhandlungen um die Regierungsneubildung am 10. Januar 1927 für bestimmte politische Weichenstellungen hinter den Kulissen auszunutzen[3].

Für unsere Fragestellung ergibt sich aus diesen drei Dokumenten in großen Zügen folgendes Bild: Die durch den Sturz Seeckts vermehrte latente Unruhe in der Reichswehr und die Erregung monarchistischer Emotionen wurden durch die öffentliche Debatte um eine effektivere Kontrolle der bewaffneten Macht erheblich verstärkt. Diese Verschärfung wirkte sich vor allem auf die strukturellen Spannungen aus, die aus dem ungelösten Problem der Schwarzen Reichswehr, ihrer Integration in ein funktionierendes Kommando-, Kompetenz- und Disziplinverhältnis resultierten. Der damit verbundene Konfliktstoff gewann in diesem Zeitraum eine besondere Aktualität durch die Frage, ob und inwieweit an die Stelle der im Januar 1927 endenden alliierten Militärkontrolle eine parlamentarische Aufsicht treten solle.

Solchen Tendenzen gegenüber und im Hinblick auf die mit der neuerlichen Regierungskrise demonstrierte parlamentarische Instabilität[4] fand in den Diskus-

[3] Beide Dokumente sind erstmals erwähnt (mit divergierender Interpretation) bei Vogelsang, a. a. O., S. 51 und in meinem (noch ohne Kenntnis von Vogelsangs Buch verfaßten) Aufsatz: Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930 bis 1932, in: HZ 196, 1963, S. 76f., danach bei Dorpalen, a. a. O., S. 125 und S. 127 (hier mit der irrigen Quellenangabe: Schulthess, Feb. 3–5, 1927, pp. 23–37).

[4] Wie verbreitet schon zu diesem Zeitpunkt gerade auch in republikanischen Kreisen ein quälendes Unbehagen an der mangelnden Funktionstüchtigkeit des deutschen Parlamentarismus war, zeigt repräsentativ ein Aufsatz, den der damalige Vorsitzende der Windthorstbünde Heinrich Krone in der Monatsschrift „Das junge Zentrum" im Januar 1927 unter dem symptomatischen Titel „Am Ende?" veröffentlichte. Diese scharfe Kritik an dem die parlamentarische Republik diskreditierenden Unvermögen der Parteien hatte Krone wörtlich an der gleichen Stelle bereits ein Jahr zuvor anläßlich des Sturzes der Regierung Luther publiziert.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sionen des Offizierskorps der Gedanke einer Diktatur auf der Basis des Artikels 48 der Weimarer Verfassung steigende Resonanz. Diese Entwicklung mußte nicht nur die taktische Position der Wehrmachtabteilung und ihres Leiters bei den Auseinandersetzungen mit den parlamentarischen Tendenzen zur Kontrolle der Reichswehr schwächen; sie bedrohte auch jenes Konzept Schleichers, für die Reichswehr einen endgültigen Schlußstrich unter die Ära der Freikorps, des Ausnahmezustandes und der Militärputsche zu ziehen und eine „unpolitische" Wehrmacht zum zuverlässigen Instrument in der Hand des Marschall-Präsidenten und seiner engsten militärischen Berater zu machen.

Schleicher hob daher in seinen „Grundsätzlichen Ausführungen" vor allem auf die Inopportunität des „törichten Geredes" von der Diktatur und mit Nachdruck auf die Frage von Subordination und Insubordination ab. Alleinberechtigt und alleinverantwortlich für die Anwendung der verfassungsmäßigen Prärogative nach Artikel 48 sei der Reichspräsident, die Reichswehr gegebenenfalls nur sein ausführendes Organ. In ihrem eigenen Interesse liege es, sich nicht einem falschen Licht auszusetzen, nachdem die innenpolitische Entwicklung der letzten Jahre die Alternative Republik oder Monarchie (zunächst) hinter sich gelassen habe und es jetzt um die Konsolidierung einer Machtstruktur gehe, welche der Reichswehr die Rolle der balancierenden Gewalt innerhalb des Staates ermögliche. Begrenzte Konzessionen (vor allem im Bereich des Formalen wie etwa der Flaggenfrage) seien daher notwendig und um so eher möglich, wenn – wie jetzt – der Kurs der Regierung nach rechts gehe und die Stellung der Reichswehr in allem Wesentlichen unangetastet bleibe.

Die praktischen Konsequenzen aus diesen grundsätzlichen Überlegungen zog ein Aktionsplan für die Regierungsbildung, den offensichtlich Schleicher selbst[5] auf der Grundlage eines zuvor ausgearbeiteten Exposés über die „Entwicklung der politischen Lage" formulierte. In Übereinstimmung mit der Lageanalyse forderte der „Aktionsplan" als erste Bedingung für die neu zu bildende Regierung eine sichere Mehrheitsbasis im Reichstag; damit war eine Kabinettsbildung unter Führung der Sozialdemokratie oder der Deutschnationalen (wegen der Widerstände innerhalb der Partei Stresemanns bzw. des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ohnehin aussichtslos) von vornherein ausgeschlossen. Die Rückkehr Gesslers (dessen Rücktritt die SPD und breite Kreise innerhalb der Demokratischen Partei verlangten) als Garantie gegen jede Änderung am Charakter der Reichswehr sollte als zweite Bedingung dem Zentrum zur Auflage gemacht werden, wenn diese Partei nach dem Scheitern der ersten Sondierungsgespräche des Reichspräsidenten mit Hermann Müller und Graf Westarp mit der Regierungsbildung zu betrauen war. Beide Bedingungen ließen nur einen „Bürgerblock" von Deutschnationalen, Deutscher und Bayerischer Volkspartei, Zentrum und eventuell Demokratischer Partei zu. Sein Zustandekommen sollte nach dem „Aktionsplan" durch die offen ausge-

[5] Vogelsang bezeichnet den Aktionsplan als „Vorschlag Schleichers" (a. a. O., S. 51, Anm. 159); vgl. auch Dorpalen, a. a. O., S. 125, Anm. 54.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprochene Drohung des Reichspräsidenten gefördert werden, im Falle des Scheiterns einer Mehrheitsbildung einem Vertrauensmann ohne jede Parteibindung, aber mit der Auflösungsordre in der Tasche alle verfassungsmäßigen Mittel freizugeben, um sich im Reichstag eine Mehrheit zu verschaffen[6].

Es bedarf nach der Terminologie der Zeit keines näheren Nachweises, daß mit der Gesamtheit der „verfassungsmäßigen Mittel" in erster Linie der Artikel 48 anvisiert ist. Ihn als die formale Macht des Reiches mit seiner realen, der Reichswehr, zu kombinieren, ist, soweit wir heute sehen, erstmals in und nach der Krise des Jahres 1923 im Kreis um Schleicher theoretisch formuliert worden[7]. Mit der Übernahme des Reichspräsidiums durch den allen monarchischen und militärischen Traditionen verbundenen Hindenburg trat diese Möglichkeit einer „legalen" Diktatur in den Bereich konkreterer Verwirklichungschancen. Schon in der ersten Regierungskrise nach dem Amtsantritt des Feldmarschalls, am Jahresende 1925, suchten der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claß, zusammen mit einer Gruppe von Freikorpsoffizieren in diesem Sinne auf Hindenburg einzuwirken; Loebell, einer der Väter der Kandidatur Hindenburgs, sprach sich zum gleichen Zeitpunkt für die Bildung eines Beamtenkabinetts, die Auflösung des Reichstags und die Anwendung des Artikels 48 in einem nicht zu knapp bemessenen Zeitraum aus. Die von der preußischen Polizei wegen Putschgerüchten und solchen Plänen mit dem Artikel 48 im Frühjahr 1926 eingeleiteten Unternehmungen gegen Claß und andere Politiker der Rechten haben offensichtlich verhindert, daß diese Gedanken einer „legalen" Diktatur auch während der Krise im Gefolge des Sturzes

---

[6] Vogelsang resümiert den Inhalt wie folgt: „Schleicher unterstützte Geßler, so gut es ging, und wollte ihn auch in einer kommenden ‚starken' Regierung wiedersehen. Er hielt weder einen sozialdemokratischen noch einen deutschnationalen Reichskanzler für die geeignete Lösung, drang darauf, daß Zentrum und Deutschnationale zu einer Zusammenarbeit gelangten, und hoffte bei alledem insgeheim, daß ein solches, nach Rechts verlagertes Kabinett der Mitte die Unterstützung der Sozialdemokratie gewinnen möchte." Einen Anhaltspunkt für eine solche „Hoffnung" Schleichers kann ich in dem fraglichen Dokument nicht entdecken. Die offenbar in diesem Sinne verstandenen Schlußsätze scheinen mir in dem Sinne einer durch die Militärfrage (die sich in der Monarchie immer als eine Wahlparole mit konservativem Effekt bewährt hatte) und durch ein Hindenburg-Kabinett zu formierenden „nationalen" Front zu deuten zu sein, wie sie auch in einer programmatischen Vortragsnotiz Schleichers aus der ersten Märzhälfte 1930 skizziert ist (abgedr. bei Vogelsang, a. a. O., S. 414f.; vgl. dazu jetzt: Werner Conze, Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise, in: HZ 199, 1964, S. 542f.) Schleichers Verhältnis zur SPD scheint im Herbst 1926/27 kritischer gewesen zu sein, als Vogelsang urteilt: nach einer Mitteilung Otto Brauns an Stresemann ließ Schleicher die preußische Regierung bei den Auseinandersetzungen um den Heeresersatz wörtlich wissen: „Die Reichswehr hat die Schnüffeleien der preußischen Regierung satt." (Nachlaß Stresemann, Notiz vom 29. Oktober 1926, Film Nr. 3147). Übrigens waren auch die inneren Verhältnisse der SPD und die Reaktion der anderen Parteien auf die sozialdemokratischen Enthüllungen im Reichstag („Die Sache war geradezu Landesverrat" – so das Urteil von Reichskanzler Marx; „Das Jahr 1927" Nachlaß Marx, Stadtarchiv Köln) einer Anlehnung nach links durchaus ungünstig.

[7] Vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 38f. und S. 42.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Regierung Luther im Mai 1926 in die Öffentlichkeit lanciert wurden[8]. Im Dezember 1926 tauchen sie jedoch erneut (in Verbindung mit den Kombinationen um ein Rechtsminderheitskabinett oder einer Beamtenregierung) in der „nationalen"Presse auf[9]. Die Absicht, den Artikel 48 als „Erziehungsinstrument" einzusetzen, spielte dabei offensichtlich eine ähnliche Rolle wie die Überlegung, mit den Mitteln der Verfassung selbst den Parlamentarismus zu überwinden. Von der potentiell größten Tragweite war, daß die Führungsspitze der Reichswehr jetzt, da ihre Interessen unmittelbar bedroht schienen, diese Gedanken direkt an den Reichspräsidenten herantrug: der militärisch knapp formulierte, ganz auf die Psychologie eines alten Soldaten zugeschnittene „Aktionsplan" für die Regierungsbildung wurde in den ersten Januartagen (wohl kurz) vor dem Beginn der Verhandlungen um die Beilegung der Regierungskrise Hindenburg zugeleitet[10].

Über die Aufnahme, welche der Vorschlag der Wehrmachtabteilung bei dem Reichspräsidenten fand, sind wir nur indirekt unterrichtet. Der alte Feldmarschall hatte auf den Sturz der Regierung Marx außerordentlich erregt reagiert und sich entschlossen, mit dem Einsatz seiner ganzen Autorität ein Rechtskabinett – entweder auf der Basis einer Mehrheitsregierung oder auf der Grundlage eines vom Zentrum zu tolerierenden Minderheitskabinetts von DVP und DNVP – zustande zu bringen oder als letzte Alternative ein Beamtenkabinett mit Luther an der Spitze zu berufen[11]. Daß Hindenburg im Zusammenhang mit dem Rechtsminderheitskabinett auch den Einsatz des Artikels 48 erwog, ohne sich definitiv für ihn zu entscheiden, darf unterstellt werden. Beide Lösungsversuche scheiterten noch vor der Jahreswende an Stresemann bzw. Luther, die sich für solche Kombinationen nicht zur

[8] Vgl. „Frankfurter Zeitung" Nr. 5 vom 3. Januar 1926 und schon Nr. 929 vom 14. Dezember 1925 sowie Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik, Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, 1963, S. 154–160. Nach „Frankfurter Zeitung" Nr. 25 vom 10. Januar 1926 war eine programmatische Erklärung, welche die Diktatur zwar nicht nannte, aber meinte, außer von Claß von Bang, Düsterberg, Oberstleutnant von Feldmann, Kirdorf, Dietrich Schäfer und Ed. Stadtler unterzeichnet.

[9] Vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 20. Dezember 1926, Georg Schreiber, Innenpolitik des Reiches, in: Politisches Jahrbuch 1927/28, hrsg. von Georg Schreiber 1928, S. 77f. und Friedrich Karl Fromme, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur, 1960, S. 117f. Der Führer des rechtsradikalen Nationalverbandes Deutscher Offiziere, Admiral von Schröder, wandte sich am 21. Dezember 1926 an den Vorsitzenden der DNVP, Graf Westarp, mit der Anregung, ein Beamtenkabinett im Konfliktsfall bis zu Neuwahlen mit Artikel 48 regieren zu lassen; Westarp lehnte diesen Vorschlag als unpraktikabel ab (Nachlaß Graf Westarp).

[10] Vgl. Walter Görlitz, Hindenburg, Ein Lebensbild, 1953, S. 302f. und dazu Vogelsang, a. a. O., S. 51, Anm. 159, Becker, a. a. O., S. 76, Anm. 2 und Dorpalen, a. a. O., S. 125, Anm. 54.

[11] Vgl. Tagebuch Koch-Weser vom 22. Dezember 1926 (Bundesarchiv Koblenz) und die Mitteilungen von Reichskanzler Marx in der Ministerbesprechung vom 18. Dezember 1926 (BA Koblenz, R 43 I/1307).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verfügung stellten[12]. Bei der Aufnahme der Verhandlungen[13] um die Beilegung der Krise am 10. Januar 1927 hielt sich Hindenburg nicht an die von der Wehrmachtabteilung vorgeschlagene Marschroute. Ohne auf die Parteien taktische Rücksichten zu nehmen, empfing er die Fraktionsführer nur zu einer formellen Fühlungnahme und eröffnete ihnen seine Absicht, den Wirtschaftsminister Curtius von der Deutschen Volkspartei mit einem „Brückenschlag nach rechts" zu beauftragen. Weder in diesem Stadium noch später – als nach dem Scheitern von Curtius der bisherige Reichskanzler Marx den erfolglosen Versuch einer Mittelregierung unternahm und dann von Hindenburg (in einer extensiven Auslegung seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten) mit „der Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen"[14] beauftragt wurde – scheint der Reichspräsident die in dem „Aktionsplan" der Wehrmachtabteilung empfohlene Drohung des „Hindenburg-Kabinetts" und des Artikels 48 direkt eingesetzt zu haben. Wohl aber wurde den Parteien klargemacht, daß Hindenburg die Grenzen seiner Konzessionsbereitschaft in Reichswehrfragen gezogen hatte; die verfassungsrechtlich nicht zu begründende Befugnis[15], die Wehrpolitik und damit maßgeblich über die Person des Reichswehrministers zu bestimmen, wurde als Prärogative des Reichspräsidenten beansprucht, von den Parteien faktisch hingenommen und damit ein weiteres Moment der Kontinuität von Monarchie zu Republik im Bereich der Verfassungswirklichkeit konstituiert. Die von Hindenburg und der Wehrmachtabteilung erstrebte Rechtskoalition kam schließlich nicht zustande, ohne daß der Reichspräsident zu dem (schon im Amt der Obersten Heeresleitung) bewährten Mittel der Rücktrittsdrohung gegriffen hätte[16]. Sie, das

[12] Vgl. dazu folgenden Satz aus einem Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Pünder an Reichskanzler Marx vom 28. Dezember 1926 (Nachlaß Marx, Stadtarchiv Köln): „Mit der Aussichtslosigkeit dieser Rechtsminderheitsregierung können auch die [...] Gerüchte von Diktaturbestrebungen im Wege des Artikels 48 als völlig überholt angesehen werden", und dazu die von Pünder im Rückblick auf die Regierungskrise 1926/27 getroffene Feststellung, daß der Mitte nur der Weg zum „Bürgerblock" offenblieb, „sollte diese Kabinettskrise nicht zur Parlaments- und Staatskrise werden" (Koalitionspolitik und Koalitionen, in: Nationale Arbeit, Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, hrsg. von Karl Anton Schulte, o. J. [1931] S. 70).

[13] Ich stütze mich im folgenden auf eine Durchsicht der in Anm. 11 genannten Akten der Reichskanzlei R 43 I/1307 und 1417 (BA Koblenz), der einschlägigen Materialien der Nachlässe Marx, Koch-Weser, Stresemann, Graf Westarp sowie der Presse (bes. der „Frankfurter Zeitung"). Vgl. ergänzend dazu jetzt die Dokumente Nr. 54–57 in dem (nach Drucklegung dieses Beitrags erschienenen) Buch von Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat, Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, 1966.

[14] Schultheß 1927, S. 12. Zu der hieran anknüpfenden Kontroverse um die verfassungsgemäße Richtlinienkompetenz vgl. Gerhard Anschütz, Die Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919, [Nachdruck] 1960, S. 314f.

[15] Vgl. Wolfgang Sauer, Die Reichswehr, in: Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Aufl. 1960, S. 251.

[16] Vgl. John Wheeler-Bennett, Wooden Titan, Hindenburg in Twenty Years of German History 1914–1934, [Neudruck der Ausgabe von 1936] London 1963, S. 308. Die Zuverlässig-

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wissen um die auch in den entscheidenden Phasen der Verhandlungen nicht aufgegebenen[17] Pläne mit dem Artikel 48 in der Umgebung des Reichspräsidenten und die begründete Annahme, daß solche Projekte bei Hindenburg ein positives Echo finden könnten, haben ihren Einfluß auf die einer Koalition vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen widerstrebenden Gruppen nicht verfehlt. Mit dem jetzt parteilosen Gessler als Reichswehrminister stellte sich der „Bürgerblock" am 29. Januar 1927 dem Reichstag vor.

Die damit überwundene Regierungskrise markiert für die Präsidentschaft Hindenburgs offensichtlich die erste Etappe auf jenem Weg, der über seine Sondierungen vom Frühjahr 1929 anläßlich der Krise der Großen Koalition über die Möglichkeit eines Einsatzes des Artikels 48[18] zur Formierung des „Hindenburg-Kabinetts" Brüning im März 1930 und dann zur Oktroyierung der reinen Präsidialregierung Papen führte. Daß diese Entwicklung nicht monokausal zu erklären ist, sondern ihre sehr komplexen Ursachen hatte, muß hier nicht eigens betont werden. Bedeutsam in unserem Zusammenhang bleibt die Feststellung, daß die Regierungskrise 1926/27 in einer Art Vorspiel zu den Vorgängen 1930 und 1932 die gleichen Kräfte am Werk sieht, die aus der Identifizierung militärischer Partikularinteressen mit dem bonum commune auf eine Umwandlung des Parlamentarismus drängten. Dies geschah in Übereinstimmung mit jener nach 1918 praktizierten Grundmaxime der Reichswehr, wie sie Schleicher noch in den „Grundsätzlichen Ausführungen" als Richtschnur dienten: Aufrechterhaltung des Scheins echter Loyalität und Tarnung jeder eigenen politischen Aktivität, um die bewaffnete Macht je nach ihrer eigenen Staatsräson zwischen den um den Staat ringenden Kräftegruppen als desinteressierten Neutralen, ausgleichende dritte Kraft oder als „supremus arbiter" auftreten zu lassen[19]. Daß diese Maxime im Sinne einer engagierten Parteinahme in der Regierungskrise 1926/27 ihre Anwendung fand, zeigt die selbst im sogenannten „Sprung nach links" (Carsten) in der Ära Schleicher ungebrochene Kontinuität des Spannungsverhältnisses von militärischer und ziviler Gewalt. Hier wird nicht zuletzt deutlich, wie trügerisch der Schein der Stabilität war, den die Republik in den Jahren ihrer vorübergehenden Konsolidierung nach 1923 gewann.

Josef Becker

keit solcher Mitteilungen Wheeler-Bennetts wurde durch die von Vogelsang verwerteten Materialien mehrfach eindrücklich bestätigt; man vgl. etwa Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 372 und Vogelsang, a. a. O., S. 185f. Vgl. auch Hubatsch, a. a. O., S. 265.

[17] Am 12. Januar 1927 berichtete der badische Gesandte in Berlin an seine Regierung: „Es gibt Persönlichkeiten, die ihn [Hindenburg] im Sinne einer Rechtsminderheitsregierung unter Zuhilfenahme des § 48 der Reichsverfassung beeinflussen" (Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe, 49/16 Fasz. 53). Vgl. auch „Frankfurter Zeitung" Nr. 31 und 32 vom 13. Januar 1927. Am 3. Februar 1927 erklärte Hermann Müller im Reichstag: „Die monarchistische Gefahr scheint ja nicht groß zu sein. Aber wir müssen abwarten, wie künftig der Art. 48 der RV. ausgelegt wird" (Schultheß 1927, S. 29).

[18] Vgl. Bracher, a. a. O., S. 323; die hier ausgewertete Aufzeichnung des Grafen Westarp über ein Gespräch mit Hindenburg ist jetzt veröffentlicht bei: Eberhard Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933, phil. Diss., Kiel 1961 (Masch.), Anhang III.

[19] Vgl. hierzu Sauer, a. a. O., S. 264.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Politischer Lagebericht aus der Wehrmachtabteilung des Reichswehrministeriums von Ende Dezember 1926

Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Schleicher 17/II; Maschinenschrift, nichtsigniert und undatiert[1].

Entwicklung der politischen Lage

Die Haltung des Zentrums hat sich in der vergangenen Woche nach der Richtung hin versteift, daß es den Parteien, die das Kabinett gestürzt haben, die Verantwortung für die Neubildung überlassen bzw. ihnen die Unmöglichkeit einer solchen Neubildung vor Augen führen will. In Verfolg dieser Absicht wird es sich sowohl einer von der Sozialdemokratie ebenso wie einer von den Deutschnationalen ausgehenden Kabinettsbildung versagen und die Wiederkehr des Kabinetts der Mitte ohne jede Bindung an die Flügelparteien verlangen. Das ist natürlich nur die Linie, oder besser gesagt die Taktik, auf die sich die beiden Strömungen im Zentrum offiziell geeinigt haben, hinter den Kulissen arbeiten diese beiden Flügel – soweit das der Weihnachts-„Friede" und das Ruhebedürfnis der Herrn Volksvertreter möglich macht – mit Hochdruck, um das Zentrum auf einen Rechts- bzw. Linkskurs festzulegen. Dabei findet der Wirth[2]-Flügel wirksame Unterstützung bei den Sozialdemokraten, die eine Regierung der Mitte „vorbehaltlos" unterstützen wollen, wenn statt Geßler[3] und Külz[4] ihnen genehmere Persönlichkeiten im Kabinett sitzen. Sie gehen dabei von der richtigen Erwartung aus, daß ein solches Kabinett infolge seiner Zusammensetzung ganz von selbst nach links neigen und mehr linksgerichtete Politik treiben wird. Die Deutschnationalen lehnen bisher jede Unterstützung einer Regierung ab, in der sie nicht selbst sitzen. Der rechte Flügel des Zentrums[5] ebenso wie der Scholz[6]-Flügel in der DVP und die BVP – letztere unter dem besonderen Einfluß von Held[7] – werden also eine Koalition mit engeren oder weiteren Bindungen mit den Deutschnationalen zu erreichen suchen. In dieser Situation wird die Haltung des Reichspräsidenten entschei-

[1] Ein beiliegender Durchschlag ist am 30. Dezember 1926 abgezeichnet. Da das Dokument die politische Entwicklung der „vergangenen Woche" analysiert und dabei von dem „Weihnachts-‚Frieden'" die Rede ist, könnte der Abfassungstermin mit diesem Paraphierungsdatum – einem Montag – identisch sein.

[2] Joseph Wirth (1879–1956), MdR 1914–33, Reichsfinanzminister 1920/21, Reichskanzler und zeitweilig Reichsaußenminister 1921/22.

[3] Otto Gessler (1875–1955), Reichsminister für Wiederaufbau DDP 1919/20, Reichswehrminister (DDP bis Januar 1927) 1920–28.

[4] Wilhelm Külz (1875–1948), MdR DDP/Staatspartei 1920–32, Reichsinnenminister Januar 1926 bis Januar 1927. Külz war vor allem wegen eines „Schund- und Schmutzgesetzes" umstritten.

[5] Nach dem Finanzminister des „Bürgerblocks" Heinrich Köhler (Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, mit einem Geleitwort von Max Miller hrsg. von Josef Becker, 1964, S. 191) setzten sich vor allem Brüning und Prälat Kaas für eine Rechtskoalition ein. Ein Brief des deutschnationalen Unterhändlers Treviranus an Graf Westarp vom 20. Dezember 1926 spricht von entsprechenden Sondierungen Brünings (Nachlaß Graf Westarp); im Zusammenhang mit diesen Bemühungen um eine Rechtskoalition taucht Brünings Name erstmals im Nachlaß Stresemann auf. (Vgl. Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik. II 1956, S. 136).

[6] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920/21, MdR DVP 1921–32, 1929/30 Parteivorsitzender.

[7] Heinrich Held (1868–1938), bayerischer Ministerpräsident 1924–33.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dend sein. Es ist nicht unmöglich, daß er, um dem Zentrum entgegenzukommen, zunächst Hermann Müller[8] bzw. Westarp[9] die Kabinettsbildung anbietet, um sowohl den Sozialdemokraten wie den Deutschnationalen die Aussichtslosigkeit *ihrer* Kabinettsbildung ad oculos zu demonstrieren. Nach dem Scheitern dieser Kombination[10] wird sich die Frage scharf auf die beiden oben erörterten Möglichkeiten zuspitzen: Regierung der Mitte ohne Geßler-Külz, d. h. mit stiller Anlehnung an die SPD, oder Koalition mit rechts, wobei unter Koalition jede Art des Zusammenarbeitens zwischen Zentrum und Deutschnationalen verstanden werden muß. Sollte sich auch diese Kombination[11] nicht verwirklichen lassen, so bleibt nur die Betrauung eines besonderen Vertrauensmannes des Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung ohne jede Bindung, aber mit der Auflösungsordre in der Tasche.

Nach dem oben Ausgeführten muß sich demnach unsere Tätigkeit in zwei Richtungen auswirken:

1.) Keine Mittelregierung ohne Geßler

2.) Zusammenbringen von Zentrum und Deutschnationalen zu irgendeiner Form der Zusammenarbeit.

Dokument 2

Aktionsplan für die Kabinettsbildung aus der Wehrmachtabteilung des Reichswehrministeriums von der Jahreswende 1926/27

Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Schleicher 17/II; nichtsignierter Durchschlag, handschriftlich datiert 1926/27 mit dem handschriftlichen Vermerk: 5× je 1 Hindenb[burg], Planck, Heye, Bredow.

1.) Empfang Hermann Müller, um ihm Kabinettsbildung durch die stärkste Oppositionspartei (SPD) anzubieten.
Bedingung:
a) Tragfähige Mehrheit im Parlament.
Falls Versuch scheitert:

2.) Empfang Westarp – Auftrag wie zu 1.)
Falls auch dieser Versuch scheitert:

3.) Angebot an Zentrum, Vorschläge für Regierungsbildung zu machen.
Bedingung:
a) Tragfähige Mehrheitsverhältnisse im Reichstag.
b) Keine Änderung am Charakter der Reichswehr. Als Unterpfand Wiederkehr Geßlers.

Falls Zentrum nichts fertig bekommt:

4.) Betrauung eines Vertrauensmannes zur Bildung einer Regierung ohne jede Parteibindung, aber mit der Auflösungsordre in der Tasche.

Allen Beteiligten ist zu eröffnen, daß nach den beiden letzten Kabinettsstürzen eine Regierung ohne feste Mehrheit im Reichstag nicht mehr in Frage komme, da der

[8] Hermann Müller(-Franken) (1876–1931), MdR SPD 1916–31, Fraktions- und Parteivorsitzender seit 1919, Reichsaußenminister 1919/20, Reichskanzler 1920 und 1928–30.

[9] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), MdR Deutschkonservative Partei/DNVP und Konservative Volkspartei 1908–32, Fraktionsvorsitzender 1925–29, Parteivorsitzender 1926 bis 1928.

[10] Korrigiert aus: Koalition.

[11] Korrigiert aus: Koalition.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichspräsident nicht gesonnen sei, dieses Hin und Her mit dauernden Krisen nochmals mitzumachen. Falls es dem Parlament nicht gelänge, eine Regierung mit sicherer Mehrheit zu bilden, wäre es Pflicht des Reichspräsidenten, eine Regierung seines Vertrauens ohne Befragung der Parteien und ohne Rücksicht auf deren Wünsche zu bestellen und dieser Regierung alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten an die Hand zu geben, um sich im Parlament eine Mehrheit zu schaffen.

Persönlich: Ich bin überzeugt, daß ein solches Vorgehen eine Regierung auf breiter Basis schaffen oder aber die notwendige Atmosphäre für Neuwahlen bringen wird. Für eine Linie und einen festen Willen besteht aber immer weitgehendes Verständnis im Volk.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

UNGARNS WEG AUS DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Vorbemerkung

Hauptzweck dieser Veröffentlichung ist es, gewisse Dokumente von einiger historischer Bedeutung, die sich in meinem Besitz befinden, allgemein zugänglich zu machen. Und zwar handelt es sich um Durchschläge der Funktelegramme, die im Oktober 1944 zwischen dem Reichsverweser von Ungarn, Admiral Horthy, in Buda und jener Delegation[1] gewechselt wurden, die Horthy nach Moskau entsandt hatte, um zwischen Ungarn und den alliierten Mächten, Rußland, Großbritannien und den USA, einen Waffenstillstand abzuschließen; ferner um die Noten, die von der Delegation an die bei den Verhandlungen auf der Gegenseite federführenden Russen gerichtet wurden. Die Noten waren französisch geschrieben, und ich habe es nicht für erforderlich gehalten, sie in eine andere Sprache zu übersetzen; die Telegramme hingegen waren in ungarischer Sprache abgefaßt, und ich lege sie hier in deutscher Übersetzung vor.

Das dieses Material enthaltende Aktenstück[2] ist mir im Januar 1946 von Graf Géza Teleki, einem Mitglied der Delegation, übergeben worden. Ich habe seine schriftliche Ermächtigung, es jetzt zu publizieren. Das Aktenstück habe ich in der Bibliothek des St. Antony's College, Oxford, deponiert, wo es eingesehen werden kann.

Ich habe das Material bereits benutzt, als ich mein Buch „October Fifteenth, A History of Modern Hungary" schrieb, in dem die Geschichte jener Ereignisse, zu denen die hier publizierten Dokumente gehören, mit einiger Ausführlichkeit berichtet wird. Und ich hatte stets die Absicht, eines Tages das ganze Aktenstück zu veröffentlichen, muß aber leider sagen, daß ich dieses Vorhaben auf Grund der Belastung durch andere Arbeiten immer wieder hinausschob. Jetzt sehe ich mich jedoch dazu gezwungen.

Die „Wehrwissenschaftliche Rundschau", Jahrgang 12 (1962), Dezemberheft, enthält einen Artikel von General Hennyey, damals Horthys Außenminister, „eingeleitet und erläutert von Andreas Hillgruber" und mit der Überschrift versehen „Ungarns Weg aus dem Zweiten Weltkrieg". Diesem Artikel ist als Anhang ein Brief beigegeben, den Admiral Horthy am 3. November 1954 (er lebte damals in Portugal) an Bundeskanzler Adenauer gerichtet hatte. Horthy schrieb unter anderem:

„In der letzten Zeit sind – in Zusammenhang mit verschiedenen ‚Erinnerungen' von Staatsmännern und Diplomaten – Meinungen und Äußerungen über die Haltung Ungarns im letzten Weltkrieg, besonders was das Jahr 1944 anbelangt, laut geworden, die ich nicht unwidersprochen lassen kann.

---

[1] General Gábor Faraghó, Graf Géza Teleki, Domokos v. Szent-Iványi.

[2] Das Aktenstück enthält auch späteres Material, das sich auf die Versuche nach dem 15. Oktober bezieht, eine „demokratische" Regierung für Ungarn zu bilden. Vgl. C. A. Macartney, October Fifteenth, A History of Modern Hungary 1929–1945, Second Edition, Edinburgh 1961.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als Reichsverweser Ungarns möchte ich Ihnen bezeugen, daß sämtliche – von gewissen Seiten verbreitete – Nachrichten, wonach Ungarn im Jahre 1944 im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand bereit war, Deutschland in den Rücken zu fallen, rein erfunden sind . . .

Niemand in Ungarn dachte – zu keinem Zeitpunkt – daran, auf russischen Befehl, auf Sowjetdiktat, Deutschland den Krieg zu erklären. Dies war einfach unvorstellbar gewesen. Niemals, in keinem Augenblick seiner tausendjährigen Geschichte, ist Ungarn zum Verräter geworden oder hat sein Wort gebrochen."

Falls er eine Bestätigung und Einzelheiten wünsche, verwies Horthy Adenauer an General Hennyey, der damals in Deutschland lebte.

General Hennyeys Artikel bekräftigt Horthys Versicherungen im allgemeinen und im besonderen, und er schildert in seiner Darstellung drei verschiedene Gelegenheiten, bei denen, wie er sagt, die Ansinnen, von denen Horthy spreche, gestellt und zurückgewiesen worden seien, einmal von Horthy allein, die beiden anderen Male von Horthy und seinen Ministern oder sonstigen Beratern. Leider tragen die „Erläuterungen" von Herrn Hillgruber dazu bei, diese Darstellung zu bestätigen, da er, obwohl er mein Buch wiederholt zitiert, bedauerlicherweise gerade jene Stellen verschweigt, welche die Unhaltbarkeit der Ausführungen von General Hennyey beweisen.

Er scheint das rechtfertigen zu wollen, indem er sagt, mein „wichtigster Zeuge . . . ist für die in Frage stehende Zeit . . . Oberst Lajos Nádas"; General Hennyey, selber ein Teilnehmer an den geschilderten Ereignissen, müsse es besser wissen als ich. Gewiß, das sollte er auch; aber daneben hätte Dr. Hillgruber die von mir zitierten Telegramme wenigstens erwähnen sollen, die in noch höherem Grade Primärquellen sind als die Erinnerungen General Hennyeys, der, wie er selber einräumt, an den Verhandlungen, deren authentische Geschichte die Telegramme erzählen, gar nicht teilgenommen hat. Es trifft übrigens nicht zu, daß Oberst Nádas mein „wichtigster Zeuge" war. Oberst Nádas hat mir äußerst wertvolle Informationen zu den Ereignissen zur Verfügung gestellt, über die er Kenntnisse aus erster Hand besitzt; die hier zur Debatte stehenden diplomatischen Verhandlungen gehörten jedoch nicht zu diesen Ereignissen. Für sie benutzte ich, neben den hier veröffentlichten Telegrammen, die Erinnerungen Faraghós und Vörös' in „Debreceni Feltámadás", Lakatos' Aussage im Prozeß gegen Szálasi, die Aussagen vieler damals noch lebender Zeugen, so des Reichsverwesers selbst, seines Sohnes und seiner Schwiegertochter, des Grafen Géza Teleki, auch des Generals Hennyey, Barczys, der die Protokolle des Ministerrats und des Kronrats führte, und vieler anderer. Ich habe diese Quellen mit peinlicher Genauigkeit angeführt.

Daß ich dazu Stellung nehmen muß, bereitet mir kein Vergnügen. Meine persönliche Bekanntschaft mit dem Reichsverweser war nur flüchtiger Natur, aber sie genügte, um in mir jene Zuneigung zu wecken, die, glaube ich, fast alle, die ihn je kennenlernten, gegenüber seiner Person empfanden. Ich kenne und achte General Hennyey seit nahezu zwanzig Jahren, und ich schätze Dr. Hillgrubers wissenschaftlichen Rang. Ich finde die an die Ungarn (wie zuvor an die Rumänen) ge-

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellte Forderung der sowjetischen Regierung (die von meiner eigenen und der amerikanischen Regierung gebilligt wurde) widerwärtig, sie sollten noch vor dem Abschluß eines Friedensvertrags oder eines regulären Waffenstillstands, also schon bei der Unterzeichnung eines sogenannten „Präliminarwaffenstillstands" ohne Ankündigung eine volle Kehrtwendung machen und ihren bisherigen Verbündeten und Waffenbrüdern ohne jede Vorwarnung den Krieg erklären und gegen sie aktive Feindseligkeiten beginnen. Ich weiß, daß Horthy eine solche Verpflichtung nur mit größtem Unwillen auf sich nahm; was er und seine Berater in jenen Tagen erreichen wollten, war, was sie (mit einiger Strapazierung der Analogie) die „finnische Lösung" nannten, d. h. ein Abkommen, unter dem sich die deutschen Truppen, während Ungarn kapitulierte, aus dem Lande unbelästigt und es selber nicht belästigend zurückzögen. Diese Lösung hätte für Ungarn zwei Vorteile gehabt: sie hätte das Land vor jedem Vorwurf des Verrats bewahrt, auch des unter Druck begangenen Verrats, und sie hätte der ungarischen Armee wie der Zivilbevölkerung Blutvergießen und Zerstörungen erspart.

Ich bezweifle nicht, daß dies die Wünsche der Ungarn waren; was ich aber leider in Frage stellen muß, ist Horthys und Hennyeys Darstellung der tatsächlichen Vorgänge. Beide behaupten, daß der ungarischen Delegation bei ihrer Ankunft in Moskau die Forderung gestellt worden sei, Ungarn solle Deutschland den Krieg erklären und seine Waffen gegen die deutschen Truppen richten. Sie sagen weiter, Ungarn habe diese Forderung zurückgewiesen und sie erst akzeptiert, nachdem Molotow unbeugsam darauf beharrt habe und die Verhandlungen daher völlig zu scheitern drohten[3]. Sie sagen aber auch, Ungarn habe dem nur in der Form eines „provisorischen" Waffenstillstands zugestimmt, der die Möglichkeit einer Revision der Bedingungen unter dem endgültigen Waffenstillstand offengelassen habe. Horthy schreibt in seinen Memoiren, das Abkommen sei lediglich „paraphiert" worden, als eine Grundlage für weitere Verhandlungen[4]; Hennyey erklärt ausdrücklich, der Kriegsrat habe, als er die Bedingungen anzunehmen beschloß, einstimmig die Forderung abgelehnt, Ungarn solle Deutschland den Krieg erklären: „. . . und noch entschiedener einen Überfall auf die deutschen Truppen in Ungarn . . .".

Leider widersprechen die Dokumente dieser Behauptung.

Die Delegation hat sich in der Tat einige Tage lang mit den Russen herumgestritten, aber nicht über irgendwelche Bedingungen, da ihr bis zum späten Abend des 8. Oktobers gar keine solchen Bedingungen präsentiert worden waren. Der Streit drehte sich um zwei Punkte. Einmal berief sich Faraghó auf gewisse Versprechungen, die den Ungarn von einem russischen Offizier namens Makarow ge-

[3] Horthy an Adenauer in Wehrwissensch. Rundschau 12 (1962), S. 718; Hennyey, ebenda, S. 703. Hennyeys Version ist auch noch durch eine Unklarheit belastet, da er an einer Stelle den 8. Oktober (korrekt) als den Tag nennt, an dem die russischen (alliierten) Bedingungen der Delegation erstmals präsentiert wurden, während er an anderer Stelle schreibt, daß „nach dem 5. Oktober" (an welchem Tag die Delegation zum ersten Male von General Antonow empfangen wurde) die Delegation einige Tage lang mit den Sowjets „Telegramme wechselte".

[4] N. v. Horthy, Ein Leben für Ungarn, Bonn 1953, S. 282.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

macht worden waren[5], während sich die Russen weigerten, diese Versprechungen als bindend anzuerkennen. Als zweiter Punkt standen die Vollmachten der Delegation zur Debatte, die in der Tat unzureichend waren und ohne deren Ergänzung die Russen die Aufnahme der eigentlichen Verhandlungen ablehnten. Alle Telegramme Faraghós bis zum 8. Oktober einschließlich (hier: Nr. 1–5) drehten sich in erster Linie um diese zwei Punkte, und Horthy sandte lediglich zwei Antworttelegramme: in dem einen ersuchte er um die Wiederholung eines nicht zu dechiffrierenden Telegramms, im anderen bestätigte er die Befugnis der Delegation, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, wenngleich er feststellte, daß er die Bedingungen kennen müsse, bevor er Faraghó endgültig autorisieren könne, sie zu unterschreiben. Die behauptete Forderung und ihre Ablehnung hat es zu dieser Zeit einfach nicht gegeben.

Aus diesen ersten Tagen gibt es nur eine einzige Andeutung von Bedingungen, und zwar in Faraghós Telegramm Nr. 4, in dem er sagte, daß „sie hauptsächlich an militärischer Zusammenarbeit interessiert sind". Was als Antwort darauf erscheint, ist in Horthys Telegramm Nr. IV enthalten, nämlich der Satz: „Zu geforderter Zusammenarbeit Bereitschaft vorhanden."[6]

Wie schon gesagt, haben die Russen (nachdem sie sich offenbar auf Grund von Horthys Telegramm Nr. II entschlossen hatten, Faraghó als ausreichend beglaubigt zu akzeptieren) erst am späten Abend des 8. Oktobers ihre (bzw. der Alliierten) Bedingungen der Delegation mitgeteilt. Faraghó gab sie am 9. Oktober um 3 Uhr morgens per Funk nach Budapest weiter (Telegramm Nr. 6).

Der Text dieses Telegramms wird im Anhang veröffentlicht und braucht hier nicht wiederholt zu werden. Er enthielt aber, wie man sehen wird, die ausdrückliche Forderung, Ungarn solle Deutschland den Krieg erklären und seine Waffen gegen die deutschen Truppen richten. Ferner ist es zwar richtig, daß die Vereinbarung als „Präliminarwaffenstillstand" (wenngleich keineswegs als „provisorischer") und nicht als definitiver Waffenstillstand bezeichnet wurde (und Gott weiß, warum die Russen diese Form wählten), jedoch trifft es nicht zu, daß Ungarn lediglich zu ihrer „Paraphierung" als einer Basis für weitere Verhandlungen aufgefordert wurde. Gewiß hätte der definitive Waffenstillstand auch noch andere Bedingungen enthalten können, zunächst aber wurde von Ungarn in ultimativer Form verlangt, die jetzt mitgeteilten Bedingungen anzunehmen: „Wenn Ungarn nicht annimmt, hat er [der sowjetische Außenminister] nichts mehr zu sagen." Und es trifft ebenfalls nicht zu, daß kein Zeitpunkt festgesetzt worden sei. Wohl wurde kein bestimmter Tag des Kalenders genannt, und die Einzelheiten der militärischen Zusammenarbeit mußten erst noch ausgearbeitet werden. Aber die Räumung der Ge-

[5] Vgl. Hennyey, a. a. O., S. 716, und Macartney, a. a. O., II, S. 350.

[6] Dieses Telegramm ist erst um Mitternacht vom 9. auf 10. Oktober abgegangen, da aber jede Bezugnahme auf Faraghós Telegramm Nr. 6 fehlt, ist es sicher, daß dieses Telegramm noch nicht eingegangen war. Die Übermittlung nahm oft viel mehr Zeit in Anspruch, als die Beteiligten glaubten; möglicherweise hielten die Russen einige Telegramme zurück, um sie vor der Weitergabe zu dechiffrieren.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

biete außerhalb der Grenzen des Jahres 1937 sollte „sofort" beginnen und in den zehn Tagen nach Eingang „dieser Note" bei der ungarischen Regierung beendet werden. Die Kriegserklärung an Deutschland sollte „sofort" erfolgen.

Außerdem hat Faraghó selber darauf hingewiesen, daß die Bedingungen „im allgemeinen die gleichen wie bei Rumänien" seien, und die Ungarn wußten am besten, daß die Rumänen ihre Kehrtwendung „sofort" vollzogen hatten.

Dieses Telegramm scheint Buda aus irgendeinem Grunde erst am Abend des 9. Oktober erreicht zu haben[7]; jedenfalls hat Horthy erst am Morgen des 10. mit jenen Männern beraten, die er in sein Vertrauen zu ziehen beschlossen hatte: Lakatos (Ministerpräsident), Hennyey (Außenminister), Csatay (Verteidigungsminister), Vörös (Generalstabschef), Vattay (Leiter des Militärkabinetts) und Ambrozy (Leiter des Zivilkabinetts). Dies ist die Konferenz, von der Hennyey schreibt, sie habe die Forderung, Ungarn solle Deutschland den Krieg erklären oder seine Waffen gegen die deutschen Truppen richten, einstimmig und mit Entschiedenheit abgelehnt. Hennyeys Bericht ist der einzige, den wir über jene Konferenz besitzen, mit einer Ausnahme, und es muß festgestellt werden, daß diese zweite Version von der Version General Hennyeys abweicht. Als General Lakatos im Prozeß gegen Szálasi aussagte, erklärte er, die Ungarn hätten die Bedingungen als hart empfunden (was man durchaus verstehen kann), er aber habe ihre Annahme befürwortet und lediglich vorgeschlagen, daß jener Teil der Roten Armee, der sich Budapest näherte, um vorübergehendes Stehenbleiben ersucht werden solle, da es andernfalls für die 1. Ungarische Armee schwierig werden würde, rechtzeitig zurückzugehen, „um zu ermöglichen, daß die Deutschen wirklich angegriffen würden"[8]. Und wenn man den Presseberichten über seine Aussage Glauben schenken darf, so hat nicht allein er, sondern haben alle Anwesenden die Bedingungen akzeptiert[9].

Jedenfalls heißt es in Horthys Telegramm Nr. VI, um Mitternacht nach dem Treffen abgesandt: „Ungarn nimmt Präliminarbedingungen an." Das am folgenden Tage abgeschickte Telegramm Nr. VII wiederholt die Annahme und zählt die akzeptierten Bedingungen der Reihe nach auf, einschließlich der sofortigen Kriegserklärung an Deutschland. Beide Telegramme enthalten auch Bezugnahmen auf die russisch-ungarische militärische Zusammenarbeit.

Faraghó unterzeichnete nun die „Präliminarbedingungen" (Telegramm Nr. 12), und seine folgenden Telegramme galten alle den Einzelheiten der vorgesehenen militärischen Zusammenarbeit. Wenn die Russen in den nächsten paar Tagen die

[7] Vgl. Anm. 6. Es ist bemerkenswert, daß Horthys Telegramm Nr. V, das am 10. Oktober um 14 Uhr abging und Faraghós Nr. 6 bestätigte (das einzige, das er an diesem Tage abschickte), dieses „Ihr Telegramm vom 9. abends" nennt, während es tatsächlich um 3 Uhr morgens abgesandt worden war.

[8] „Annak érdekében, hogy a németek tényleg megtámadhatók legyenek." Szálasi-Per, S. 134.

[9] „Kossuth Népe" vom 20. 2. 1946 zitiert ihn folgendermaßen: „Die wichtigste Bedingung bestand darin, daß die ungarischen Truppen sofort zu den Russen übergehen und gegen die Deutschen die Feindseligkeiten beginnen sollten. Wir nahmen diese Bedingung an."

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frage des diplomatischen Schrittes einer Kriegserklärung nicht aufwarfen, so ist das vermutlich darauf zurückzuführen, daß die Russen die Fortsetzung der Verhandlungen ihren Soldaten überließen. Es gibt jedoch keinen Zweifel daran, daß sie auf Grund der Annahme arbeiteten, die Verpflichtung sei übernommen worden und werde praktisch durchgeführt, sobald die unmittelbaren Schwierigkeiten der Ungarn überwunden seien. Sie selber erfüllten ihre Verpflichtungen. Und auch Horthy handelte auf Grund der gleichen Annahme. Der von ihm entwickelte Plan sah vor, daß er, wenn der passende Augenblick gekommen sei, der Nation über den Rundfunk seine Absicht mitteilen werde, um einen Waffenstillstand nachzusuchen. Er hatte Hitler sein Wort gegeben, daß er die Deutschen vorher verständigen werde, sollte er je diesen Schritt tun[10], und er wollte sein Versprechen auch halten, allerdings nur in dem recht formalen Sinne, daß er den deutschen Gesandten unmittelbar vor der Abgabe jener Erklärung über seine Absichten informieren würde. Gleichzeitig wollte er die im Präliminarwaffenstillstand übernommene Verpflichtung erfüllen. Ungarn hatte damals drei Armeen an der Front stehen, und der Befehlshaber der 3. Armee, General Heszlény, sollte nicht eingeweiht werden, da bekannt war, daß er mit Sicherheit den Gehorsam verweigern würde. Aber General Veress, Befehlshaber der 2., und General Miklós, Befehlshaber der 1. Armee, hatten beide die Weisung erhalten, nach Eingang der Botschaft „Befehl vom 1. März 1920 ist auszuführen" mit den örtlichen russischen Kommandeuren Verbindung aufzunehmen und ihre Truppen gegen die Deutschen vorgehen zu lassen[11]. Vörös, der Chef des Generalstabs, scheint erst in der Nacht des 14. seine eigenen Anweisungen bekommen zu haben (wenn er auch über das Bevorstehende Bescheid gewußt haben muß, da er an der Konferenz des 10. teilgenommen hatte). Er hat später den Befehl in dem bereits zitierten Wortlaut wiedergegeben[12].

Das Stichwort sollte gleichzeitig mit der Proklamation gegeben werden, und die Proklamation selbst hatte ursprünglich einen Satz enthalten, in dem mitgeteilt wurde, daß Ungarn die Beziehungen zu Deutschland abbreche und Berlin den Krieg erkläre[13].

[10] Er hatte dieses Versprechen im vorhergehenden März während einer Unterredung auf Schloß Klessheim gegeben (Macartney, a. a. O., S. 234) und fühlte sich später daran gebunden (ebenda, S. 320, 338).

[11] Veress, der am 11. Oktober eingeweiht worden war, hat dem Verfasser mitgeteilt, daß seine Instruktionen besagten, er solle, sobald er den verschlüsselten Befehl erhalte, auf Seiten der Russen gegen die Deutschen kämpfen. Miklós ist am 12. informiert worden. Weder im Szálasi-Prozeß noch in dem Buch „A debreceni Feltámadás" (abgekürzt: D. F.) hat er den Text seiner Instruktionen wiedergegeben, doch hat er in „D. F.", S. 38, geschrieben, daß ihn zwar der auslösende Befehl nicht erreicht habe, daß er aber, nachdem er die Proklamation gehört habe, sofort Weisung gegeben habe, Front gegen die Deutschen zu machen.

[12] Im Szálasi-Prozeß charakterisierte er den Befehl folgendermaßen: „Er besagte im wesentlichen, daß die Truppen kehrtmachen und mit den gegenüberstehenden russischen Befehlshabern Verbindung aufnehmen sollten." In „D. F.", S. 46, gebrauchte er die Worte: „Die Armee sollte zu den Russen übergehen und den Kampf gegen die Deutschen fortsetzen."

[13] Lakatos sagte nach „Kossuth Népe" und „Világ" vom 20. 2. 1946: „Danach [nach dem Kronrat] ging die Proklamation des Reichsverwesers hinaus, mit Ausnahme eines Satzes.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es ist nun richtig, daß sich Horthy bei der Wahl des Zeitpunktes, zu dem die von ihm übernommene Verpflichtung in Kraft treten sollte, Zeit ließ, und eine der dafür maßgebenden Überlegungen war ohne Zweifel die allmählich schwindende Hoffnung, die Westmächte würden doch noch intervenieren; allerdings hoffte er nicht darauf, daß sie „eine Modifizierung der Forderung nach einer Kriegserklärung an Deutschland bewirken" würden, wofür es für sie keinen ersichtlichen Grund gab, sondern eher darauf, daß sie Fallschirmtruppen nach Westungarn entsenden und es dadurch vor einer russisch-rumänischen Besetzung bewahren würden. Eine andere Erwägung galt der sehr realen militärischen Schwierigkeit, daß bis zum Eintreffen der 1. Armee aus den Nordostkarpathen – eine Operation, die mehrere Tage dauern mußte – die schwachen ungarischen Abteilungen in und um Budapest den dort stehenden deutschen Kräften weit unterlegen waren. Doch hatten die 1. und die 2. Armee den Befehl erhalten, auf die Hauptstadt zurückzufallen, und die entsprechenden Bewegungen eingeleitet, und Horthy beabsichtigte seine Proklamation zu erlassen, sobald die notwendigen Verstärkungen die Hauptstadt erreichten.

Der Konflikt, der jetzt zwischen Horthy und den Russen entstand, ging einfach darauf zurück, daß die Russen der Auffassung waren, die Festlegung der Zeittafel sei ihre Sache, und daß ihr Terminkalender einen wesentlich rascheren Ablauf der Ereignisse vorsah als der Horthys. Ihr Verdacht, Horthy treibe ein Doppelspiel mit ihnen, wurde durch mehrere unglückliche Umstände geweckt. Erstens hatten sie offensichtlich keine Ahnung von den Schwierigkeiten mit Heszlény, der, als sie, wie mit Faraghó vereinbart, gegenüber seinen Linien stehenblieben, prompt eine Offensive gegen sie begann. Zweitens wurden die von ihnen über Faraghó gegebenen Weisungen, Einzelheiten über die Stellungen der deutschen und ungarischen Truppen mitzuteilen und einen Emissär zu ihrem Befehlshaber in Szeged zu schikken, um dort ähnliche Informationen zu geben und weitere Instruktionen entgegenzunehmen, entweder schlecht verschlüsselt oder schlecht entschlüsselt und mußten daher wiederholt werden. Die Informationen sind zwar gegeben worden (Telegramm Nr. XIII), aber mit einer Verspätung von vierundzwanzig Stunden. Auch der Emissär (Oberst Utassy) wurde entsandt, jedoch ebenfalls mit einer Verspätung von vierundzwanzig Stunden und überdies, was noch schlimmer war, falsch instruiert. Nachdem er in Szeged eingetroffen war, am Nachmittag des 15. Oktobers, stellte es sich heraus, daß ihn Vörös (oder ein Beauftragter Vörös') weder mit Informationen versehen noch zum Empfang oder zur Übermittlung von Weisungen autorisiert hatte, sondern beauftragt, um Waffenstillstandsbedingungen zu bitten[14].

Die Folge war das russische Ultimatum, auf das sich General Hennyey bezieht – eine aufgebrachte Botschaft von Antonow, die Faraghó übermittelte (Telegramm Nr. 18) und die von Ungarn verlangte, die übernommenen Verpflichtungen (ein-

Dieser Satz lautete: ‚Ungarn betrachtet den Kriegszustand mit Deutschland von heute an als eingetreten'."

[14] Macartney, a. a. O., S. 397. Ich weiß nicht, durch wessen Dummheit oder falsches Spiel dies verursacht wurde.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schließlich des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland und des Beginns aktiver Operationen gegen die deutschen Truppen) innerhalb von achtundvierzig Stunden zu erfüllen.

Merkwürdigerweise hatte dieses Ultimatum überhaupt keinen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der Dinge. Es traf im Palast erst in den frühen Morgenstunden des 15. ein, und zu dieser Zeit hatte sich Horthy, wie die Dechiffrierer (vor allem Frau v. Horthy jr.) wußten, bereits entschlossen, seine Proklamation (und mit ihr das Stichwort für die Militärs) am folgenden Mittag herausgehen zu lassen. Sein Entschluß beruhte einfach auf der Tatsache, daß es hoffnungslos schien, die 1. Armee innerhalb einer absehbaren Frist zurückzuerwarten, und daß inzwischen immer mehr deutsche Truppen eintrafen; es sah ganz so aus, als würde sich in der absehbaren Zukunft jede Veränderung des örtlichen Kräfteverhältnisses zu Ungunsten der Ungarn auswirken. Überdies war die Luft voller Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch der Pfeilkreuzler[15]. Die Voraussetzungen hatten sich nicht geändert; auf dem als „Generalprobe" am Abend des 14. einberufenen Ministerrat[16] teilte Vattay, dem die Instruierung der Generale Miklos und Veress übertragen worden war, den Ministern mit, daß diese Arrangements in Ordnung seien, und es wurden außerdem Maßnahmen zur Verteidigung des Palastes gegen einen erwarteten deutschen Angriff besprochen.

Frau v. Horthy kannte die vorgesehene Zeittafel, und da sie glaubte, es geschehe bereits alles, was geschehen könne, hielt sie es für überflüssig, den Reichsverweser zu wecken und ihn über das Ultimatum zu unterrichten[17]. Sie sandte ein Telegramm nach Moskau, in dem sie die Schwierigkeiten der Lage erklärte, und übergab das Ultimatum dem Adjutanten des Reichsverwesers, der es am kommenden Morgen aushändigen sollte. Am Morgen aber scheinen die mit dem deutschen Ultimatum und der Entführung des Sohnes Horthys verbundenen Aufregungen, der letzte Kronrat und die Herausgabe der Proklamation das russische Ultimatum völlig in den Hintergrund gedrängt zu haben. Die Proklamation wurde jedoch erlassen und der verschlüsselte Befehl unterzeichnet und zur Weiterleitung dem Verteidigungsministerium zugestellt. Was Horthy betrifft, so hatte er – sehr unwillig, aber in der Überzeugung, den Interessen seines Landes gemäß zu handeln – seinen Truppen den Befehl gegeben, die Deutschen anzugreifen.

Er hatte allerdings Deutschland nicht den Krieg erklärt, und der Satz, der die Absicht zu diesem Schritt verkündete, war sogar im letzten Augenblick aus der Proklamation gestrichen worden[18]. Soweit man sehen kann, war das auf eine schwache Hoffnung zurückzuführen, die Verhandlungen für den endgültigen

[15] Macartney, a. a. O., S. 391. So hat der Reichsverweser selber mir seine Motive dargestellt.

[16] Ebenda, S. 394ff. Es handelte sich um eine Generalprobe für den Kronrat, der am folgenden Tag stattfinden sollte, ohne den Reichsverweser und ohne die beiden Minister, die als unzuverlässig galten.

[17] Persönliche Mitteilung Frau v. Horthys an den Verfasser.

[18] Vgl. Anm. 13.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Waffenstillstand könnten einen solchen Akt vielleicht doch noch überflüssig machen. Daß man dieser übernommenen Verpflichtung zu entgehen suchte, ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sie früher übernommen worden war.

General Hennyey dürfte von fast allen diesen Vorgängen keine Kenntnis gehabt haben, da Horthy – ein weiteres bemerkenswertes Charakteristikum der Situation – am 10. Oktober, nachdem er die Bedingungen der Alliierten erhalten hatte, zwar drei seiner Minister konsultierte, sie aber nicht – jedenfalls nicht Hennyey und Csatay – darüber informierte, welchen Weg er nach der Konferenz eingeschlagen hatte. So waren die Minister während des erwähnten Kronrats übereingekommen, Hennyey solle, sobald die Proklamation erlassen werde, die drei Alliierten (über die neutralen Missionen) um einen Waffenstillstand bitten, zu dessen Bestimmungen auch die gehören müsse, daß „die deutsche Armee Ungarn in der gleichen Weise räumen soll, wie sie Finnland geräumt hat". Angesichts der Tatsache, daß sich Ungarn bereits verpflichtet hatte, die Deutschen anzugreifen, war das natürlich völlig unsinnig, und als Ambrózy am Abend des 15. Lakatos, Hennyey und einem Dritten schließlich die Lage erklärte, waren „die Minister" denn auch, wie Ambrózy später aussagte[19], „überrascht zu erfahren, daß der Waffenstillstand eigentlich schon geschlossen war". Die Minister hatten noch geglaubt, daß die Deutschen und die Pfeilkreuzler „den Abschluß des Waffenstillstands mit Gewalt zu verhindern suchen würden", und daß die militärischen Dispositionen dieser Eventualität galten. Wie dieser Eindruck bei ihnen entstehen konnte, vermag ich allerdings nicht zu erklären.

Die Ungarn haben die Deutschen nicht angegriffen, aber der Grund dafür ist die Tatsache, daß die Offiziere der ungarischen Armee, einige wenige ausgenommen, die Teilnahme an einer solchen Aktion verweigerten. Der verschlüsselte Befehl ist im Verteidigungsministerium von Offizieren zurückgehalten worden, deren Sympathien der anderen Seite gehörten und die dem Inhalt des Befehls mißtrauten[20]. Das hatte keine weiteren Folgen, da Miklos und Veress erkannten, daß ihnen das Stichwort gegeben worden war, und sie dementsprechend zu handeln versuchten. Aber Veress wurde prompt von den Deutschen festgenommen, und Miklos versagten seine Offiziere den Gehorsam; er ging zu den Russen über, jedoch praktisch ohne Begleitung. Heszlény, der Oberbefehlshaber der Dritten Armee, stand bereits vorher auf der anderen Seite, für die sich auch das I. Korps in Budapest erklärte, nachdem es seinen Kommandierenden General abgesetzt hatte. Schließlich hat auch noch Vörös einen zweideutigen Tagesbefehl erlassen, der mit den Verpflichtungen des Präliminarwaffenstillstands unvereinbar war.

Es ist nicht meine Absicht, hier Dinge zu wiederholen, die ich mit allen Einzelheiten schon an anderer Stelle geschildert habe. Nur einen weiteren Punkt möchte ich noch erwähnen: General Hennyeys Versicherung, der Reichsverweser und die

[19] Szálasi Per, S. 145.

[20] Vgl. Macartney, a. a. O., S. 413 ff. General Hennyey irrt sich, wenn er schreibt, Horthys Befehl an die Truppen (der sie einfach ermahnte, ihren Befehlshabern zu gehorchen) sei nicht hinausgegangen. Er ist, zusammen mit der Proklamation, zweimal verlesen worden.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Minister seien am Abend des 15. übereingekommen, daß sie das russische Ultimatum nicht annehmen könnten[21]. Das trifft zwar zu, ist aber höchst irreführend, wenn die gebrauchten Worte nicht sorgfältig geprüft werden, und der Beschluß kann sicher nicht als Beweis dafür genommen werden, daß der Reichsverweser oder seine Minister in gleicher Weise eine gleiche Forderung am 10. Oktober abgelehnt hätten.

In Wahrheit hat Horthy noch um 18 Uhr am Nachmittag des 15. Oktobers versucht, wenigstens eine der Forderungen des Ultimatums zu erfüllen, und einen Emissär nach Szeged zu schicken[22]. Aber selbst das erwies sich als unmöglich; und und als die Minister, oder einige der Minister, schließlich von dem Ultimatum Kenntnis erhielten und zugleich erfuhren (was erst um 22 Uhr geschah), daß der Präliminarwaffenstillstand schon vier Tage zuvor unterzeichnet worden war, gab es nicht mehr die geringste Möglichkeit, irgend etwas hinsichtlich der anderen Bedingungen zu unternehmen, und zwar einfach deshalb, weil die Deutschen, die prodeutschen Offiziere und die Pfeilkreuzler überall die Macht in Händen hielten. Horthys Wille galt außerhalb der Mauern seines Palastes nichts mehr. Wohl ist vom Palast noch eine Botschaft abgegangen[23], in der die Russen aufgefordert wurden, sich mit Miklos und Veress in Verbindung zu setzen, aber Veress war, wie schon gesagt, zu dieser Zeit bereits festgenommen, und Miklos' Armee erkannte seine Befehlsgewalt nicht mehr an. Der Reichsverweser und seine Minister haben das Ultimatum nicht „zurückgewiesen", wenn man dieses Wort so versteht, wie es normalerweise verstanden wird und verstanden werden muß; sie stimmten einfach darin überein – mit oder ohne Befriedigung –, daß sie nichts tun konnten, um es zu erfüllen.

C. A. Macartney

Dokumente

A. Funktelegramme zwischen Moskau und Buda, 5.–16. Oktober 1944. Telegramme aus Moskau werden mit arabischen, Antworten aus Buda nach Moskau mit römischen Ziffern gekennzeichnet[1].

1. 5. Oktober 1944.
   Wir sind Sonntag[2] angekommen, wurden vom zweiten stellvertretenden Generalstabschef[3] sofort empfangen. Mit ersten[4] und zweiten stellv. Gen.St.-

[21] General Hennyey schreibt in Wehrwissensch. Rundschau 12 (1962), S. 704, dieses Ultimatum sei „entschieden zurückgewiesen" worden; auf S. 711 sagt er: „Wir waren mit dem Reichsverweser darin einig, daß wir dieses Ultimatum nicht annehmen konnten." S. 715: Der Reichsverweser „ließ den Leiter der Waffenstillstandskommission wissen, daß dieses Ansinnen unannehmbar sei".

[22] Macartney, a. a. O., S. 428.

[23] Telegramm Nr. XVIII; vgl. auch Telegramm Nr. XIV, das am Abend des 14. als provisorische Antwort auf das Ultimatum abging.

[1] Zusätze des Verf. und Übersetzers in eckigen Klammern.

[2] den 1. 10. 1944.

[3] General Kuznezov.

[4] Armeegeneral Antonov.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chef heute Donnerstag verhandelt. Sie werden Brief an Marschall[5] übergeben. Erbitten aufgrund Gespräche mit ihnen Major József Nemes[6] über Ladomer unverzüglich übersenden. Soll [Herrn] Gen. 43er schwarze Schuhe bringen.

2. 6. Oktober.
Ohne Vollmacht zur Unterschrift wollen sie nicht einmal in Verhandlungen über Einzelheiten eingehen. Erbitten sofort telegraphisch auf Namen ausgestellte Unterschriftsvollmacht zu Waffenstillstands- oder anderem Abkommen mit drei Alliierten. Major Nemes soll sie außerdem schriftlich mitbringen. Wir teilen Abkommen vor Unterschrift zustimmungshalber mit.

I. 7. Oktober.
Ungarisches Telegramm[7] empfangen, bitte beide bisherigen Telegramme wiederholen. Erbitte Nachricht über Ergebnisse der Besprechungen.

3. 7. Oktober.
Telegramm Nr. Drei empfangen. Wiederholung gesendet. Keine Verhandlung vor Ankunft erbetener Vollmacht.

4. 7. Oktober, Nachmittag.
Brief ausgehändigt, da er keine Unterschriftsvollmacht enthält, wurde Sendung des Telegramms Nr. 3 gefordert. Stimmung nicht schlecht, sie wollen schnelle Vereinbarung mit uns. Antonow stellv. Generalstabschef betonte, daß wir im Kriegszustand sind, deshalb werden Verhandlungen vorläufig vom Generalstab geführt, aber unter Leitung des Staatsoberhauptes und Außenministers. Sie sind hauptsächlich an militärischer Zusammenarbeit interessiert.

5. 7. Oktober, Nachmittag.
An genannten zwei Verhandlungen betonten wir, daß Reichsverweser seinen Brief erst nach Kenntnisnahme der Versprechung Makarows schrieb. Wir ließen unsere empfangenen Richtlinien und Versprechungen Makarows protokollieren. Nach Telekis Tod[8] kam Ungarn stufenweise unter Besetzung, seit 19. März 1944 vollständige deutsche Unterdrückung. Wegen völligen Mangels an Bewegungsfreiheit konnten wir uns in Richtung Alliierten nicht orientieren. Seit gegenwärtige Regierung [in Amt] größere Bewegungsfreiheit, ermöglichte Kontaktaufnahme, so wurde bereits vor russischer Einladung in Rußland und Rom sondiert[9]. Reichsverweser und Öffentlichkeit will auf die russen- und serbenfreundliche Teleki-Linie zurückkehren, wofür Gézas[10] Anwesenheit hier Garantie ist.

II. 8. Oktober.
Telegramme erhalten. Wegen starker Zunahme hiesiger deutscher Kräfte Aufschub notwendig. Entschluß und brieflich gegebene Vollmacht besteht unverändert. Bittet, Euch auf obige berufend, um Mitteilung der Bedingungen, erst nach Kenntnis derselben kann Vollmacht zur Unterschrift gegeben werden.

6. 9. Oktober [0 Uhr 3 Min.][11]
Am Achten in der Nacht übergab Außenminister Präliminarbedingungen

[5] Gemeint ist wohl der Brief von Horthy an I. V. Stalin (vgl. October 15th, II, S. 354).

[6] Zur Person vgl. ebd., S. 373, Anm. 1.

[7] Unbekannt, warum der Hinweis auf die Sprache, in der das Telegramm abgefaßt war, notwendig schien.

[8] Ministerpräsident Graf Paul Teleki nahm sich am Frühmorgen des 3. April 1941 das Leben.

[9] Vgl. October 15th, II, S. 351 (und weiter unten Telegramm VIII).

[10] Sohn des ehem. Ministerpräsidenten Graf Teleki.

[11] Keine Uhrzeit im Original. Ergänzt aus dem Bericht von Gen. Faraghó, vgl. October 15th, II, S. 378.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch namens Britischen Reiches und Vereinigter Staaten. Wenn Ungarn diese annimmt, so tritt Kommittee in Moskau zusammen und verhandelt Waffenstillstandsbedingungen. Wenn Ungarn nicht annimmt, hat er nichts mehr zu sagen. Bedingungen im allgemeinen die gleichen wie bei Rumänien. Oberstleutnant Makarow und seine Tätigkeit werden nicht anerkannt. Russische Regierung erwartet dringend Antwort. Diese Vorbedingungen sind folgende: Ungarn hat alle tschechischen, slowakischen[12] und rumänischen Gebiete zu räumen, die es über die Grenzen vom 31. Dezember 1937 hinaus besetzt hält. Alle Truppen und Beamte müssen evakuiert werden. Evakuierung muß sofort beginnen und innerhalb 10 Tagen beendet werden. Beginn rechnet vom Tage des Eingangs dieser Note bei der ungarischen Regierung. Zur Beobachtung und Kontrolle der Evakuierung senden [die] drei Regierungen die interalliierte Kommission unter russischem Vorsitz nach Ungarn. Ungarischer Staat hat alle Verbindungen mit Deutschland abzubrechen und ihm sofort den Krieg zu erklären. Ansonsten ist russische Regierung bereit, Ungarn mit seinen Truppen Hilfe zu leisten.

III. 9. Oktober, 18 Uhr 15 Min.
Telegramm Nr. III. Heute abend um einundzwanzig Uhr sende ich wichtiges Telegramm.

IV. 10. Oktober, 0 Uhr 20 Min.
Telegramm Nr. IV. Abschluß Waffenstillstandes erwünscht. Vollmacht zu Unterschrift erteilt. Zu geforderter Zusammenarbeit Bereitschaft vorhanden. Major Nemes reist mit schriftlicher Vollmacht über Körösmezö ab. Strecke Ladomer unter Bewachung. Erbitte Bedingungen vor Unterschrift dringend mitteilen.

V. 10. Oktober, 14 Uhr.
Telegramm Nr. V. Am 9. Abend gesendetes Telegramm[13] empfangen. Antwort in Vorbereitung, wird heute abend um 21 Uhr gesendet.

7. 10. Oktober, 15 Uhr 30 Min.[14]
Telegramm Nr. IV empfangen, habe entsprechende Maßnahmen getroffen. In gemeldeter Verhandlung haben wir dem Außenminister die Punkte des Makarow-Briefes mündlich, dann in Note mitgeteilt und baten ihn, diese Note auch Alliierten zur Kenntnis zu bringen. Anscheinend kann man gegenwärtig nur über militärische Zusammenarbeit verhandeln. Zur Rettung Budapest werden wir hier Einbruch über Vác und Párkány vorschlagen. Nachdem wir ungarische Gebiete in Siebenbürgen bereits geräumt haben, wäre sehr wünschenswert, 1. und 2. Armee in Richtung Debrecen–Budapest dringend zu verschieben. So bleiben wir innerhalb alter Grenzen und können eventuell auch Hauptstadt selbst besetzen. Bitte mitteilen ob Herr Reichsverweser Budapest verlassen hat. In diesem Falle muß Verbindung genau geregelt werden.

8. 10. Oktober, 21 Uhr.
Erbitte Wiederholung. Chiffrierung bis auf ersten Satz fehlerhaft.

---

[12] Im Ungarischen: „tót" ist eine, von den betroffenen als pejorativ empfundene Bezeichnung für Slowaken. Früher bedeutete das Wort auch „Kroaten". Hier müßte es, wenn nicht ein Irrtum vorliegt, auf die Südslawen bezogen sein, da ja Ungarn keine im engeren Sinne tschechischen Gebiete besetzt hielt, um so mehr jugoslawische.

[13] Offenbar Nr. 6 vom 9. 10. Tatsächlich wurde dieses Telegramm nicht abends, sondern um drei Uhr früh abgesandt (s. o.).

[14] Unbekannt, ob Moskauer Zeit oder MEZ. Die vorliegende Abschrift enthält keine Auskunft über die Datierung.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VI. 11. Oktober, 0 Uhr 30.
Telegramm Nr. VI. Ungarn nimmt vorläufige Waffenstillstandsbedingungen an. Bittet um alsbaldigen Beginn detaillierter Waffenstillstandsverhandlungen und völlige Geheimhaltung bis wir gegen die Deutschen, die in Budapest in Übermacht sind, von der Front militärische Kraft bringen können, um deutschen Putsch-Versuch und damit verbundenes Gemetzel, besonders Judenpogrom, zu verhindern. Um dies [. . . .] durchführen und Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen sichern zu können, bitten wir gegen Budapest vorrückende antisemitische[15] russische Truppen anhalten zu lassen.

9. 11. Oktober, 6 Uhr 30.
Heute früh um vier Uhr haben wir Inhalt des Telegramms[16] Außenminister mitgeteilt, daß Ungarn vorläufigen Waffenstillstand annimmt. Stimmung freundlich warm geworden. Englischer Ministerpräsident und Außenminister sind hier, wodurch Feierlichkeit und Beschleunigung der Sache gesichert. Letzteres vom Außenminister hervorgehoben. Sie fordern Wiederholung der Unterschriftsvollmacht mit gleichzeitiger aufzählender Wiederholung der Vorbedingungen. Wir bitten Wichtigkeit der Lage zu vergegenwärtigen und notwendige Schritte zu unternehmen, um unseren Verpflichtungen nachkommen zu können. Sie betonen stark die Wichtigkeit der Sache. Heute wird militärische Zusammenarbeit besprochen, dann wahrscheinlich eine Pause[17] von 1–2 Tagen im Vormarsch. Sie werden heute auf Inhalt des Telegramms antworten. Telegramm Nr. 9.

10. 11. Oktober, 18 Uhr.
Wieviel Zeit brauchen ungarische Truppen, um vor Budapest zu sein? Woher kommen sie, in welcher Stärke? Gendarmen? Wieviel deutsche Kräfte sind in der Hauptstadt, wieviel in der Umgebung? Wie verhält sich Judentum, weil sehr wichtig. Ob ungarische Regierung in Budapest ist? Hat Evakuierung der Gebiete begonnen? Was sollen wir dem Generalstab vorschlagen über Richtung, Art und Kraft der militärischen Hilfe, die Ungarn zu geben ist? Telegramm Nr. 10.

11. 11. Oktober, 18 Uhr.
Bitte Lajos[18] um Mitteilung, was der Deutsche von unserem Verschwinden weiß? Wie geht es unserer Familie?

12. 11. Oktober, 21 Uhr 30.
Heute um 20 Uhr unterschrieben wir Vorbedingungen. Sie haben die Bitte des Herrn Reichsverwesers erfüllt und heute Nacht machen russische Truppen im Vormarsch für ein–zwei Tage Halt. Sie stimmten der Entsendung ungarischer Truppen nach Budapest zu. Sie werden mir mitteilen, welcher ungarische Befehlshaber zu welchem russischen Kommandanten an der Front zwecks Besprechung von Einzelheiten übergehen soll. Sie wollen interalliierte Kommission baldigst entsenden. Nemes hat Grenze noch nicht überschritten, zum endgültigen Waffenstillstand ist schriftliche Vollmacht wichtig. Gleichzeitig bitten wir auch um ihre sofortige telegraphische Erteilung. Sie fragten, ob Truppen dem Reichsverweser treu bleiben werden. Wir bejahten mit Über-

[15] Das hier unangebrachte Wort wird wohl bei der Chiffrierung oder bei der Abschrift aus einem anderen Zusammenhang irrtümlich hierher gerutscht sein (C. A. M.).

[16] Gemeint ist Telegramm Nr. VI.

[17] Die ungarischen Worte können sowohl als „eine Pause von zwei Tagen" als auch im Sinne von einer „ein bis zwei Tage dauernden Pause" verstanden werden. Auf Grund des Telegrammes Nr. 12 (s. u.) ist die zweite Lesung wahrscheinlicher (C. A. M.).

[18] General Lajos Veress (C. A. M.).

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugung. Fachleute zur Ergänzung der Kommission bitte schon jetzt in Sicherheit bringen, eventuell in Debrecen. Sind Regierung und Herr Reichsverweser noch in Budapest? Bitte für Verbindung sorgen. Funkdaten bleiben.

VII. 11. Oktober, 22 Uhr 30.
Wir wiederholen unser Telegramm Nr. VI, daß Auftrag zur Unterschrift des Waffenstillstandsabkommens erteilt ist. Major Nemes fährt am 12. früh von hier mit bereits ausgefertigter schriftlicher Vollmacht über 1. Armee ab. Wiederholt Kabel[19] [?] Ungarn nimmt präliminäre Bedingungen an, nämlich Ungarn hat alle jene tschechische, slowakische, serbische und rumänische Gebiete, die es über die Grenzen vom 31. Dezember 1937 hinaus besetzt hatte, zu räumen. Alle Truppen und Staatsbeamte sind herauszuziehen. Räumung muß sofort beginnen und innerhalb von 10 Tagen abgeschlossen werden. Als Beginn rechnet der Tag, an dem ungarische Regierung diese Note empfangen hat. Zur Überwachung und Kontrolle der Evakuierung senden [die] drei Regierungen unter russischem Vorsitz die interalliierte Kommission nach Ungarn. Ungarischer Staat hat alle Verbindungen mit Deutschland abzubrechen und ihm sofort den Krieg zu erklären. Ansonsten ist russische Regierung bereit, Ungarn durch Truppen Beistand zu leisten.
Herr Reichsverweser bleibt in Budapest[20]. Deshalb mit Zustimmung seines Büros wegen den in unserem Telegramm Nr. VI enthaltenen Fehler. Wir betonen nochmals die große Wichtigkeit der Geheimhaltung bis die von der Front abgezogenen Kräfte zur Verfügung stehen werden, besonders weil große deutsche Panzer-Streitkräfte konzentriert wurden.

VIII. 11. Oktober, 22 Uhr.
Gegenseitige Verbindung mit unserem Beauftragten in Rom[21] fehlt. Wir haben Telegramm von ihm empfangen, doch die von dort angegebene Funkstation hat sich auf unseren Anruf bis jetzt nicht gemeldet. Daher können wir mit ihm keinen Kontakt herstellen. Bitte unserem Beauftragten in Rom irgendwie mitzuteilen, daß er auf der von ihm angegebenen Frequenz und Rufzeichen die Verbindung mit uns unverzüglich suchen soll. Telegramm Nr. VIII.

13. 12. Oktober, 2 Uhr 30.
Erbitten Wiederholung von letzten 38 Gruppen des Telegramms Nr. VII und letzten 54 Gruppen von Nr. VIII. Telegramm Nr. 13.

14. 12. Oktober, 2 Uhr 30.
Älterer Gen.St.-Offizier soll als Parlamentär sofort mit weißer Fahne von Kistelek nach Szeged fahren. Dort melde er sich beim Befehlshaber russischer Kampfgruppe zwecks Besprechung von Einzelheiten. Russische Truppen südlich von Szolnok der Theiß entlang werden nicht angreifen. Von dieser Front können wir alle Truppen nach Budapest ziehen. Telegramm Nr. 14.

IX. 12. Oktober, 2 Uhr 40.
Erbitten Chiffrierung der Telegramme 10, 11, 12 nachzuprüfen wegen vielen Wiederholungen Text unverständlich, erbitte Wiederholung.

---

[19] Unverständlich (s. folgende Anm.).

[20] Dieser Satz gehört wahrscheinlich an den Anfang (vgl. Anm. 19), ist aber auch dort nicht voll verständlich; wohl Chiffrierungs- oder Abschriftfehler. Am Sinn des Telegrammes ändert dies nichts. Es handelt sich um die gewünschte (vgl. Tel. Nr. 9) Wiederholung der präliminären Waffenstillstandsbedingungen (C. A. M.).

[21] General Náday verließ Ungarn am 22. Sept. 1944, um über Rom Kontakte zu den Alliierten herzustellen; vgl. October 15th, II, S. 351 f.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

15. 12. Oktober, 22 Uhr.
In Telegramm Nr. 14 bat ich, daß ein älterer Genst.-Offizier oder General als Parlamentär von Kistelek nach Szeged fahren und mit Kommandanten dortiger Kampftruppe verhandeln soll. Russische Truppen südlich von Szolnok an der Theiß entlang greifen nicht an. Von dieser Front können wir sofort alle Truppen nach Budapest abziehen. Erbitte dringend Antwort über Durchführung. Russen verstehen nicht, warum dies noch nicht geschehen ist? Ihr Vorschlag ist, daß wir auch unsere Panzerkräfte abziehen. Ich suche Verbindung mit Laji[22] wenn notwendig. Telegramm Nr. 15.

X. 12. Oktober.
Bitte Sendung Nr. 14 Gruppen 30–45 kontrollieren und wiederholen, da unverständlich.

XI. 13. Oktober, 4 Uhr 30.
Telegramm Nr. XI. Gestrige Telegramme Nr. 10, 11, 12, 13, 14 waren so lückenhaft zu empfangen, daß sie unverständlich sind. Wir baten sofort um Wiederholung, erhielten jedoch nur Nr. 14. Darauf antworteten wir, daß informierter Genst.Oberst als Parlamentär am 13. früh nach Szeged fährt zur Besprechung. Wir bitten nochmals um sorgfältige Chiffrierung und Wiederholung übriger Telegramme, um schnell antworten zu können.

16. 13. Oktober, 18 Uhr 30.
Nach hiesiger Kenntnis ist Parlamentär bis 14 Uhr am 13. in Szeged nicht eingetroffen. Bitte Ursache mitteilen. Wir suchen Kontakt zu Náday[23]. Wir baten, daß russische Regierung die Bombenangriffe auf Budapest verhindern möge und auch die englisch-amerikanischen Luftstreitkräfte[24] so instruieren lassen. Hoffnung auf Intervention besteht, da wir Juden und Brücken als Argument nannten. Vordrang der Russen gegen Budapest sowie alle Einzelheiten müssen in Ungarn besprochen werden. Dortige russische Truppen haben ausgezeichnete Verbindung mit ihrer Hauptstadt. Sie haben vorgeschlagen, daß rumänische Truppen der Südgrenze Ungarns entlang vorstoßen und sich mit ungarischen Truppen nicht mischen sollen. So kommen sie höchstens mit jugoslawischen Truppen in Berührung und das wäre sehr gut. Ich empfahl Fallschirmjäger ins Bakony-Gebirge und Einbruch aus Norden Richtung Vác, Esztergom, Párkánynána. Bat um Waffen vornehmlich schwere Artillerie, Panzertruppen und Flieger. Unsere Telegramme sind fehlerlos. Telegramm Nr. 16.

XII. 13. Oktober, 22 Uhr.
Telegramm Nr. XII. Wiederholung von Telegramm Nr. 10, 11, 12 erhalten und verstanden. Nr. 13 erwartet. Während jene bearbeitet werden[25] [?], in Telegramm Nr. 15 war Chiffrierfehler, auf dessen Lösung wir durch Zufall geraten sind. Wir bitten auf Chiffrierung besser zu achten, da wir sonst Zeit verlieren.

XIII. 13. Oktober, 23 Uhr 20.
Telegramm Nr. XIII. Antwort auf Telegramm Nr. 11. Ungarische Truppen in Stärke von zwei Divisionen können in 8–10 Tagen stufenweise in Budapest

---

[22] Gemeint ist General L. Veress; aus dem Text geht nicht klar hervor, ob die Moskauer Delegation mit ihm Verbindung suchen will oder ob sie darum bittet, den Kontakt mit Veress von Budapest aus zu arrangieren.

[23] Der Abgesandte in Rom (vgl. o. Anm. 21).

[24] Im Text wörtlich: „Luftschiff-Streitkräfte".

[25] Die Verbindung dieses Satzes mit dem folgenden ist unklar.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eintreffen, überwiegend von erster und zweiter Armee. In [und] um Hauptstadt eine SS-Reiterdivision, Hauptteil einer deutschen Panzerdivision und Gestapo. In Transdanubien zwei SS-Divisionen und mehrere Ausbildungsgruppen jeweils in Regimentsstärke. Das zu rettende Judentum ist dem Reichsverweser dankbar für Beistand, erwartet in ihm das Ende der deutschen Herrschaft. Ungarische Regierung bleibt in Budapest. Erste und zweite Armee haben Rückzug in Richtung West bzw. Südwest angetreten, gleichzeitig geht die Räumung fraglicher Gebiete vor sich. Aussendung interalliierter Kommission in stufenweise geräumte Gebiete erwünscht. Von slowakischer Grenze bis Dornavatra ausschließlich ungarische Truppen. Südlich davon im Gebiet Naszód, Kolozsvár, Nagyvárad ungarische und deutsche Truppen gemischt, um Debrecen, Mezötur, Szeghalom, Komádi ausschließlich deutsche Panzertruppen, in Bihar ungarische und deutsche Truppen. In Szolnok sind deutsche, längs der Theiß ungarische Truppen. Bezüglich Rückzugs ungarischer Truppen entstanden bereits Gegensätze [zwischen] ungarischer und deutscher Führung. Wir schlagen vor, daß Russen die Ungarn in ihrem Rückzug nicht behindern sollen. Sollen Angriff gegen ungarische Truppen nördlich der Szolnok–Debrecen Linie und westlich der Theiß solange nicht fortsetzen, bis ungarische Truppen in Budapest und westlich der Theiß[26] eintreffen. Vernichtung der Panzerkräfte nördlich von Debrecen erwünscht. Antwort auf Telegramm Nr. 11. Deutsche fragen oft nach dir. Familie in Sicherheit. Antwort auf Telegramm Nr. 13. Erbitten Antwort welcher Spezialisten die Kommission bedarf. Telegramm Nr. 14 bereits beantwortet. Unser Abgesandter bespricht auch Rücknahme der Theiß-Front. Antwort auf Telegramm Nr. 15 bereits früher mitgeteilt, daß südlich von Debrecen im genannten Gebiet nur deutsche Panzerkräfte kämpfen. Aus Frontabschnitt Biharkeresztes–Cseffa können wir keine Kräfte entziehen, dort sind keine eigenen Panzertruppen. Laji wird notwendigerweise selbsttätig Verbindung suchen. Unseres Wissens ist Parlamentär in den Mittagsstunden des 13. übergegangen. Erbitten Antwort gleichzeitig [über Ankunft?] . . . [Text bricht hier in der mir vorliegenden Kopie ab. – C. A. M.]

17. 14. Oktober, 19 Uhr.
In unserem Telegramm 13[27] bitten wir nur um Wiederholung der letzten 55 Gruppen aus ihrem Telegramm Nr. VII und die letzten 34 aus ihrem Telegramm Nr. VIII. Bitte diese sowie dritten Teil ihres Telegramms XI wiederholen. Telegramm Nr. 17.

18. 14. Oktober, 23 Uhr 45.
Telegramm Nr. 18. Erhielten von Genst.Chef am 14. um 20 Uhr folgende *Note:* „Oberst Utassy ist völlig uninformiert und vermochte daher die Besprechung in Fragen Waffenstillstand nicht durchzuführen. Der ungarische Staat bat Sowjetregierung um Einstellung des Angriffs in Richtung Budapest, um Teile eigener Kräfte nach Budapest abzuziehen. Sowjet erfüllte die Bitte, aber Ungarn zog Truppen nicht ab, sondern entfaltete heftige Aktivität um Szolnok. Obige beweisen, daß ungarische Regierung die Waffenstillstandsbedingungen wahrscheinlich nicht erfüllen will. Sowjetisches Oberkommando fordert daher, daß Ungarn die auf sich genommenen Verpflichtungen innerhalb von 48 Stunden erfülle und besonders:

[26] Offenbar irrtümliche Wiederholung aus der voraufgegangenen Zeile.

[27] Unklar, ob „unser" oder „euer" gemeint; sinngemäß bezieht sich der Satz auf das Moskauer Telegramm Nr. 13.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Breche alle Verbindungen mit Deutschland und eröffne gegen ihn die aktiven Kriegshandlungen.
2. Beginne den Abzug der Truppen von rumänischem, jugoslawischem und tschechoslowakischem Gebiet.
3. Sende am 18. um 8 Uhr zur sowjetischen Kommandantur in Szeged vollständige Daten über die Lage der ungarischen und deutschen Truppen und genaue Information über den Stand der Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen. Unterschrift Antonow Armeegeneral. Bitte obiges genau durchzuführen und mich ausführlich zu informieren. Nach Szeged sollen hervorragender General und Oberst Nádas[28] fahren. Diese Note erhielt auch Oberst Utassy.

XIV. 15. Oktober, 3 Uhr 30.
Telegramm Nr. XIV. Unser Abgesandter ist aus Szeged zurückgekehrt. Dortiger Befehlshaber fordert sofortige Kampfhandlungen. Das vermögen wir unter jetzigen Kräfteverhältnissen solange nicht, bis die Transporte in der Hauptstadt eintreffen. Beförderung geht leider wegen bisheriger militärischer Bombardierung der Eisenbahn bereits langsam. Die Deutschen vermuten schon viel. Auch aufgrund ausländischer Rundfunkmeldungen. Wenn Waffenstillstand zu ihrer Kenntnis gelangt oder öffentlich bekannt wird, können wir mit deutschem Angriff rechnen. Dagegen verteidigen wir uns unbedingt. In diesem Falle wird die Entsetzung von Budapest zur dringenden gemeinsamen Hauptaufgabe russischer [und] ungarischer Truppen. Bis dahin wollen wir die Burg als den Sitz der Regierung unbedingt halten. Dieser Wunsch wird Montag von unserem Abgesandten in Szeged mitgeteilt. Bittet dortigen I. Generalstabschef um Beistand.

XV. 15. Oktober, 3 Uhr 30.
Telegramm Nr. 11, Teil 3 ist mit Zahlenreihe 14 zu dechiffrieren[29].

19. 15. Oktober, 18 Uhr 30.
Telegramm Nr. 19. Nemes eingetroffen, Generalstab ungeduldig, weil Truppen von der Theiß noch nicht abgezogen. Wir warten auf Audienz beim Gen.st.ch. und Außenminister, um sie zu beruhigen.

XVI. 15. Oktober, 20 Uhr 20.
Sohn des Reichsverwesers heute früh von Pfeilkreuzlern und Deutschen gefangengenommen. Das Gebäude, in dem er sich befand, wurde beschossen, weitere Nachrichten fehlen. Stadt durch starke deutsche Reichskräfte umzingelt. Wir erhielten ein deutsches Ultimatum[30].

20. 15. Oktober, 21 Uhr 30.
Bitte dringende Antwort, welche und wieviel deutsche Divisionen in Budapest und Umgebung sind und welche sind ihre Nummern? Bitte Verbindung mit Laji regeln, Frequenz, Rufzeichen, Zeitpunkte. Den gleichen Code-Schlüssel geben. Telegramm Nr. 20.

XVII. 16. Oktober, 5 Uhr.
Deutsches Ultimatum läuft heute Abend um 22 Uhr (den 15.)[31] ab. Dann

[28] Oberst im Generalstab Lajos Nádas war zu dieser Zeit Leiter der Operationsabteilung im Ung. Kriegsministerium und genoß das Vertrauen sowohl von Veress als auch von Faraghó. Zu seiner Rolle in den Ereignissen vgl. October 15th, II, insbes. S. 412ff.

[29] Unverständlich. Es ist undenkbar, daß man Chiffre gewechselt hätte, Vielleicht: „. . . Teil 3 ist in 14 Zahlengruppen zu teilen . . .".

[30] Hierzu und zu den Telegrammen XVII, XVIII, XIX vgl. die Ereignisse des 15. Oktober, in: October 15th, II, S. 399ff.

[31] Zusatz im vorliegenden Text in Klammern (C. A. M.).

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutscher Angriff zu erwarten. Wir bitten um rasche Hilfe mit Vorstoß auf Budapest. Rundfunk in deutscher Hand.

XVIII. 16. Oktober, 5 Uhr.
Unsere Verbindungen abgeschnitten, fraglich ob Parlamentär morgen mit seinem Auftrag ankommt. Bitten mit Befehlshaber unserer ersten und zweiten Armee über die Front Kontakt aufzunehmen, wenn Verbindung mit uns unmöglich wird. Teilt mit, daß Verhandlungen mit Laji mit dem für diesen Fall ernannten Ministerpräsidenten fortgesetzt werden sollen, und er ist zu weiteren Schritten befugt. Rundfunk wurde vor Aufruf des Generalstabschefs besetzt.

XIX. 16. Oktober, 5 Uhr.
Erklärung des Generalstabschefs wurde von dem in deutscher Hand befindlichen ungarischen Rundfunk gefälscht gesendet.

21. 16. Oktober, 13 Uhr.
Wünsche wurden dem Generalstab übergeben.

B. Die von der ungarischen Delegation in Moskau an die Sowjetische Regierung gerichteten Noten. (Nr. 1 und 4 fehlten in dem mir übergebenen Material).

2. M.M.K. /1944. sz.

Note Verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement Soviétique ce qui suit:

1. La Délégation Hongroise confirme la réception de la Déclaration des Gouvernements de l'Union Soviétique, de la Grande Bretagne et des États Unis d'Amerique en date du 8 octobre 1944 et contenant les conditions préalables. Le texte de déclaration vient d'être transmis par voie de radio-telegraphie au Régent de l'Hongrie.
2. Pour éviter toutes erreurs la Délégation Hongroise croit nécéssaire d'attirer – une fois de plus – l'attention du Gouvernement Soviétique sur le fait qu'à l'occasion des conversations avec MM. les Généraux Antonow et Kuznetcow la Délégation Hongroise n'a pas posé des conditions; les conditions et principes énumerés à cette occasion n'étaient que ceux contenus dans les deux lettres du Lt. Colonel Makarow. Ces deux lettres furent écrites par M. Makarow à Zvolen (Slovaquie) et transmises à Budapest où elles se trouvent actuellement au Bureau du Régent. Les deux lettres contenaient une invitation expresse à Moscou en énumérant certaines promesses dont les plus importantes étaient les suivantes: l'indépendance complète et l'integrité territoriale de la Hongrie dans ses frontieres présentes sera garantie: en Transylvanie l'avance des troupes roumaines sera arrétée – les forces russes seules continueraient leur avance.

L'administration présente hongroise continuera ses fonctions dans toutes les villes et tous les villages où il n'y a pas de forces allemandes; les forces de l'armée de la Gendarmerie et de la police hongroise ne seront pas démobilisées; en ce qui concerne la forme de gouvernement et les affaires de politique intérieure il n'y aura pas d'intervention de la part des Trois Puissances Alliées, le bombardement de la Hongrie sera suspendu dès l'arrivée de la présente Délégation sur territoire russe, les immunités et libertés diplomatiques usuelles seront accordées à la Délégation Hongroise et d'autres promesses.

Le Gouvernement Hongrois devait considérer l'action du susdit Lt. Colonel comme légale, car les deux lettres contenaient l'affirmation qu'elles étaient écrites par l'ordre

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

du Maréchal Stalin. En plus la facilité avec laquelle M. Makarow arrangeait le passage de frontière et la transportation de la Délégation Hongroise par voie aérienne à Moscou a donné l'air de légalité à l'action du Lt. Colonel.

Néanmoins en conformité avec les vues du Gouvernement Soviétique la Délégation Hongroise vient d'informer son Gouvernement que le Gouvernement Soviétique considere l'action du Lt. C. Makarow comme nul et sans effet.

La Délégation Hongroise prie le Gouvernement de l'Union Soviétique de vouloir transmettre le texte de la Note présente aux Gouvernements de la Grande Bretagne et des États Unis d'Amérique.

Moscou le 9 octobre 1944.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

3. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur d'informer le Gouvernement Soviétique de ce qui suit:

Depuis la pénétration allemande sur territoire hongrois et en particulier depuis les graves événements du 3 avril 1941 et du 19 mars 1944 la Hongrie peut etre considéré comme isolée hermétiquement du reste du monde par le contrôle allemand. Par conséquent les nouvelles qui arrivent de la Hongrie depuis ce temps aux pays étrangers sont en général altérées d'une facon tendencieuse.

En considérant ce qui précéde la Délégation Hongroise a cru nécessaire de préparer une Mémoire qu'elle a l'honneur de transmettre sous ce plis au Gouvernement Soviétique.

Moscou, le 10 octobre 1944.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

5. M.M.K /1944. sz.

Note verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement de l'Union Soviétique qu'elle vient de recevoir une dépêche par voie de radiotélégraphie dont le texte est le suivant:

„La Hongrie accepte les conditions préalables d'armistice. Elle prie commencer sans délai les négotiations d'armistice en détail et secret absolu pour faire arriver du front des troupes hongroises contre les forces supérieures allemandes à Budapest car il y a danger de coup allemand suivant du massacre et du pogrom qu'il faut empécher.

Pour faire volte face et pouvoir exécuter conditions d'armistice Gouvernement Hongrois prie que l'avance des forces russes vers Budapest soit arrétée."

La Délégation Hongroise prie le Gouvernement Soviétique de vouloir transmettre ce texte aux Gouvernements de la Grande Bretagne et des États Unis d'Amérique.

Moscou, le 11 octobre 1944.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

6. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur d'informer le Gouvernement de l'Union Soviétique qu'elle a recu hier le 10 octobre une dépêche par voie de radiotélégraphie de Budapest dont le texte est comme suit:

„L'autorisation à signer conditions préalables est donnée et confirmée. Le commandant Joseph Nemes passera le front à Körösmezö, il apporte pleins pouvoirs."

Se référant à la conférance de ce matin à 4h la Délégation Hongroise a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement Soviétique qu'elle vient d'expédier un

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

radiotélégramme à Budapest en demandant la confirmation de l'autorisation susmentionée en employant le texte des conditions préalables.
Moscou, le 11 octobre 1944.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

7. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur d'informer le Gouvernement de l'Union Soviétique qu'elle a recu hier le 11 octobre une dépêche par voie radiotélégraphique de Budapest dont le texte est comme suit:

„L'autorisation à signer conditions préalables est donnée et confirmée. Le commandant Joseph Nemes porteur des pleins pouvoirs passera le front le 12 de ce mois."

Le Gouvernement Hongrois accepte la condition préalable suivante:

„La Hongrie doit évacuer touts les territoires de la Tchécoslovaquie, de la Yougoslavie, de la Roumanie occupés par Elle de toutes les troupes hongroises et de touts les fonctionnaires hongrois, dans les limites des frontières de la Hongrie qui existaient vers 31 décembre 1937. Cette évacuation doit etre commencée immédiatement et doit être terminée dans le délai de dix jours à partir du jour de la réception de cette déclaration par le Gouvernement Hongrois. Dans le but de l'observation et du contrôle de cette évacuation les trois Gouvernements Alliés enverront en Hongrie leurs représentants qui agiront en qualité de la Mission Unie Alliée sous la présidance du Représentant Soviétique.

La Hongrie doit rompre toutes les relations avec l'Allemagne et de déclarer immédiatement la guerre contre l'Allemagne, d'ailleurs le Gouvernement Soviétique est pret à donner l'assistance à la Hongrie par ses troupes."
Moscou, le 12 octobre 1944.

8. M.M.K. /1944. sz.

Note Verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur d'informer le Gouvernement de l'Union Soviétique que le Gouvernement Hongrois avant que la présente délégation se soit mise en route pour Moscou envoya des délégués en Russie et à Rome afin de préparer le terrain pour prendre contact avec les représentants des Puissances Alliées. Le délégué envoyé à Rome, le Colonelgénéral Étienne Náday y est arrivé et envoya il y a deux semaines une radiotélégramme.

Depuis cette date le contact entre le surnommé et le Gouvernement Hongrois fut interrompu. Ayant besoin de l'avis d'expert du Colonelgénéral Náday la Délégation Hongroise par ordre de son Gouvernement a l'honneur de prier le Gouvernement de l'Union Soviétique de bien vouloir établir l'adresse du Colonelgénéral Náday et de lui faire assurer la possibilité de reprendre la communication par radiotélégraphie avec Budapest.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

9. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement de l'Union Soviétique ce qui suit:

La tension germano-hongroise est devenue tellement acute qu'il y a quelques semaines Hitler a déclaré qu'il appliquerait des mesures de représailles extraordinaires contre la Hongrie si elle cessait la résistance contre les Puissances Alliées. Il est plus que probable qu'entre ces mesures figurera la bombardement de Budapest qui aurait des dimensions bien plus grand qu'en cas de Bucarest.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Budapest pendant les deux-trois ans derniers devint le Mecca des fugitifs; tandis que dans la province les allemands pouvaient plus facilement arreter et transporter leurs victimes en Allemagne, à Budapest jusqu'à présent ils ne pouvaient agir de la même façon car le Régent de Hongrie s'opposa aux tentatifs allemands avec toutes les forces hongroises disponibles à Budapest.

Entre les personnes menacées d'extinction nous devons en première ligne mentionner le juifs habitant Budapest dont le nombre dépasse 200.000. Il y faut ajouter le grand nombre des soldats alliés évadés des camps des prisonniers allemands qui ont trouvé refuge à Budapest, les juifs qui ont pu s'enfuir de la province et en plus le tres grand nombre des hongrois anti-nazi, refugiés à Budapest.

Le bombardement de la capitale hongroise atteindrait ainsi en premier lieu des personnes qui étaient toujours anti-nazi et qui meriteraient d'être sauvés.

Vû ce qui précède la Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de prier le Gouvernement de l'Union Soviétique de vouloir donner les ordres nécessaires au commandement des forces aériennes, ainsi que de faire valoir sa grande influence auprès ses Alliés afin que les flottes aériennes des Puissances Alliées puissent anéantir la Luftwaffe avant l'éxécution du bombardement.

La Luftwaffe en cas qu'elle ne soit immobilisée par les forces aériennes des Puissances Alliées détruira sans doute les ponts de Budapest qui seuls assurent le passage rapide du Danube.

Étant donné l'état des négotiations entre les Alliées et la Hongrie la collision militaire allemando-hongroise peut s'éffectuer en un ou deux jours; par conséquent la Délégation Hongroise prie le Gouvernement de l'Union Soviétique d'entreprendre d'urgence les mesures susmentionnés.

Moscou, le 12 octobre 1944.

10. M.M.K. /1944

Note Verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur d'informer le Gouvernement de l'Union Soviétique qu'elle vient de recevoir une dépeche par voie de radiotélégraphe de Budapest dont le texte est comme suit:

„Le gros de deux corps d'armée de 1-re et 2-me armée peuvent arriver à Budapest en huit à dix jours. Dans la capitale et ses environs une division de SS, le gros d'une division blindé allemande et des forces de Gestapo. En Transdanubie deux divisions SS et plusieurs groupes en force de régiment. Juiverie à sauver est très reconnaisante au Régent; elle le considère comme sauveur de domination allemande. Gouvernement hongrois reste à Budapest.

1-ere et 2-eme armée viennent de commencer leur retraite dans direction l'ouest et sudouest. L'évacuation administrative des territoires mentionnées – bien entendu – est en train. Nous prions faire envoyer sans délai dans ces territoires Commission Interalliée.

Sur ligne à partir de frontière slovaque jusqu'à Dornavatra il n'y a que des troupes hongroises; au sud dans la région des villes Naszód, Kolozsvár, Nagyvárad mixte-forces germano-hongroises. Dans le secteur de Debrecen, Mezötur, Szeghalom, Komádi il n'y a que des groupes allemandes, sur la Tisza forces hongroises. Il y a déjá tension aigu entre états-major allemand-hongrois au sujet de retraite des forces hongroises.

Nous prions Commandement Russe de ne pas déranger retraite des troupes hongroises. L'attaque russe contre forces hongroises au nord de la ligne Szolnok–Debrecen et à l'ouest du Tisza ne soit pas continuée jusqu'à l'arrivée des forces hongroises à Budapest et à l'ouest du Tisza.

Par contre l'annihilation des forces blindées allemandes au nord de Debrecen est tres désirable.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

D'après dernier rapport parlementaire hongrois a passé le front le 13 octobre à peu près à midi, il discussera aussi retraite hongroise de ligne de Tisza."

En portant ce qui précède à la connaissance du Gouvernement de l'Union Soviétique la Délégation Hongroise a l'honneur de prier les Gouvernements des Trois Puissances Alliées de vouloir prendre des mesures nécessaires afin que la population hongroise dans les territories évacués soit sauvée des atrocités commises par les Roumains et en particulier par les membres de l'organisation roumaine sous le nom „Voluntàrii Dr. Juliu Maniu."

Moscou, le 14 octobre 1944.

11. M.M.K./ 1944. sz.

Note Verbale

La Délégation Hongroise à Moscou par ordre de son Gouvernement a l'honneur de prier le Gouvernement de l'Union Soviétique de bien vouloir lui communiquer le nombre et la qualité (spécialité) des experts nécéssités aux négotiations d'armistice.

Portant à la connaissance du Gouvernement de l'Union Soviétique ce qui précède la Délégation Hongroise saurait gré au Gouvernement Soviétique d'une réponse vite afin que les mesures nécessaires pour assurer l'arrivée des experts soient entreprises.

Moscou, le 14 octobre.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

12. M.M.K./ 1944. sz.

Note Verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement de l'Union Soviétique qu'en réponse à une lettre No. 205388 du Général d'Armée Antonow le chef de la Délégation Hongroise a adréssé la lettre suivante à M. Antonow:

„Se référant à la lettre No. 205388 en date du 14 crt. j'ai l'honneur de porter à votre connaissance qu'à quatre heures du matin du 15 crt. j'ai recu un télégramme par radiotélégraphie dont voici le texte:

„Notre parlamentaire est de retour de Szeged. Le commandant russe y résidant éxige une action armée immédiate. Jusqu'à ce que nos troupes dirigées vers la capitale n'y arrivent pas nous ne pouvons y donner une suite. Le transport des troupes ne peut s'effectuer que lentement car les lignes de communication et surtout les gares et les ponts sont abimés par le bombardement. Les allemands soupçonnent notre décision relative d'armistice. Si l'armistice est publiée ou s'ils en ont des nouvelles nous devons compter avec attaque allemande.

Nous nous défenderons en tout cas.

En ce cas devoir urgent des troupes russes et hongroises est la libération de Budapest. Jusqu'à ce que ces troupes arrivent nous défenderons absolument le château royale qui est le siège du Régent et du gouvernement.

Parlementaire remettera le 16 crt. même demande au Commandement russe à Szeged.

Nous prions l'aide du Chef de l'état-major russe.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou."

Je prends liberté M. le Général d'armée de vous expliquer en quelque mots la décision prise par le Régent de Hongrie.

D'un homme avec une aussi brillante carrière militaire qu'a le Régent qui malgré ses 77 ans est fermement décidé à défendre personellement le Château Royale (un arrondissement bâti sur une colline et non pas un endroit fortifié. Sa résidence est en même temps le siège du Gouvernement) contre n'import quelle attaque allemande que surviendra certainement, il est impossible de douter des décisions prises par le

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Régent et penser qu'il ait même une idée favorable aux allemands. Car votre lettre No. 205388 dans laquelle il est dit que le haut-commandement hongrois n'a pas retiré le troupes hongroises de la ligne de Tisza vers Budapest mais que par contre dans le secteur de Szolnok a augmenté les actions militaires, devrait sousligner cette supposition.

Le fait que le Régent et le Gouvernement ont pris la décision de rester à Budapest montre le mieux qu'ils ont accepté et se sont décidés à executer la clause la plus importante des conditions d'armistice: la résistance active contre les allemands. Cette décision est souslignée par le fait qu'ils mettent en jeu même leur propre vie en raison de la sureté de la population de la capitale au lieu de prendre la décision comme j'ai suggéré au Régent, de se mettre sous la protection des troupes russes et hongroises en transférant son siège temporairement à Debrecen ou une autre ville hongroise.

J'eus l'honneur de vous communiquer le 13 crt. sous No. 9. les motifs de la décision prise par le Régent. C'est à dire de ne pas exposer la population de la capitale, et surtout la masse anti-nazi y assemblée, à voir les juifs dont le nombre dépasse le chiffre de 200.000, les prisonniers du guerre des Puissances Alliées évadés de l'Allemagne, à la merci des allemands et non pas en dernier lieu pour défendre les ponts si vitale à un passage rapide du Danube.

Ce sont les motifs qui nécéssitent la concentration en grand nombre des troupes hongroises à Budapest, motifs qui ont été aussi acceptés par le Gouvernement Soviétique.

Je vous prie M. le Général d'armée de bien vouloir prendre ces faites sous une considération minutieuse avant de prendre une décision définitive afin qu'une décision hativement prise ne mette en danger le succés du but commun.

Moscou, le 15 octobre 1944.

La Délégation Hongroise a l'honneur d'attirer l'attention du Gouvernement Soviétique que l'aliénat suivant fut interpolé au texte de la lettre adréssée à M. le Général d'armée Antonow:

„Je dois ajouter que suivant une télégramme additional du Régent se sont des troupes allemandes qui se trouvent dans le secteur de Szolnok. Il est donc possible que le commandement allemand ait entreprise avec les troupes hongroises sous son commandement une attaque contre les forces russes sans qu'un commandement hongrois supérieur en aurait pris connaissance."

Moscou, le 15 octobre 1944.

13. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement de l'Union Soviétique que le Commandant Nemes qui vient d'arriver fait le rapport à la Délégation que les allemands ont arrété le Général-Lieutenant Bakay commandant du 1-er corps d'armée (Bp).

En préparant la présente Note la Délégation vient de recevoir par radiotélégraphie de Budapest la dépêche suivante:

„Fils du Régent arrété ce matin par allemands et nazi-groupes; maison détruite par canon. Nous n'avons pas encore des nouvelles. Budapest fermée par forces supérieures de l'armée impériale allemande. Nous venons recevoir ultimatum des allemands."

En portant ce qui précède à la connaissance du Gouvernement Soviétique la Délégation Hongroise a l'honneur d'informer les Gouvernements des Trois Puissances Alliées que le Régent de Hongrie – en envoyant la présente Délégation à Moscou – a compté à sa mort à cause de la vengeance allemande. Par conséquent, il a nommé – dans une lettre scellée – le chef de la 2-eme armée hongroise le Colonel-Général Veress pour son successeur comme homo régius.

Comme il est à craindre que le Régent de Hongrie ne fut arrété ou même tué par les allemands il est de la plus grande importance que la Délégation hongroise à Moscou

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

puisse établir – au plus tot possible – des rapports radiotélégraphique avec le Colonel-Général Veress. En conséquence la Délégation Hongroise à Moscou soit établi avec la plus grande rapidité possible.

La Délégation Hongroise attire l'attention du Gouvernement Soviétique à ce qu'au proche avenir il faut aussi compter avec la fin du contact régulier par radiotélégraphie entre le Régent de Hongrie et la présente Délégation.

La Délégation à Moscou a l'honneur de prier le Gouvernement Soviétique de vouloir bien porter le texte de la présente Note à la connaissance des Gouvernements de la Grande Bretagne et des États Unis d'Amérique.

Moscou, le 15 octobre 1944.

14. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

La Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement de l'Union Soviétique qu'elle vient de recevoir trois télégrammes dont voici le texte:

1.) „L'ultimatum allemand expire aujourd'hui à 22 heures. Attaque allemande imminente. Demandons aide immédiate avec parachutistes et avance rapide sur Budapest."

2.) „Toutes nos communications coupées, peu probable que parlementaire puisse arriver à son but. Prière d'établir liaison par le front avec commandament de 1-ère et 2-ème armées hongroises. Si communications avec nous devient impossible informer Gouvernement Soviétique que Colonel-Général Veress est nommé président du conseil, continuez négociations avec lui, il est autorisé à donner des ordres. Radio hongroise en main allemande."

3.) „Déclaration du chef d'état-major hongrois falsifiée par radio en main allemande."

Vu ce qui précède la Délégation Hongroise à Moscou prie le Gouvernement Soviétique de donner une suite favorable aux demandes suivantes:

1.) Les trois Puissances Alliées adressent – aussi sur la longueur de la radio hongroise – un message au peuple hongroise dont le texte contiendrait les points de vue suivants:

„Les allemands ont prit possession de la radio hongroise d'où ils émettent de fausses nouvelles. Ainsi hier le 15 crt. ils ont falsifié l'adresse du Chef d'État-major hongrois (dont la Délégation Hongroise a l'honneur de prier le Gouvernement Soviétique de lui faire parvenir le texte.).

Les allemands ont trahi le peuple hongrois d'une facon la plus abominable, ils ont pillé le pays.

Les russes ne porteront pas atteinte à la vie normale et paisible du peuple hongrois, quant à l'armée hongroise l'armée rouge ne vient pas combattre mais vient comme ami et libératrice du joug allemand."

En même temps la Délégation Hongroise à Moscou prie de lui accorder la possibilité de se mettre en contact immédiate et régulier avec la direction de la radio russe à fin qu'elle puisse assister avec des conseils à la rédaction des émissions similaires.

2.) L'occupation rapide de Budapest par les troupes russo-hongroises, en premier lieu en vu d'assurer les ponts et de rendre impossible le massacre. L'emploi des unités parachutistes semble d'être désirable.

3.) Afin d'établir la communication radio-télégraphique avec la Délégation Hongroise à Moscou, envoyer des officiers de liaison auprès les colonel-généraux Lajos Veress et Béla Miklós commandants de la 2-ème et 1-ère armeés hongroises.

4.) L'assistance des forces aériennes des Puissances Alliées une fois déja demandée par cette Délégation avec les buts suivants:

a) d'empêcher une attaque aérienne allemande contre Budapest.

b) de soutenir l'avance rapide vers Budapest,

c) de prêparer la mis en terre des parachutistes,

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

d) d'attaquer les points fortifiés allemands, aussi la Citadelle (Mont Gellert) laquelle suivant les informations reliables du commandant Nemes arrivé hier a Moscou, les allemands transforment en deuxieme Alcazar pour y résister en outrance. La destruction de la fortresse ces jours-ci est bien plus facile qu'en quelques jours quand les travaux ont déja pris fin.

Moscou, le 16 octobre 1944.

A ce moment la Délégation Hongroise vient d'etre informé, que la communication radio-télégraphique avec Budapest est coupée.

Moscou, le 16 octobre 1944.

15. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

Se référant à la Note Verbale No. 14 en date du 16 octobre 1944 la Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de répéter le texte du radiotélégramme recu de Budapest à 5 heures du matin du 16. crt.

„Déclaration du chef d'état-major hongrois falsifieé par radio en main allemande."

Moscou, le 16 octobre 1944.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

Notizen:

DIE REGIERUNG BRÜNING

Anläßlich des 80. Geburtstages des ehemaligen deutschen Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning veranstalteten das Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen und das Historische Seminar der Universität Köln unter Leitung der Professoren Dr. Ferdinand A. Hermens und Dr. Theodor Schieder am 26. und 27. November 1965 in Köln ein Symposion über die Regierungszeit Brünings 1930–32. Zu der Veranstaltung waren Vertreter der Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Nationalökonomie und Staatsrechtslehre zusammen mit Persönlichkeiten aus dem ehemaligen Mitarbeiterkreis Brünings geladen worden.

Am 26. 11. 1965 nachmittags sprach Prof. Dr. Ulrich Scheuner (Bonn) über „Die Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung unter Ebert und Hindenburg". Ein Korreferat dazu hielt Prof. Dr. Hans Peters (Köln): „Der Artikel 48 im Prozeß Preußen contra Reich". Die anschließende Diskussion leitete Prof. Dr. Hermann Jahrreiß (Köln).

Abends hielt Prof. Dr. Werner Conze (Heidelberg) einen öffentlichen Vortrag über „Die Regierung Brüning", eingeführt von Prof. Dr. Schieder (Köln).

Am 27. 11. 1965 sprach Prof. Dr. Hermens (Köln) über „Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning". Die Leitung der Diskussion hatte Prof. Dr. Theodor Wessels (Köln).

Hervortretendes Merkmal der Vorträge und Diskussionen, die durch die rege Teilnahme mancher politisch Aktiver der Brüningzeit (vor allem Reichsminister a. D. Treviranus, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium a. D. Hans Schäffer, Frau Christine Teusch) besonderes Gewicht erhielten, war es, entgegen neueren politikwissenschaftlichen Darstellungen die Regierung Brüning als letzte demokratische Phase der Weimarer Republik zu sehen. Erst nach ihr habe eine Art autoritäre Vorstufe der nationalsozialistischen Diktatur begonnen. Wohl förderte die Notverordnungspraxis den Entdemokratisierungsprozeß und stärkte in weiten Kreisen die Auffassung der Herrschaft des Reichspräsidenten als Ersatzmonarchie (Scheuner), doch habe Brüning selbst die Notverordnungen nur

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

d) d'attaquer les points fortifiés allemands, aussi la Citadelle (Mont Gellert) laquelle suivant les informations reliables du commandant Nemes arrivé hier a Moscou, les allemands transforment en deuxieme Alcazar pour y résister en outrance. La destruction de la fortresse ces jours-ci est bien plus facile qu'en quelques jours quand les travaux ont déja pris fin.

Moscou, le 16 octobre 1944.

A ce moment la Délégation Hongroise vient d'etre informé, que la communication radio-télégraphique avec Budapest est coupée.

Moscou, le 16 octobre 1944.

15. M.M.K. /1944. sz.

Note verbale

Se référant à la Note Verbale No. 14 en date du 16 octobre 1944 la Délégation Hongroise à Moscou a l'honneur de répéter le texte du radiotélégramme recu de Budapest à 5 heures du matin du 16. crt.

„Déclaration du chef d'état-major hongrois falsifieé par radio en main allemande."

Moscou, le 16 octobre 1944.

Au Gouvernement de l'Union Soviétique, Moscou.

Notizen:

DIE REGIERUNG BRÜNING

Anläßlich des 80. Geburtstages des ehemaligen deutschen Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning veranstalteten das Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen und das Historische Seminar der Universität Köln unter Leitung der Professoren Dr. Ferdinand A. Hermens und Dr. Theodor Schieder am 26. und 27. November 1965 in Köln ein Symposion über die Regierungszeit Brünings 1930–32. Zu der Veranstaltung waren Vertreter der Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Nationalökonomie und Staatsrechtslehre zusammen mit Persönlichkeiten aus dem ehemaligen Mitarbeiterkreis Brünings geladen worden.

Am 26. 11. 1965 nachmittags sprach Prof. Dr. Ulrich Scheuner (Bonn) über „Die Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung unter Ebert und Hindenburg". Ein Korreferat dazu hielt Prof. Dr. Hans Peters (Köln): „Der Artikel 48 im Prozeß Preußen contra Reich". Die anschließende Diskussion leitete Prof. Dr. Hermann Jahrreiß (Köln).

Abends hielt Prof. Dr. Werner Conze (Heidelberg) einen öffentlichen Vortrag über „Die Regierung Brüning", eingeführt von Prof. Dr. Schieder (Köln).

Am 27. 11. 1965 sprach Prof. Dr. Hermens (Köln) über „Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning". Die Leitung der Diskussion hatte Prof. Dr. Theodor Wessels (Köln).

Hervortretendes Merkmal der Vorträge und Diskussionen, die durch die rege Teilnahme mancher politisch Aktiver der Brüningzeit (vor allem Reichsminister a. D. Treviranus, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium a. D. Hans Schäffer, Frau Christine Teusch) besonderes Gewicht erhielten, war es, entgegen neueren politikwissenschaftlichen Darstellungen die Regierung Brüning als letzte demokratische Phase der Weimarer Republik zu sehen. Erst nach ihr habe eine Art autoritäre Vorstufe der nationalsozialistischen Diktatur begonnen. Wohl förderte die Notverordnungspraxis den Entdemokratisierungsprozeß und stärkte in weiten Kreisen die Auffassung der Herrschaft des Reichspräsidenten als Ersatzmonarchie (Scheuner), doch habe Brüning selbst die Notverordnungen nur

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als Notbehelf angesehen und keine antiparlamentarischen Tendenzen gezeigt. Der Parlamentarismus sei zwar von ihm de facto reduziert, aber keine Änderung der Verfassungsordnung angestrebt worden (Conze). Ein Zusammengehen mit der SPD sei für Brüning im Sommer 1930 nicht in Frage gekommen, seine Abhängigkeit vom Reichspräsidenten, der eine zunehmende Tendenz nach rechts entwickelte, habe ihm zudem solches verbaut (Scheuner). Die verschärfte politische Lage nach den Septemberwahlen 1930 veranlaßte die SPD aber, die Brüningsche Notverordnungspolitik zu billigen; die Regierung sei dadurch weit besser abgeschirmt gewesen als vordem. Der Zweck der Reichstagsauflösung, eine bessere Regierungsmöglichkeit zu bekommen, sei also letztlich doch erreicht worden (Conze).

Für Brüning habe in hohem Maße der Primat der Außenpolitik gegolten. Deren Hauptziel, dem Ende der Reparationszahlungen, seien auch alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen untergeordnet gewesen. Unter solchen außenpolitischen Aspekten habe Brüning zwei an ihn herangetragene wesentliche Forderungen zur Milderung der Wirtschaftskrise für nicht durchführbar gehalten: Eine Abwertung hätte ein Abgehen von der Goldwährung bedeutet, auf die Deutschland durch den Youngplan festgelegt war, und wäre auf schärfsten französischen Widerstand gestoßen. Ein größeres Arbeitsbeschaffungsprogramm wäre nicht ohne eine Inflation zu erreichen gewesen, die sicher nicht zur Einstellung der Reparationen geführt und die innenpolitische Radikalisierung gesteigert hätte (Hermens). Es wurde betont, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Brünings im Einklang mit den damaligen nationalökonomischen Lehrmeinungen standen.

Brünings Meinung, er habe im Mai 1932 „100 Meter vor dem Ziel" seiner Außenpolitik gestanden (vgl. seine Rede vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags am 24. 5. 1932, veröffentlicht in Frankfurter Allg. Zeitung vom 23. 11. 1965, S. 11), sei zu bejahen (Conze, Hermens).

Es ist beabsichtigt, 1966 eine umfangreiche Brüning-Festschrift herauszugeben, die neben persönlichen Erinnerungen seiner Mitarbeiter und Untersuchungen zu speziellen Problemen der Weimarer Periode die Texte der Vorträge dieser Tagung enthalten wird.

Hellmuth Auerbach

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hellmuth Auerbach, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26.

Dr. Josef Becker, wiss. Assistent am Seminar für mittlere und neuere Geschichte der Universität Erlangen, Erlangen, Kochstr. 4.

Dr. Peter Gilg, Privatdozent für neueste Geschichte und Zeitgeschichte, Mitleiter des Forschungszentrums für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an der Universität Bern, Fellenbergstraße 5, Bern/Schweiz.

Hermann Graml, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstr. 26.

Dr. Erich Gruner, ordentl. Professor für Sozialgeschichte und Soziologie der schweizerischen Politik, Leiter des Forschungszentrums für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an der Universität Bern, Fellenbergstraße 5, Bern/Schweiz.

Dr. Anthony S. Kawczynski, Lecturer in Foreign Languages, Department of German and Russian, University of California, Davis, Cal. U.S.A.

Carlile A. Macartney, M.A., D. Litt., emer. Fellow of All Souls College, Oxford, und Professor of International Relations, University of Edinburgh, Hornbeams, Boars Hill, near Oxford, Großbritannien.

Alan S. Milward, B.A., Ph.D., Professor für Wirtschaftsgeschichte, University of East Anglia, School of Social Studies, Wilberforce Road, Norwich NOR 77H, Großbritannien.

Jahrgang 14 (1966), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte